

# **BÜRGER- GUTACHTEN**

ZUR ENTWICKLUNG  
DER REGION  
MÜNCHEN

MÜNCHEN/BERLIN  
**2017**

# IMPRESSUM

## **Verfasserinnen und Verfasser**

94 Bürgerinnen und Bürger aus München sowie den Landkreisen Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Landsberg am Lech, Landkreis München sowie dem Landkreis Starnberg.

## **Unabhängige Durchführungsträgerschaft, Herausgabe, Zusammenfassung zu Texten, Diagrammen und Tabellen**

Nicolas Bach, Christine von Blanckenburg, Ansgar Düben und Uta Zetek



nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH  
Otto-Suhr-Allee 59  
10585 Berlin  
Telefon: (030) 3 18 054-63  
[www.nexusinstitut.de](http://www.nexusinstitut.de)

## **Auftraggeber**



Regionaler Planungsverband München  
Arnulfstraße 60  
80335 München  
Telefon: (089) 53 98 02-0  
E-Mail: [rpv-m@pv-muenchen.de](mailto:rpv-m@pv-muenchen.de)  
[www.region-muenchen.com](http://www.region-muenchen.com)

## **Korrekturat**

Wortcheck, Berlin  
[www.wortcheck.de](http://www.wortcheck.de)

## **Gestaltung**

**prunkundpracht**, Alexander Heidemüller  
[www.prunkundpracht.de](http://www.prunkundpracht.de)

## **Fotos**

nexus Institut (Uta Zetek, Tobias Schreckenberg und Manuela Weber),  
Foto „Überbauung des Parkplatzes am Dantebad“: mit freundlicher  
Genehmigung der GEWOFA: Roland Weegen.

## **Druck**

LASERLINE, Berlin

# INHALT

|                                                                       |           |
|-----------------------------------------------------------------------|-----------|
| Geleitwort .....                                                      | 02        |
| Vorwort der Projektleitung .....                                      | 03        |
| Danksagungen .....                                                    | 04        |
| <b>1 Die wichtigsten Empfehlungen im Überblick .....</b>              | <b>06</b> |
| <b>2 Das Verfahren Bürgergutachten durch Planungszellen .....</b>     | <b>08</b> |
| <b>3 Ein Bürgergutachten zur Entwicklung der Region München .....</b> | <b>12</b> |
| Das Thema .....                                                       | 13        |
| Das Arbeitsprogramm .....                                             | 14        |
| Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer .....                              | 15        |
| Stichprobenziehung und regionale Verteilung .....                     | 15        |
| Repräsentation der Bürgerschaft .....                                 | 16        |
| Verfahrensbewertung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer .....    | 19        |
| <b>4 Ergebnisse .....</b>                                             | <b>22</b> |
| Arbeitseinheit 1: Begrüßung und Einführung in das Verfahren .....     | 24        |
| Arbeitseinheit 2: Demografie .....                                    | 28        |
| Arbeitseinheit 3: Siedlungsentwicklung/ Wohnen .....                  | 34        |
| Arbeitseinheit 4: Siedlungsentwicklung/ Gewerbe .....                 | 42        |
| Arbeitseinheit 5 und 6: Verkehr .....                                 | 47        |
| Mobilitätsbefragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer .....          | 56        |
| Arbeitseinheit 7: Grünzüge und Freiraum .....                         | 59        |
| Arbeitseinheit 8: Naturschutz .....                                   | 63        |
| Arbeitseinheit 9: Bildung .....                                       | 67        |
| Arbeitseinheit 10: Wirtschaft/ Arbeitsmarkt .....                     | 75        |
| Arbeitseinheit 11/12: Offene Arbeitseinheit .....                     | 83        |
| Arbeitseinheit 13: Leitlinien zur Regionalentwicklung .....           | 95        |
| Arbeitseinheit 14: Bewertung, Dank, Abschied .....                    | 101       |

## GELEITWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Entscheidung des Regionalen Planungsverbands München, ein Bürgergutachten zum Thema Regionale Entwicklung auf den Weg zu bringen, haben wir Neuland beschritten. Erstmals in Deutschland haben Bürger, die die Gesellschaft in der Region München repräsentieren, ihre Ideen und Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Region diskutiert und festgehalten.

Im Mittelpunkt der Arbeit in den vier Planungszellen standen die Themen Bevölkerungsentwicklung, Siedlung und Freiraum, Wirtschaft und Verkehr. Jede der vier Gruppen hat vier Tage lang intensiv diskutiert und die Ergebnisse gemeinsam festgelegt.

Mein erster Dank gilt unseren Bürgern, die sich mit großem Engagement dieser Aufgabe gewidmet haben. Ich habe hohen Respekt vor diesem Engagement, sich in den Dienst der Entwicklung unserer Region zu stellen.

Das Team des NEXUS-Institutes unter der Leitung von Frau Dr. Christine von Blanckenburg hat das Gutachten und die Arbeit in den Planungszellen sehr professionell vorbereitet und moderiert. Ohne ihre Erfahrung und fachkundige Arbeit wäre die Durchführung dieses Bürgergutachtens undenkbar gewesen. Ebenso danke ich den beteiligten Referenten, die mit ihren Impulsvorträgen und in der Diskussion mit den Bürgern wertvolle Informationen für das Bürgergutachten gegeben haben.

Unser Bürgergutachten war nur möglich, weil die Landkreise der Region München und die Landeshauptstadt München gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Finanzierung übernommen haben. Auch dafür herzlichen Dank.

Ich weiß, dass es den Bürgergutachtern ein sehr großes Anliegen ist, dass ihre Vorschläge nicht verpuffen, sondern in die Fortschreibung des Regionalplans einfließen, und in regionalen Diskussionen Gehör finden. Dafür setzen wir uns ein.

München, 16. Mai 2017

Ihr



Karl Roth

Landrat

Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands München

## VORWORT DER PROJEKTLLEITUNG

Der Regionale Planungsverband München hat Mut bewiesen, als er ein Bürgergutachten zur Entwicklung der Region München in Auftrag gegeben hat, denn die Möglichkeiten des Auftraggebers, das Ergebnis zu beeinflussen, sind bei diesem Beteiligungsverfahren sehr gering. Der Regionale Planungsverband hat also ein Unternehmen mit ungewissem Ausgang angestoßen, um den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt München und der acht angrenzenden Landkreise eine Stimme zu geben.

Genau das wünschen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Planungszellen, die das Bürgergutachten erarbeitet haben: Sie wollen mitreden, wenn es um die zukünftige Entwicklung ihrer Region geht, denn sie sind in vielen Lebensbereichen von regionalplanerischen Entscheidungen betroffen. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sind keine Experten, aber sie wissen was sie wollen und haben dies am Ende von vier intensiven Tagen der Diskussion miteinander zu Leitlinien verdichtet, an denen sich die Regionalplanung und die Kommunalpolitik orientieren können. Dass sich diese ernsthaft mit den Empfehlungen auseinandersetzen und Rückmeldung zur Umsetzung geben, ist ein besonderes Anliegen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter.

Diese haben mit ihrer Teilnahme ein starkes Engagement für die Region gezeigt. Die meisten von ihnen haben sich Urlaub nehmen müssen und einige haben zusätzlich zu den achttündigen „Arbeitstagen“ noch stundenlange Fahrtzeiten auf sich genommen. Ihnen gilt an erster Stelle unser Dank.

Beim Regionalen Planungsverband möchten wir uns für die gute Zusammenarbeit bei der organisatorischen Vorbereitung der Planungszellen und für das in uns gesetzte Vertrauen bedanken.

Wir sind dankbar, dass wir mit der Durchführung der Planungszellen und der Redaktion des Bürgergutachtens einen Beitrag dazu leisten durften, dass Bürger, Planer und Politik gemeinsam die Zukunft ihrer schönen Region gestalten können. Bei der Umsetzung wünschen wir viel Erfolg!

**Dr. Christine von Blanckenburg**

nexus Institut

## DANKSAGUNGEN

Das vorliegende Bürgergutachten ist zuallererst das Ergebnis der engagierten Diskussion und konstruktiven Mitarbeit zufällig ausgewählter Bürgerinnen und Bürger aus der Region München. Größtenteils stehen sie im Berufsleben und haben sich Urlaub nehmen müssen, um teilnehmen zu können. Dieses beachtliche bürgerschaftliche Engagement ver-

dient nicht nur Hochachtung, sondern auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Empfehlungen des Bürgergutachtens von Seiten des regionalen Planungsverbandes und der Politik.

Vielen Dank allen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern

Bristol Achter  
Elissavet Arvanitis  
Bernd Lutz Augustin  
Sylvia de Alencar Baban  
Dr. Monika Bauch  
Gabriele Bäumler  
Walburga Bergmaier  
Kirsten Berr  
Josef Binser  
Dr. Renate Bofilias  
Rainer-Michael Böttcher  
Maximilian Buchholz  
Angela Buschmann  
Valerie Combes  
Katrin Crone  
Peter Damme  
Lydia Diart  
Mihai Dobruia  
Hauke Dose  
Bernd Dötsch  
Prof. Dr. Christoph von Einem  
Dagmar Eipert  
Johanna Emmler  
Eva Eneff  
Elke Erdner  
Margit Erlacher  
Otto Ermakov  
Robert Essenwanger  
Dominik Fischer  
Adolf Albert Fronk  
Anna Göthe  
Anton Graf

Franz Hachinger  
Jörg-Walter Hagner  
Lothar Hahn  
Melanie Haitz  
Birgit Hänsel  
Georg Hansen  
Yvonne Heigl  
Ralph Heim  
Brigitte Herzog  
Dr. Margit Hesse  
Beate Himmelstoß  
Franz Hofko  
Inge Hofmann  
Werner Högele  
Reinhard Hossner  
Elfriede Huschke  
Erika Jäckel  
Jade Jaguar  
Aiyon Janßen  
Ingrid Janusch  
Sebastian Jurksch  
Bärbel Käckes  
Anita Karpa  
Franz Keimig  
Elke Kempfle  
Hubert Kienzerle  
Jule Klandt  
Petra Klügl  
Karl Knauß  
Thomas Köhler  
Katja Kraft  
Christine Kramer

Sandra Kröhner  
Hannelore Kuba  
Regine Kübler  
Frank Kuhn  
Hubert Liebhart  
Monika Mihm-Zimmermann  
Werner Neumeier  
Manfred Nisalke  
Heinrich Preitnacher  
Edeltraud Rader  
Tatjana Ramsch  
Rebecca Riedelbauch  
Willibald Riedmann  
Eugen Schlegl  
Nils Schürmann  
Martin Schwab  
Harro Schwaller  
Georg Schwarz  
Peter Schwarzenbeck  
Edgar Siemens  
Daniela Spies  
Birgit Stehle  
Martin Stockl  
Isabella Thiel  
Dieter Thoenes  
Stephan Völk  
Anne Warmer  
Daniel Zapf  
Dr. Klaus Zeilinger  
Werner Zengler

**Danken möchten wir auch den  
Referentinnen und Referenten:**

**Christian Breu**

Regionaler Planungsverband München

**Dr. Reinhold Koch**

Diplomgeograph, Referent für Stadtentwicklung

**Carola Seis**

Planungsverband Äußerer  
Wirtschaftsraum München

**Andreas Fritzsche**

Industrie- und Handelskammer  
München und Oberbayern

**Nadine Schrader-Bölsche** und **Isabella Hößl**  
Handwerkskammer für München und Oberbayern

**Bernhard Fink**

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund MVV

**Birgit Kastrup**

Planungsverband Äußerer  
Wirtschaftsraum München

**Alexander Kreipl**

ADAC

**Gerhard Winter**

Regierung von Oberbayern

**Dr. Christine Margraf**

BUND München

**Dr. Tobias Schmidt und Dominik Redemann**

Transferagentur Kommunales  
Bildungsmanagement / Deutsches  
Jugendinstitut e. V.

**Klemens Heininger**

Regionalmanager Landkreis Donau-Ries

**Stefan Böhme**

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
der Bundesagentur für Arbeit

**Von Seiten des nexus Instituts  
und haben mitgewirkt:**

als Projektleitung Dr. Christine von Blanckenburg  
sowie als weitere Prozessbegleiter Nicholas Bach,  
Dr. Birgit Böhm, Ansgar Düben und Dr. Raban  
Fuhrmann.

Unverzichtbar für das gute Gelingen waren unsere  
Tagungsassistentinnen und Tagungsassistenten:  
Tobias Schreckenberg, Manuela Weber und  
Uta Zetek.

# 1 ZUSAMMENFASSUNG



Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter haben in 12 Arbeitseinheiten eine Fülle von Empfehlungen zu einzelnen Themenaspekten der Regionalentwicklung im Raum München erarbeitet und abschließend die wichtigsten Empfehlungen in Leitlinien festgehalten. Diese Zusammenfassung kann und will die detaillierte Ergebnisdarstellung in Kapitel 4 des Bürgergutachtens nicht ersetzen, sondern darlegen, wo aus Sicht der Projektleitung ein „roter Faden“ verläuft, der die Einzelergebnisse verbindet.

### **Dezentrales moderates Wachstum**

München und sein Umland bilden eine Region, die sich ausgesprochen dynamisch entwickelt. Die positiven Seiten des stetigen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums zu erhalten und zugleich das, was die Region lebens- und liebenswert macht, die Natur und das soziale Zusammenleben, zu bewahren, war die Herausforderung, vor der die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter standen.

Sie haben sich für ein moderates Wachstum entschieden, das sich dezentral auf verschiedene zentrale Orte in der Region verlagern soll. Das Ziel der Verteilung der Lasten und Chancen des Wachstums erfordert eine integrierte, ressortübergreifende und über Landkreis- und Gemeindegrenzen hinweg gehende Regionalplanung.

Aus Sicht der Projektleitung lassen sich unter der unbestimmten Angabe „moderat“ drei zentrale Forderungen des Bürgergutachtens subsummieren: Platz für „Normalbürger“, Schutz der Natur und weniger Autos.

### **Platz für „Normalbürger“**

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sehen den Platz für „Normalbürger“ im Schwinden begriffen und das im doppelten Sinne: räumlich und gesellschaftlich. Wohnraum, der auch für Normal- und Geringverdiener erschwinglich ist, ist in der Stadt zur Mangelware geworden. Sie können sich die Wohnungen, die auf den Markt kommen, nicht leisten und werden immer weiter aus der Stadt herausgedrängt. Hier sind bereits Instrumente zum Schutz der Interessen von

weniger einkommensstarken Wohnungssuchenden geschaffen worden, auf die die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter verweisen, doch ausreichend sind die Bemühungen nicht.

Auch in der Gesellschaft wird der Platz eng. Die Wirtschaft wächst in den Branchen Informations- und Kommunikationstechnologie sowie freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen besonders stark. Es wird aber nicht aus jedem Kind, das heute die Schule besucht, ein Akademiker oder eine Akademikerin werden können. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter fragen sich, wie sich das Leben in der Region verändern wird, wenn für Handwerk, soziale Berufe, Pflegepersonal und andere der Wohnraum knapp und die Wertschätzung geringer wird. Sie plädieren daher für eine Förderung von Ausbildungsberufen und für eine sozialintegrative Gesellschaft.

### **Schutz der Natur**

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen die Natur in größerem Maße geschützt wissen als bisher. Wachstum und damit einhergehend ein weiterer Flächenverbrauch für den Wohnungsbau, Wirtschaft und Gewerbe, Verkehrsinfrastruktur oder auch Freizeit Zwecke wird nicht gänzlich abgelehnt, aber doch ein sehr vorsichtiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen empfohlen. Das Wirtschaftswachstum darf nicht über die Belastungsgrenzen der Ökologie hinausgehen, sondern soll nachhaltig sein, in dem Sinne, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Entwicklung austariert werden.

### **Weniger Autos**

Allein beim Thema Verkehr wird die moderate Haltung aufgegeben. Die Überlastung der gesamten Verkehrsinfrastruktur wird als eines der Hauptprobleme der Regionalentwicklung wahrgenommen. Darauf reagieren die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter aber nicht mit der Forderung nach einem Ausbau von Schiene und Straße gleichermaßen. Sie wünschen eine Abkehr von der Fokussierung auf das Auto. Vor allem der ÖPNV soll ausgebaut und auch die Fahrradinfrastruktur soll verbessert werden.

## **2 DAS VERFAHREN BÜRGERGUTACHTEN DURCH PLANUNGSZELLEN**

### **Der Bürger als Souverän**

Das Verfahren „Bürgergutachten durch Planungszellen“ ist ein standardisiertes Beteiligungsverfahren, dem die Idee zugrunde liegt, dass Bürgerinnen und Bürger bei politisch wichtigen Sachentscheidungen stärker einbezogen werden sollten, und die Erfahrung, dass sie das im Sinne des Gemeinwohls wollen und können. Das Verfahren ermöglicht es ihnen, Verantwortung zu übernehmen und ihrer Rolle als Souverän innerhalb der Demokratie gerecht zu werden. Zentrales Merkmal des Verfahrens ist die Einladung der Bürgerinnen und Bürger auf Grundlage einer Zufallsziehung aus dem Einwohnermelderegister. Durch diese Zufallsziehung, durch die prinzipiell jede Bürgerin und jeder Bürger die gleiche Chance zur Teilnahme hat, wird eine Form der Repräsentation der Bevölkerung im Beteiligungsverfahren hergestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beraten stellvertretend für die gesamte Bürgerschaft.

### **Information als Basis der Meinungsbildung**

Die im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter tagen in mindestens zwei, Planungszellen genannten Gruppen. Sie absolvieren bis zu 16 anderthalbstündige Arbeitseinheiten zusammen. In das Thema der Arbeitseinheiten führt jeweils ein kurzer Impulsvortrag einer Expertin bzw. eines Experten ein. So erhalten alle Teilnehmenden die gleichen Informationen, auf deren Grundlage sie sich eine eigene Meinung bilden können. Gibt es unterschiedliche Perspektiven auf das Thema oder divergierende Standpunkte zu den in Frage stehenden Sachverhalten, werden diese auch von mehreren Expertinnen bzw. Experten vorgestellt. Im Anschluss an die Kurzvorträge können sachliche Fragen mit den Referentinnen und Referenten geklärt werden. Im etwa 30 Minuten langen Informationsteil wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Planungszellen eine gemeinsame Wissensbasis vermittelt.

### **Ablauf der Arbeitseinheiten**

Der Einfluss von Expertinnen und Experten und Interessengruppen ist auf die einführenden Referate beschränkt. Hier können sie zu den Sachinformationen auch Argumente für ihre Position darstellen. An der anschließenden Meinungsbildung in Kleingruppen von etwa fünf Personen nehmen sie jedoch nicht teil. Dort entwickeln die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter unbeeinflusst von Expertinnen und Experten und auch ohne externe Moderation auf der Grundlage von Arbeitsaufgaben ihre Empfehlungen zum Thema. Die Zusammensetzung der Kleingruppen wechselt. So wird der Meinungsführerschaft Einzelner entgegengewirkt und zudem gewährleistet, dass sich im Verlauf der Planungszelle alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihre Ansichten austauschen können.

Die Kleingruppen präsentieren ihre Ergebnisse im Plenum (in der Planungszelle). Die Prozessbegleitung dokumentiert sie für alle Anwesenden sichtbar auf Plakaten (Flipcharts). Inhaltlich gleiche Empfehlungen aus verschiedenen Kleingruppen werden dabei in Absprache mit den beteiligten Kleingruppen zusammengefasst

Zum Abschluss jeder Arbeitseinheit werden die dokumentierten Ergebnisse der Kleingruppen durch das Aufkleben von Punkten gewichtet.

Um eine breite Vielfalt von Bürgerinnen und Bürgern einzubeziehen und die Repräsentativität der Ergebnisse zu erhöhen, werden in der Regel vier Planungszellen parallel durchgeführt.

Das Arbeitsprogramm dieser Planungszellen ist identisch. In allen Gruppen werden gleiche Eingangsreferate gehalten und es werden die gleichen Arbeitsblätter in die Kleingruppen gegeben. Zur Bewertung der Ergebnisse erhält jede teilnehmende Person die gleiche Anzahl von Gewichtungspunkten.

**Tabelle 1: Schematischer Ablauf einer Arbeitseinheit**

| Dauer  | Akteur                     | Inhalt                                                  |
|--------|----------------------------|---------------------------------------------------------|
| 5 min  | Prozessbegleitung          | Einführung in die Arbeitseinheit                        |
| 15 min | Referentin oder Referent 1 | Vortrag                                                 |
| 15 min | Referentin oder Referent 2 | Vortrag                                                 |
| 5 min  | Plenum                     | Sachliche Rückfragen                                    |
| 30 min | Kleingruppe                | Arbeitsaufgaben                                         |
| 15 min | Plenum                     | Präsentation der Gruppen-<br>ergebnisse/ Visualisierung |
| 5 min  | Teilnehmende               | Bewertung                                               |

### **Der schweigenden Mehrheit eine Stimme geben**

In Bürgerbeteiligungsverfahren engagieren sich häufig Betroffene in besonderem Maße. Sie haben gute Gründe, sich zu Wort zu melden. Auch die von Verbänden organisierten Interessen sind in der Öffentlichkeit meist präsent. Das verzerrt die öffentliche Wahrnehmung, denn die „schweigende Mehrheit“ kommt nicht zu Wort. Sofern sie nicht unmittelbare Nachteile befürchten, sehen viele Bürgerinnen und Bürger wenig Anlass, sich vertieft eine Meinung zu bilden, und sofern sie es doch tun, vertreten sie ihre Positionen selten öffentlich. Diese „schweigende Mehrheit“ ist aber ein wichtiger, mindestens gleichberechtigter Teil der Einwohnerschaft – sie kann und sollte auch das Gemeinwohl vertreten, denn alle Bewohnerinnen und Bewohner sind von Entscheidungen

betroffen. Das Verfahren Bürgergutachten durch Planungszellen gibt im Informationsteil der Arbeitseinheiten starken, organisierten Interessen eine Rolle und durch die Zufallsauswahl der Teilnehmenden zugleich der schweigenden Mehrheit eine Möglichkeit, sich eine begründete Meinung bilden und diese auch öffentlich artikulieren zu können.

### Das Bürgergutachten

Die nach dem beschriebenen Vorgehen erarbeiteten und gewichteten Empfehlungen aus allen Arbeitseinheiten aller Planungszellen werden anschließend durch die Prozessbegleitung in einem Bürgergutachten zusammengeführt. Dazu werden die Ergebnisse geclustert, das bedeutet, dass inhaltlich gleiche oder sehr ähnliche Empfehlungen aller Planungszellen zusammengefasst werden und die Punktzahl addiert. Die Formulierung der Empfehlung lehnt sich an die während der Arbeitseinheit gefundene Wortwahl an, stammt aber von der Prozessbegleitung. Vor Drucklegung und Veröffentlichung erhalten einige der Teilnehmenden, die im Plenum der Planungszellen in der letzten Arbeitseinheit gewählt werden, den Text zur Prüfung, damit sichergestellt wird, dass im

Bürgergutachten die Meinung der Teilnehmenden festgehalten ist und die Ergebnisse nicht etwa durch Missinterpretationen im Verlaufe der redaktionellen Arbeit verfälscht wurden.

Die Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter haben einen empfehlenden Charakter. Das Bürgergutachten wird dem Auftraggeber, in diesem Falle dem Regionalen Planungsverband München übergeben, der es für seine Arbeit verwendet.



Foto 1: Gruppenfoto der Planungszelle 1

### **3 EIN BÜRGERGUTACHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER REGION MÜNCHEN**

## Das Thema

Das Bürgergutachten zur Entwicklung der Region München wurde vom Regionalen Planungsverband München (RPV) in Auftrag gegeben. Der RPV ist der gesetzlich vorgesehene Zusammenschluss aller Kommunen in der Planungsregion München. Dazu gehören: die Landeshauptstadt München, die acht umliegenden Landkreise München, Starnberg, Landsberg am Lech, Fürstenfeldbruck, Dachau, Freising, Erding und Ebersberg sowie die 185 kreisangehörigen Gemeinden in diesen Landkreisen. Der RPV München ist Träger der Regionalplanung, d. h., er beschließt den Regionalplan und seine Änderungen und stimmt dabei die regionalen Interessen ab. Der Regionalplan enthält verbindliche Ziele für die Entwicklung in der Region München. Die wichtigsten Themen sind: Siedlung und Freiraum, Verkehr und Wirtschaft.

Der Regionalplan bildet einen Rahmen für die kommunale Planung. Der RPV plant aber nicht anstelle von Kommunen.

Die Planung reagiert sowohl auf Ansprüche der Bevölkerung als auch der Wirtschaft an die Infrastruktur. Das betrifft z. B. die Verkehrsanbindung, aber auch den Umweltschutz, die Land- und Forstwirtschaft, den Wohnungsbau, das Bildungswesen etc. Dazu müssen die teilweise widersprüchlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Interessen so miteinander abgestimmt werden, dass möglichst viele dieser Ansprüche optimal erfüllt und „im Raum verteilt“ werden können.

Die Interessen der Bevölkerung werden durch Kommunalvertreter oder Verbände in die Diskussion um die Fortschreibung des Regionalplans eingebracht. Mit dem in Auftrag gegebenen Bürgergutachten zur Regionalentwicklung werden erstmals Bürgerinnen und Bürger auch direkt an der Regionalplanung beteiligt.

Die Region München ist eine ausgesprochen dynamische Region. Die Teilnehmenden an den Planungszellen hatten die Aufgabe, Leitlinien dafür zu entwickeln, wie das Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung gestaltet werden soll. Mit dem Themenzuschnitt „Regionalentwicklung“ ging die Aufgabenstellung über Empfehlungen zum Regionalplan hinaus. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter konnten so an ihre lebensweltlichen Erfahrungen anknüpfen und auch die Entwicklung der Gesellschaft in ihre Überlegungen mit einbeziehen, ohne durch den räumlichen Bezug, der die Regionalplanung kennzeichnet, eingeengt zu werden.

## Das Arbeitsprogramm

Wohnraum, Siedlungsentwicklung, Verkehr, Grünzüge, Wirtschaft, Bildung – in diesen Themenfeldern (und auch noch anderen) muss die dynamische Entwicklung konkret gestaltet werden. Das Thema „Regionalentwicklung“ wurde daher zur Bearbeitung in verschiedene thematische Aspekte aufgeteilt, die in zwölf Arbeitseinheiten ausgelotet wurden.

Das Arbeitsprogramm der Planungszellen für ein Bürgergutachten zur Entwicklung der Region München ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

**Tabelle 2: Arbeitsprogramm der Planungszellen für ein Bürgergutachten zur Regionalentwicklung**

| PZ 1 und 3<br>PZ 2 und 4    | <b>Mittwoch</b><br>8.2./15.2.                               | <b>Donnerstag</b><br>9.2./16.2.              | <b>Freitag</b><br>10.2./17.2.                 | <b>Samstag</b><br>11.2./18.2. |
|-----------------------------|-------------------------------------------------------------|----------------------------------------------|-----------------------------------------------|-------------------------------|
| 09.00–10.30<br>10.00–11.30  | AE 1:<br><b>Einführung</b>                                  | AE 5:<br><b>Verkehr</b>                      | AE 9:<br><b>Bildung</b>                       | AE 13:<br><b>Leitlinien</b>   |
| 11.00–12.30<br>12.00–12.30. | AE 2:<br><b>Demografie</b>                                  | AE 6:<br><b>Verkehr</b>                      | AE 10:<br><b>Wirtschaft/<br/>Arbeitsmarkt</b> | AE 14:<br><b>Abschluss</b>    |
| 13.30–15.00<br>14.30–16.00  | AE 3: <b>Siedlungs-<br/>entwicklung/<br/>Wohnen</b>         | AE 7:<br><b>Grün/Natur/<br/>Freiraum</b>     | AE 11:<br><b>Offene Arbeits-<br/>einheit</b>  |                               |
| 15.30–17.00<br>16.30–18.00  | AE 4:<br><b>Siedlungs-<br/>entwicklung/<br/>Unternehmen</b> | AE 8:<br><b>Umwelt und Na-<br/>turschutz</b> | AE 12:<br><b>Politik-<br/>anhörung</b>        |                               |

Zu den Arbeitseinheiten wurden sachkundige Referentinnen und Referenten gewonnen. Es wurde dabei der Versuch unternommen, möglichst auch gegensätzliche Positionen zu Wort kommen zu lassen. Über die Themen des Arbeitsprogramms

und die Auswahl der Referentinnen und Referenten fand ein Austausch mit dem RPV statt. Die letzte Entscheidung über die Referentinnen und Referenten lag beim nexus Institut.



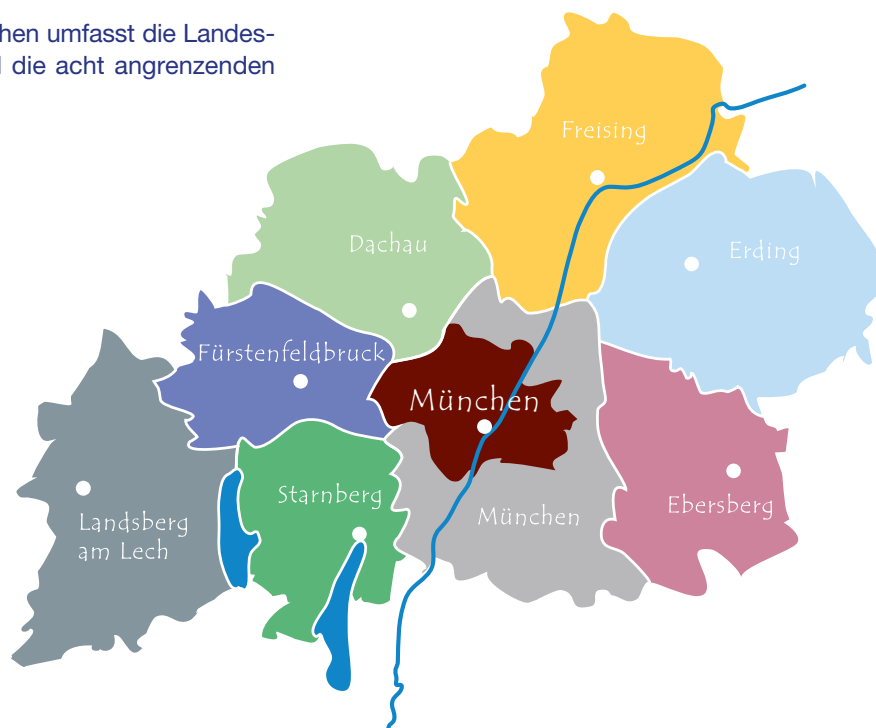
## Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Zweitausend Personen ab 18 Jahren – zu gleichen Teilen Frauen und Männer, die in einer Zufallsauswahl aus dem Melderegister ermittelt worden waren – erhielten Mitte Dezember 2016 eine Einladung zur Teilnahme an den Planungszellen in Form eines Briefes des Geschäftsführers des RPV, Christian Breu, und eines Briefes des nexus Instituts. Von den 100 Personen, die auf diese

Weise für die vier Planungszellen-Gruppen ausgewählt wurden, kamen allerdings sechs Personen nur am ersten Tag der Planungszellen. Die Gründe waren: zu große Anstrengung für das hohe Alter des Betreffenden, sprachliche Schwierigkeiten, für die in der Kürze der Zeit keine Übersetzung organisiert werden konnte, und bei drei Personen andere Erwartungen an das Verfahren.

## Stichprobenziehung und regionale Verteilung

Die Planungsregion München umfasst die Landeshauptstadt München und die acht angrenzenden Landkreise.



**Abbildung 1:**  
Planungsregion München  
Quelle RPV

Die Teilnehmenden an den Planungszellen sollten entsprechend dem Stimmverhältnis im Planungsausschuss des RPV zu 40 Prozent aus der Stadt und 60 Prozent aus der Region kommen. Dieses Ziel wurde mit 42 zu 58 Prozent gut erreicht. Überdies war angestrebt, dass die Zusammensetzung der Teilnehmenden auch den Größenunterschieden hinsichtlich der Einwohnerzahl der

Landkreise entsprechen sollte. Hier ergab sich durch die unterschiedlich gute Rückmeldung aus den Landkreisen ein deutliches Übergewicht für den Landkreis München und ein leichtes für die Landkreise Fürstenfeldbruck und Starnberg, während die Landkreise Ebersberg, Erding, Freising und Landsberg am Lech leicht unterrepräsentiert waren.

**Tabelle 3: Teilnehmende der Planungszellen: Vertretung der Landkreise**

| Landkreis         | Soll         | Ist          |
|-------------------|--------------|--------------|
| Dachau            | 6 %          | 1 %          |
| Ebersberg         | 6 %          | 5 %          |
| Erding            | 6 %          | 4 %          |
| Freising          | 8 %          | 6 %          |
| Fürstenfeldbruck  | 9 %          | 11 %         |
| Landsberg am Lech | 5 %          | 3 %          |
| Landkreis München | 14 %         | 20 %         |
| Stadt München     | 40 %         | 41 %         |
| Starnberg         | 6 %          | 8 %          |
| <b>Gesamt</b>     | <b>100 %</b> | <b>100 %</b> |

Da Einwohnermelderegister nicht auf Landkreisebene geführt werden, wurden in allen Landkreisen über eine Zufallsauswahl jeweils eine Gemeinde in den

fünf Größenklassen der Regionalplanung gezogen und die Zahl der Eingeladenen entsprechend des Anteils der Einwohnerzahl an der Region bestimmt.

**Tabelle 4: Zufällig ausgewählte Gemeinden für die Stichprobenziehung**

\*Gemeinde, die ausgewählt war, aber keine Zufallsstichprobe gezogen hat

|                         |                          |                          |
|-------------------------|--------------------------|--------------------------|
| <b>Dachau</b>           | <b>Freising</b>          | <b>Landkreis München</b> |
| Sulzemoos               | Marzling                 | Straßlach-Dingharting    |
| Erdweg                  | Allershausen             | Aying                    |
| Schwabhausen            | Hallbergmoos             | Planegg                  |
| Karlsfeld               | Eching*                  | Taufkirchen              |
| Große Kreisstadt Dachau | Freising, GKSt           | Unterschleißheim, Stadt  |
| <b>Ebersberg</b>        | <b>Fürstenfeldbruck</b>  | <b>Starnberg</b>         |
| Frauenneuharting        | Althegnenberg            | Andechs*                 |
| Steinhöring             | Moorenweis*              | Pöcking                  |
| Kirchseeon*             | Emmering                 | Tutzing*                 |
| Markt Schwaben          | Gröbenzell               | Gilching                 |
| Poing                   | Stadt Olching*           | Gauting                  |
| <b>Erding</b>           | <b>Landsberg am Lech</b> | <b>Stadt München</b>     |
| Steinkirchen            | Scheuring*               |                          |
| Sankt Wolfgang*         | Fuchstal                 |                          |
| Taufkirchen (Vils)      | Geltendorf*              |                          |
| Dorfen                  | Dießen am Ammersee       |                          |
| Erding                  | Landsberg am Lech        |                          |

Durch die gestaffelte Zufallsauswahl hatten alle Einwohnerinnen und Einwohner der Region München

theoretisch die Möglichkeit, an den Planungszellen für ein Bürgergutachten mitzuwirken.

## Repräsentation der Bürgerschaft

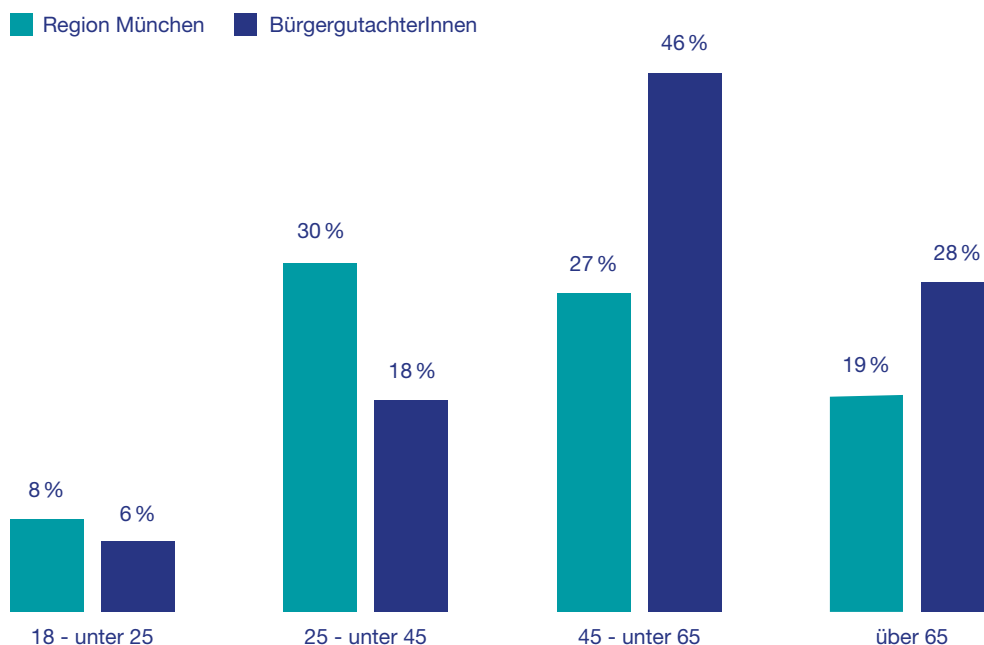
Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter haben in den Planungszellen die Einwohnerinnen und Einwohner der Planungsregion München vertreten. Das Mittel der Zufallsstichprobe führte zu einer breiten Repräsentation der Bevölkerung.

### Alter und Geschlecht

Von den 93 Teilnehmenden waren 47 Personen weiblich (51 %) und 46 Personen männlich (49 %). Bei der Altersverteilung fallen eine vergleichsweise geringere Vertretung der jüngeren Erwachsenen sowie ein überproportionaler Anteil von Teilnehmenden zwischen 45 und 65 Jahren und im Rentenalter auf. Dieser Effekt ist vermutlich auf die in den beiden Altersgruppen unterschiedlich ausgeprägte Teilnahmebereitschaft zurückzuführen:

In der Phase der Familiengründung und beruflichen Etablierung ist freie Zeit besonders knapp, während in der zweiten Lebenshälfte mehr Zeit zur Verfügung steht. Die Altersspanne reichte von 18 bis 77 Jahren. Der Altersdurchschnitt der Teilnehmerinnen und Teilnehmer lag bei 54,3 Jahren. Es nahmen sechs Personen zwischen 18 und 24 Jahren teil, 17 waren zwischen 25 und 45 Jahre alt, die Altersgruppe von 45 bis 64 Jahren stellte mit 43 Personen die größte Gruppe. 26 Personen waren älter als 65 Jahre. Ein Teilnehmer machte keine Angabe zu seinem Alter.

Abbildung 2: Teilnehmende: Vertretung verschiedener Altersgruppen



**Quelle:** Regionsdaten 2014 (Datengrundlagen 2013) und eigene Berechnungen, online unter: [www.pv-muenchen.de/index.php?id=0,246](http://www.pv-muenchen.de/index.php?id=0,246)  
Prozente der Bevölkerung sind analog zu den Teilnehmenden der Planungszellen auf die Bevölkerung ab 18 Jahren berechnet.

### Berufe und Bildungsstand

Durch die Zufallsauswahl wird die Bevölkerung in ihrer Vielfalt für die Teilnahme an den Planungszellen angesprochen. Die folgende Übersicht zeigt das breite Spektrum der erlernten und ausgeübten Berufe der Teilnehmenden. Diese Vielfalt führte dazu, dass viele verschiedene Perspektiven,

Erfahrungen sowie Denk- und Arbeitsweisen in die Arbeit am Gutachten und in die Ergebnisse eingeflossen sind. Das Bürgergutachten repräsentiert damit auch die Meinungen und Wünsche unterschiedlicher Einkommensklassen und sozialer Schichten der Gesellschaft.

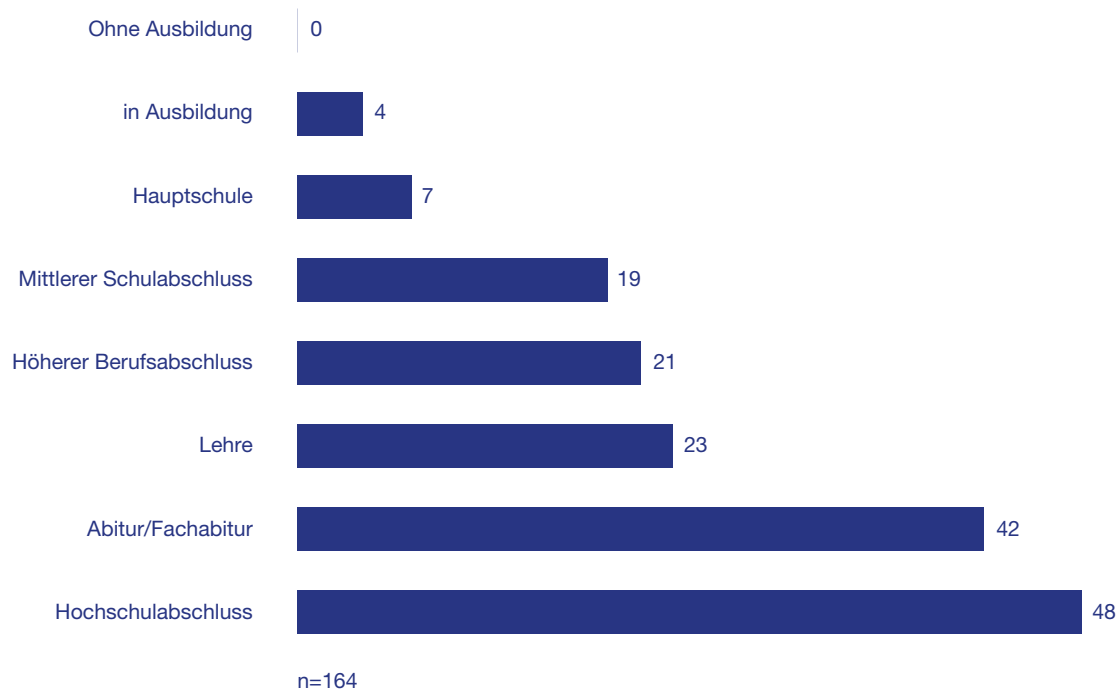
**Tabelle 5: Berufe der Teilnehmenden**

|                                             |                                     |                                                                 |
|---------------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------------------------------------|
| Angestellter/ Finanzdienstleiter            | Geschäftsführer                     | Personalleiter                                                  |
| Arbeitsanleiterin im kaufmännischen Bereich | Gymnasiallehrerin                   | Philosoph, Kinder- und Jugendtherapeut                          |
| Architektin/ Feng Shui Beraterin            | Hausfrau                            | Privatier                                                       |
| Arzt                                        | Hr. Angestellter                    | Projektleiterin                                                 |
| Assistentin                                 | Informatikerin                      | Rechtsanwalt                                                    |
| Bankkaufmann Business Development           | Ingenieur                           | Referentin der Geschäftsführung im städtischen Klinikum München |
| Beamtin                                     | Innenarchitektin                    | Referentin im Rückversicherungsbereich                          |
| Controller                                  | IT-Berater Entwicklungsprozesse     | Rentner(in)                                                     |
| Datenbankentwickler (Fachinformatiker IHK)  | Journalistin                        | Rundfunksprecherin                                              |
| Designer                                    | Justizfachwirtin                    | Schriftsachverständige/ öffentlicher Dienst                     |
| Dipl. Ingenieur                             | Kaufmännischer Angestellter         | Selbst. Schreiner, Landwirt                                     |
| Diplom-Ingenieur Maschinenbau               | Kaufmännische Angestellte           | Selbstständig                                                   |
| Dozentin an der VHS (Englischkurse)         | Kinderpfleger                       | Selbstständige Dienstleisterin                                  |
| Ehrenamtliche HelferIn                      | Kinder- und Jugendpsychotherapeutin | Selbstständige Unternehmensberaterin                            |
| Europa Chefsekretärin                       | Künstlerin/ Lehrerin                | Selbstständiger IT-Berater                                      |
| Examierte Pflegekraft                       | KVR-Angestellte                     | Software Ingenieur                                              |
| Fliesenleger/ Rentner                       | Landwirt                            | Steuerberater                                                   |
| Gärtnermeisterin                            | Manager Logistics                   | Studentin, Student                                              |

Die Teilnehmenden wurden gebeten, auch ihren Bildungsabschluss anzugeben, wobei Mehrfachnennungen möglich waren, sodass 164 Angaben von 93 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gemacht

wurden. Das Ergebnis zeigt die Bandbreite von Bildungsgraden, angefangen von Teilnehmenden mit Hauptschulabschluss bis zu promovierten Akademikerinnen und Akademikern.

**Abbildung 3: Ausbildungsstand der Teilnehmenden**

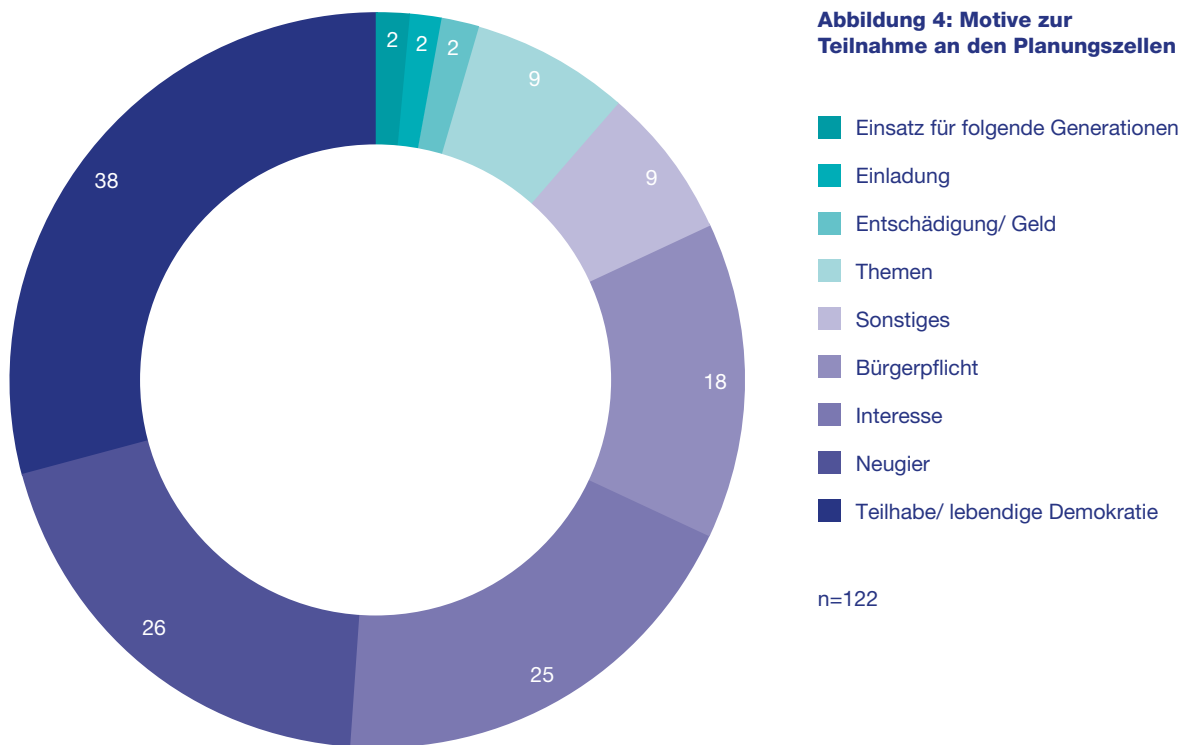


## Verfahrensbewertung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

In der letzten Arbeitseinheit erhielten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Möglichkeit, das Verfahren mittels eines anonymen Fragebogens zu bewerten.

Auf die Frage nach dem Motiv für die Teilnahme wurden insgesamt 145 Antworten gegeben. Davon entfielen 38 auf den Aspekt der Teilhabe, im Sinne einer gelebten Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger freuten sich darüber, dass „endlich mal jemand offiziell nach meiner Meinung fragt“ und sie „mit Hirn und Herz“ mitwirken können. Auch die Chance, einen „Minibruchteil“ zur Regionalentwicklung beizutragen und so Einfluss zu nehmen, spielte eine Rolle. In vielen Fällen waren

es aber auch Neugier und Interesse, die die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme bewegten. Als weiteres Motiv wurde die Bürgerpflicht aufgeführt, abseits von Bürgerversammlungen oder Wahlen, Mitverantwortung und Engagement für die Gesellschaft zu übernehmen. Für andere waren die Themen der Veranstaltung ausschlaggebend. Zwei Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten zwar auch Interesse, kamen aber hauptsächlich wegen der Aufwandsentschädigung. Ebenso viele gaben den Einsatz für nachfolgende Generationen sowie die Einladung als Beweggründe an. Unter die sonstigen Gründe fallen z. B. der Einblick in die Praxis oder die Möglichkeit, Expertinnen und Experten zum Thema hören zu können.



Besonders gefallen haben den Teilnehmenden das Kennenlernen der anderen Bürgerinnen und Bürger, das „gute Miteinander“ und die „fairen Diskussionen“. Zudem wurde die Strukturierung der Arbeitseinheiten durch Vorträge, abwechselnde Kleingruppen und die anschließende Präsentation der Ergebnisse als positiv bewertet. Die besten Noten erhielt das Moderationsteam (1,3), das seine „Aufgabe super, freundlich, aber wenn notwendig auch bestimmt, sehr gut gemacht“ hat. Kritik gab es natürlich auch: Einige Teilnehmende wünschten sich mehr Informationen vorab, um sich besser auf die Veranstaltung vorbereiten zu können. Als fehlender Inhalt wurde die Energieversorgung vielfach genannt. Allerdings griff nur eine Kleingruppe in Planungszelle 3 dieses Thema in der offenen Arbeitseinheit auf. Dabei stellte die Gruppe fest, dass ihr Wissen in diesem Bereich sehr gering war, und identifizierte ‚Energie‘ als Zukunftsthema für weitere Planungszellen.

Gemischtes Feedback gab es hinsichtlich der Qualität der Vorträge. Während manche die Inputs der Referentinnen und Referenten als „interessant und nötig“ einschätzten, konnten andere diesen nur wenig abgewinnen. Für die als zu stark empfundene Lobbyarbeit und mangelnde Inhalte erhielten einzelne Vortragende ein „unbefriedigend“ in der Verfahrensbewertung.

Im Vordergrund der Kritik standen aber der Tagungsort und die Räumlichkeiten in Baierbrunn. Zahlreiche Ausfälle des Öffentlichen Nahverkehrs und die ohnehin lange Anfahrt sorgten bei vielen Teilnehmenden für Unmut, weshalb sie sich einen zentraleren Ort gewünscht hätten.

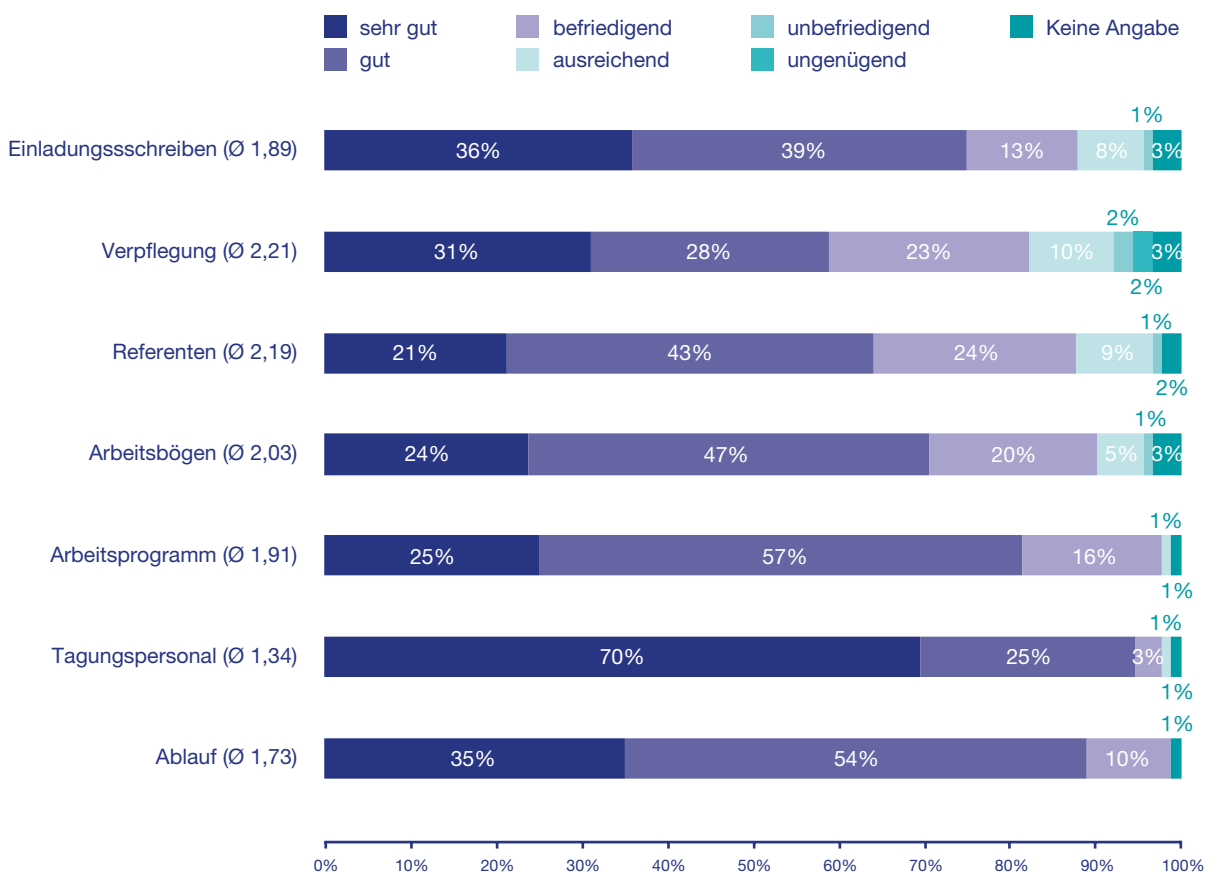
Trotz einzelner Kritikpunkte war die Zufriedenheit mit dem Verfahren, der Arbeitsweise und den Ergebnissen über alle Planungszellen hinweg sehr hoch. Das schlägt sich auch darin nieder, dass 96 Prozent der Teilnehmenden ihren Freunden empfehlen würden, an einer Planungszelle

teilzunehmen, wenn diese die Gelegenheit dazu hätten. Interessant sind auch die Antworten auf die Frage, ob sich die Meinung während der vier Tage geändert habe. Immerhin 52 Prozent geben einen solchen Wechsel an, der die Überzeugung, die den Planungszellen zugrunde liegt, bestätigt: Eine solide Informationsgrundlage und eine angenehme Atmosphäre, in der die Teilnehmenden sich mit anderen Meinungen und Argumenten auseinandersetzen müssen, können verhärtete

Positionen aufweichen und tragen zu einer echten Meinungsbildung bei.

Eine Übersicht über verschiedene Elemente, die zur Zufriedenheit mit einem Bürgerbeteiligungsverfahren beitragen – vom Essen bis zur Qualität der Referentinnen und Referenten – vermittelt das folgende Diagramm.

**Abbildung 5: Verfahrensbewertung**



Die Teilnehmenden waren gebeten worden, Schulnoten zwischen 1 und 6 zu vergeben. Mit Durchschnittswerten zwischen 1,3 und 2,2 können die Planungszellen für das Bürgergutachten zur

Fortschreibung des Regionalentwicklungsplans als ein erfolgreiches, gutes und für die Teilnehmenden interessantes Verfahren gelten.

## 4 ERGEBNISSE



### Vorbemerkung zu den Punktwerten

Jede in diesem Bürgergutachten aufgeführte Empfehlung ist von mindestens einer Kleingruppe (also von fünf Personen) gemeinsam entwickelt und vorgestellt worden. Jede teilnehmende Person konnte Schwerpunkte unter diesen von den Kleingruppen aufgestellten Empfehlungen setzen. Das geschah durch Klebepunkte. Alle Teilnehmenden erhielten dafür die gleiche Anzahl von Klebepunkten – fünf Klebepunkte, wenn es keine Begrenzung der Vorschläge gab, drei Punkte, wenn bis zu fünf Vorschläge von jeder Kleingruppe eingebracht werden konnten, zwei Punkte bei drei Vorschlägen. Diese Punkte konnten frei verteilt werden, d. h.,

man konnte mehrere auf einen Vorschlag vergeben, wenn er einem sehr wichtig war. Man war aber auch frei, nicht alle Punkte zu verwenden.

Das Ergebnis der Planungszellen bilden die Leitlinien, die am Schluss aufgestellt wurden. Die Empfehlungen, die zu einzelnen Themenaspekten erarbeitet wurden, sind damit nicht hinfällig, sie werden aber in ihrer Bedeutung für die eingeordnet.



Foto 2: Bepunktung im Plenum

## Arbeitseinheit 1: Begrüßung und Einführung in das Verfahren

Die erste Arbeitseinheit diente der allgemeinen Einführung in das Thema sowie der Erläuterung des Verfahrens und Ablaufs der Planungszellen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden durch den Geschäftsführer des RPV München, Christian Breu, begrüßt. Anschließend stellten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des nexus Instituts den Ablauf und die Charakteristika des Verfahrens „Planungszelle“ sowie die in den darauffolgenden Tagen zu behandelnden Themen vor.

In dieser ersten Arbeitseinheit wurden noch keine Referate gehalten. Stattdessen erfolgte der thematische Einstieg in die Arbeit über zwei Einführungsfragen, die in den Kleingruppen diskutiert werden sollten:

**1. Was ist Ihnen wichtig, wenn es um die Zukunft der Region München geht?**

**2. Was ist Ihnen wichtig bei der Bürgerbeteiligung? Welche Erwartungen haben Sie an das Verfahren?**

Die Antworten auf die erste Frage konzentrieren sich auf die Themenfelder Wohnraum, Verkehr, Wachstum und Soziales.

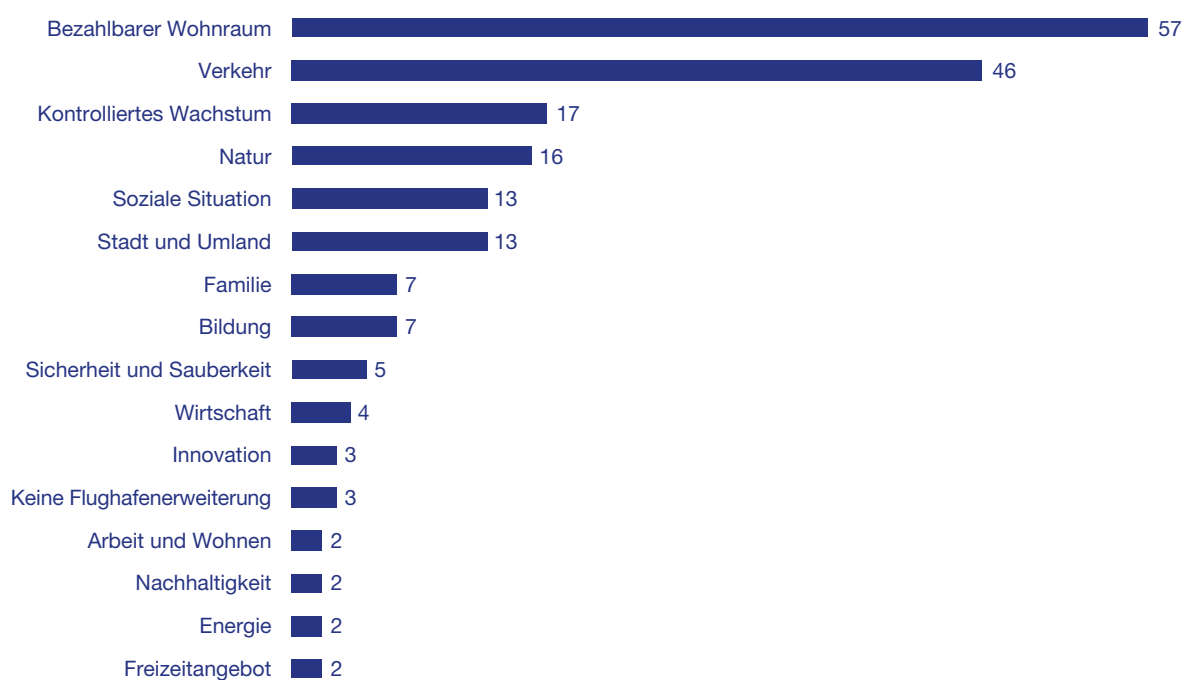
In allen vier Planungszellen wurde bezahlbarer Wohnraum als wichtiges Zukunftsthema benannt und mit 57 Punkten am höchsten bewertet. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine stabile Mietpreisentwicklung, damit das Leben in der Region langfristig finanzierbar bleibt.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Verkehr, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Verbesserungsbedarf sehen (46 Punkte). Vor allem im öffentlichen Nahverkehr wurden eine moderne und innovative Entwicklung sowie eine Optimierung der allgemeinen Infrastruktur gefordert.

Die Forderung nach einem kontrollierten Wachstum in der Region, mit einem geringen Flächenverbrauch und ausgebautem Nahverkehr, fand viel Zuspruch und erhielt insgesamt 17 Punkte. In diesem Zusammenhang steht auch der Appell, Natur und Grünflächen zu erhalten (16 Punkte). Für das weitere Wachstum ist den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern wichtig, dass München und

die umliegende Region sich harmonisch entwickeln und besser miteinander kooperieren (13 Punkte). Ebenfalls mit 13 Punkten bewertet wurde das Cluster „Soziale Situation“. Die verschiedenen Schichten der Gesellschaft sollen ausgeglichener vom Wachstum profitieren und das Zusammenleben harmonischer gestaltet werden. Weitere Anliegen sind den Bürgerinnen und Bürgern eine familienfreundliche Region mit ausreichend Freiräumen und Kindergartenplätzen sowie der Ausbau der Bildungsinfrastruktur (jeweils 7 Punkte). Thematisiert wurden außerdem Sicherheit und Sauberkeit an öffentlichen Plätzen (5 Punkte), wirtschaftliche Stabilität (4 Punkte), Innovation bzw. Offenheit für Neues (3 Punkte), keine Erweiterung des Flughafens (3 Punkte), Ausgleich von Arbeit und Wohnen (2 Punkte), Energieversorgung (2 Punkte) und der Erhalt des Freizeitangebots in der Region (2 Punkte). Der Lärmschutz und eine belebtere Innenstadt wurden als Aspekte benannt, erhielten aber keine Punkte.

**Abbildung 6: Übersicht zu AE 1, Frage 1: Was ist Ihnen wichtig, wenn es um die Zukunft der Region München geht?**

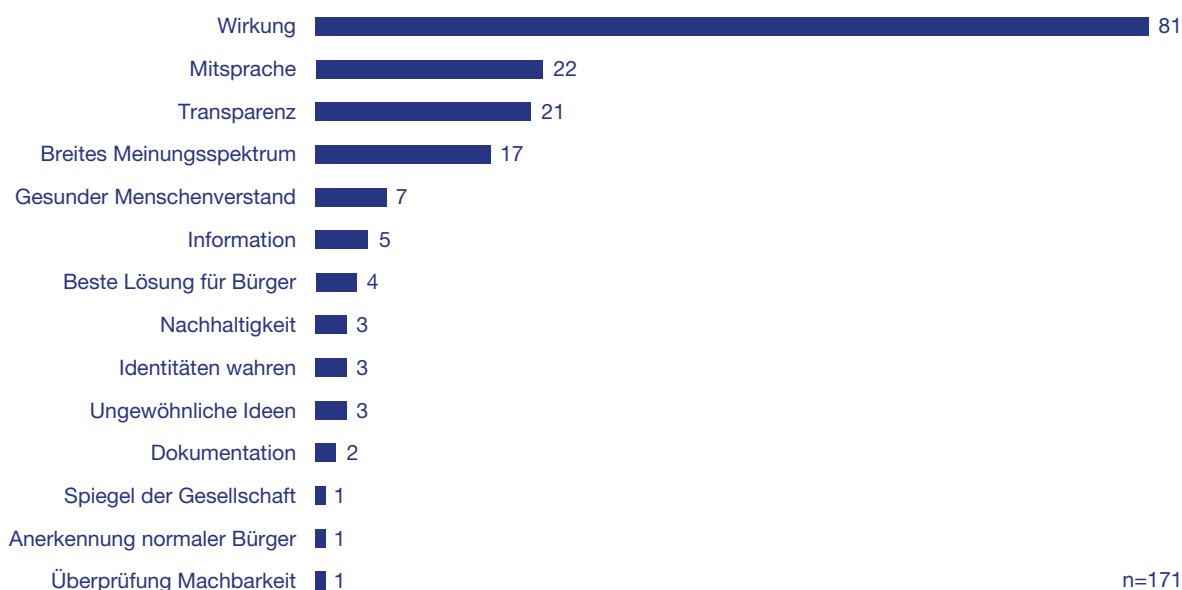


n=199

Mit der zweiten Frage wurden die Erwartungen an das Verfahren ermittelt. Mit Abstand am höchsten bewertet wurde der Wunsch, dass das Gutachten ernst genommen und umgesetzt wird (81 Punkte). Unter dem Stichwort „Mitsprache“ sind Vorschläge zusammengefasst worden, in denen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zum Ausdruck bringen, wie wichtig es ihnen ist, sich zu beteiligen, wenn es die Möglichkeit dazu gibt. Sie sehen die Planungszellen als ein Stück „gelebte Demokratie“, als Ermutigung, sich zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen. Durch Bürgerbeteiligung können die Anliegen der Betroffenen aufgezeigt werden.

Im Kontext von Wirkung und Mitsprache steht auch an zweiter Stelle der Rangfolge das Verlangen nach Transparenz (21 Punkte). Es wird gefordert, dass es Informationen dazu gibt, ob und wie Empfehlungen aus dem Bürgergutachten in die Regionalplanung aufgenommen werden. Dazu gehört auch, dass die Empfehlungen auf ihre Machbarkeit geprüft werden. Dieser Wunsch wurde mit einem Punkt bewertet. Ein Nebenaspekt des Themas Transparenz kommt in dem Wunsch zum Tragen, dass die Dokumentation der Ergebnisse nach Ablauf der Veranstaltung verfügbar sein soll (2 Punkte).

**Abbildung 7: Übersicht zu AE 1, Frage 2: Welche Erwartungen haben Sie an das Verfahren?**



Die Teilnehmenden äußerten die Erwartung, dass sie im Verlauf der vier Tage ein breites Meinungsspektrum kennenlernen (17 Punkte) und freuten sich in diesem Zusammenhang auf rege Diskussionen. Auf Rang fünf drücken die Teilnehmenden den Wunsch aus, im Verlauf des Verfahrens mehr Informationen zum Thema zu erhalten (5 Punkte).

Wenn Bürgerinnen und Bürger sich direkt beteiligen können, steigt nach Meinung der Teilnehmenden die Chance, dass der „gesunde Menschenverstand“ waltet (4. Platz, 7 Punkte) und die besten Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger gefunden werden (6. Platz, 4 Punkte), die nachhaltig sind (8. Platz, 3 Punkte), oder

auch ungewöhnliche Ideen entstehen (10. Platz, 3 Punkte). Die Wertschätzung des gesunden Menschenverstandes geht dabei mit einem gewissen Vorbehalt gegenüber Expertenwissen und vor allem dem Einfluss von Lobbyisten einher. Trotz des fehlenden Expertenwissens können Bürgerinnen und Bürger gute Vorschläge machen. Die Bürgerbeteiligung soll daher „auf Augenhöhe“ stattfinden und somit auch eine Anerkennung für den „normalen Bürger“ darstellen (1 Punkt).

Die besondere Qualität der Ergebnisse hängt auch davon ab, ob die Teilnehmenden die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Auf diese Überzeugung wurde ein Punkt vergeben.

Bürgerbeteiligung bei der Regionalentwicklung stellt für die Bürgerinnen und Bürger einen Weg dar, ihre Identität und die der Region zu bewahren (9. Platz, 3 Punkte).

Die Nennungen „Ergebnisoffenheit“, „Neugier“ und „öffentliche Aufmerksamkeit“ erhielten keine Punkte.



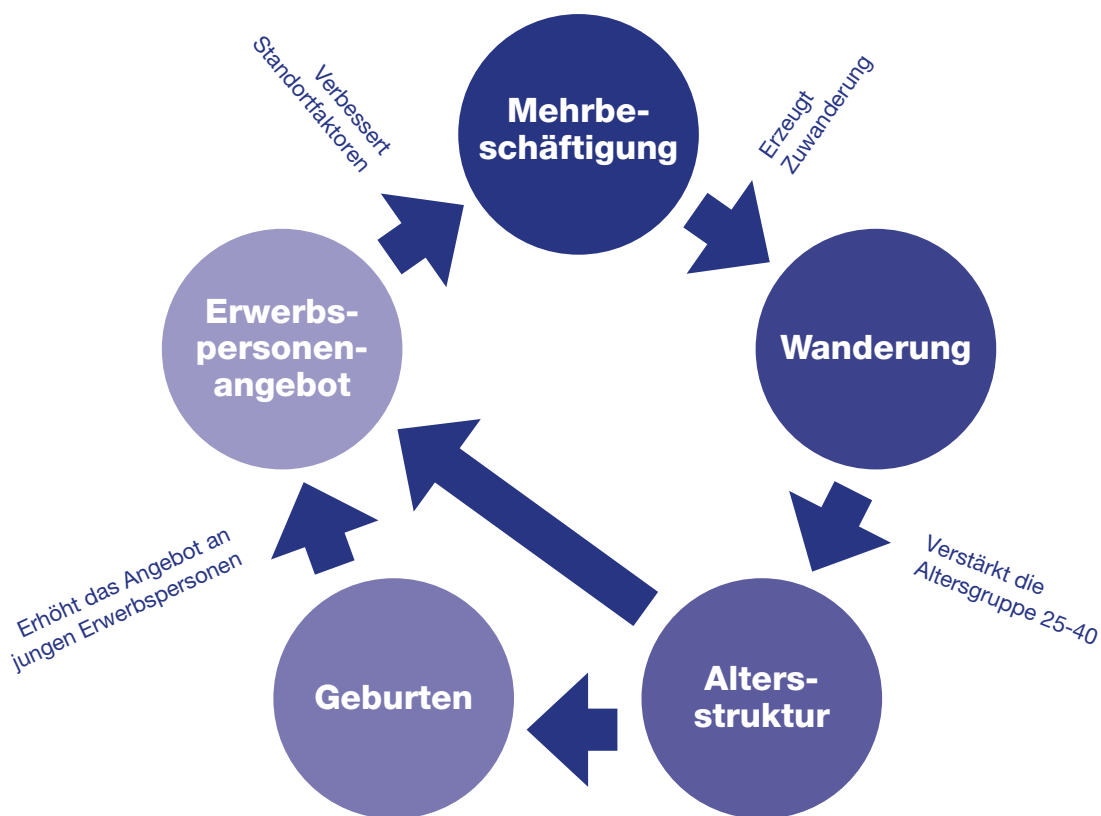
Foto 3: Gruppenfoto der Planungszelle 2

## Arbeitseinheit 2: Demografie

Dr. Reinhold Koch, der bereits in seiner früheren Tätigkeit beim Wirtschaftsministerium für Demografie und Arbeitsmarkt zuständig war und heute als Referent für Stadtentwicklung tätig ist, führte die Teilnehmenden kenntnisreich in das Thema „Demografische Entwicklung der Region München“ ein. Zunächst zeichnete er anhand von Statistiken die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte nach. Von 1970 bis 2015 hat die Region München einen Bevölkerungszuwachs von 35 Prozent erlebt. Der Großraum München ist damit eine der wenigen wachsenden Regionen Deutschlands. Wachstumstreiber ist dabei der gute Arbeitsmarkt. Von 1974 bis 2014 hat es einen Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen

um 52 Prozent gegeben. Vor allem die Branchen „Information und Kommunikation“ sowie die „wissenschaftlichen etc. Dienstleistungen“ boomen. München zieht damit junge, hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Stadt und ins Umland. Herr Koch erklärte unter anderem die selbstverstärkenden demografischen Folgen des Arbeitsmarktes: Ein gutes Erwerbspersonen-Angebot verbessert die Standortfaktoren, von denen Firmen profitieren, die mehr Beschäftigung schaffen, was zur Zuwanderung von jungen qualifizierten Arbeitskräften führt, die wiederum direkt das gute Erwerbspersonen-Angebot erhöhen und indirekt durch Familiengründung zusätzlich dazu beitragen.

Abbildung 8: Aus dem Vortrag zur demografischen Entwicklung





Limitierende Faktoren der demografischen Entwicklung stellte Herr Koch aber auch vor. Hier sind mit grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zwei Faktoren zu nennen, auf die die Regionalplanung keinen Einfluss hat. Andere, den stetigen Bevölkerungszuwachs bremsende Faktoren sind hingegen Gegenstände der Regionalplanung. Die Verkehrssituation mit der Überlastung der Infrastruktur behindert weiteres Wachstum. Schienen und Straßen reichen schon heute für ÖPNV, motorisiertem Individualverkehr aber auch den Güterverkehr nicht mehr aus. Ein weiterer Engpassfaktor ist die ökologische Tragfähigkeit. Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung hat auch die Siedlungsentwicklung, die in Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt steht. So kann die Ausweisung von Flächen zur Gewerbeansiedlung

die Ansiedlung von Unternehmen begünstigen und damit weitere Arbeitskräfte anziehen. Damit diese sich tatsächlich für München entscheiden, müssten sie aber bezahlbaren Wohnraum finden. Die Ausweisung von Flächen zum Wohnungsbau könnte hier Weichen für weiteres Wachstum stellen.

Für die Zukunft zeigen die Prognosen zur demografischen Entwicklung der Region München nach oben, wenngleich mit einem schwächeren Anstieg als in den letzten Jahrzehnten gerechnet wird. Ob das aber so eintreffen wird? Herr Koch blieb grundsätzlich skeptisch gegenüber Vorhersagen und erläuterte den Teilnehmenden durch eine abschließende „Prognosekritik“ die Gründe dafür.



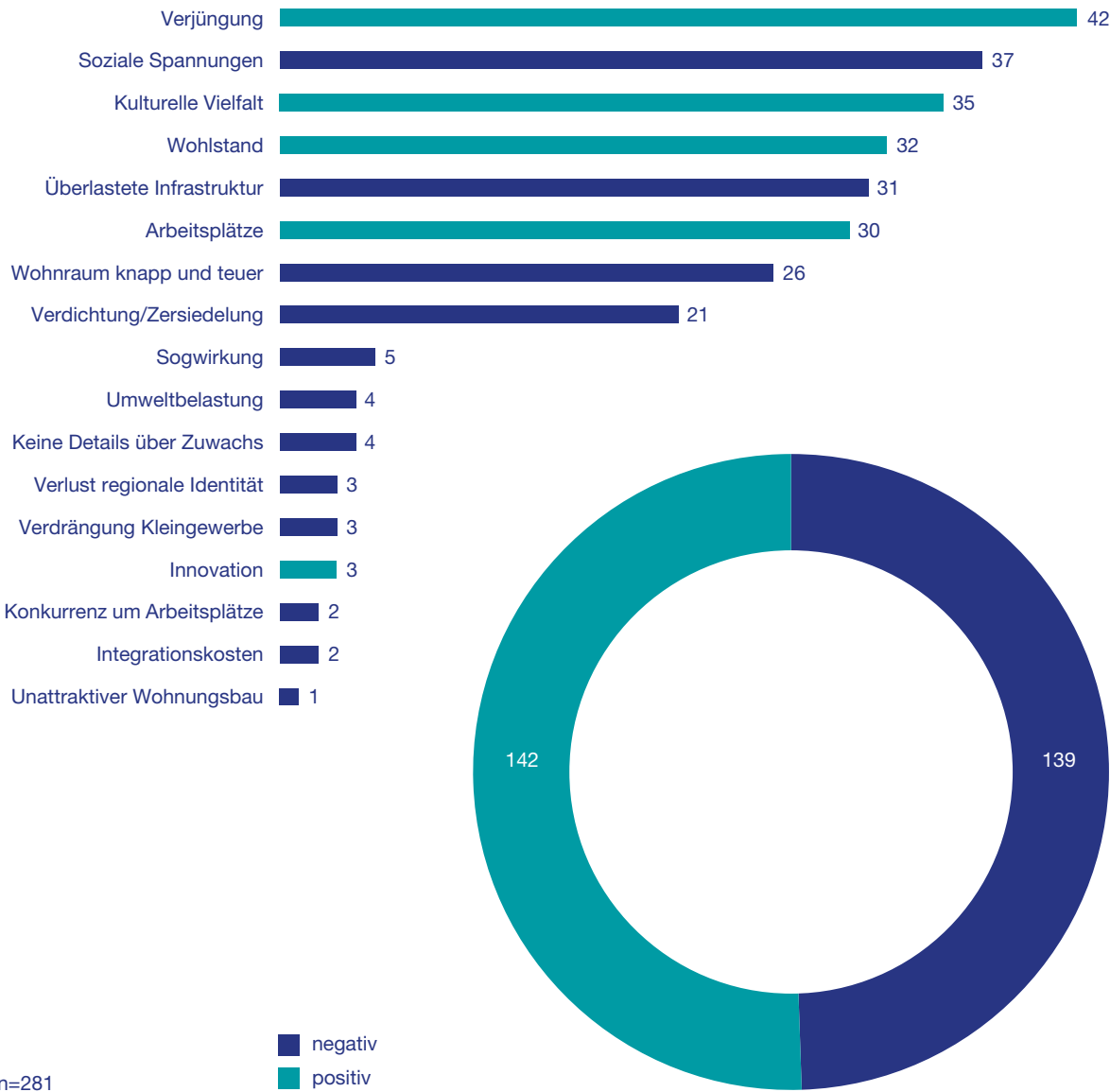
Foto 4: Rückfragen zum Expertenvortrag

Nach dem Vortrag berieten sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zu folgenden Fragen:

**1. Bitte bewerten Sie die künftige  
Bevölkerungsentwicklung: Was  
sind für Sie positive oder auch  
negative Entwicklungen?**

**2. Welche Möglichkeiten zur  
Steuerung des Bevölkerungs-  
wachstums sehen Sie?**

**Abbildung 9: Übersicht AE 2, Frage 1: Positive und negative Aspekte des Wachstums**





Zur Bewertung der Vorschläge zu Frage 1 erhielten die Teilnehmenden drei Punkte, die sie nach Belieben auf positive oder negative Cluster verteilen konnten. Durch diese Art der Punktvergabe war es den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern möglich auszudrücken, ob sie das Bevölkerungswachstum eher für gut oder eher für schlecht befinden. Tatsächlich ist das Verhältnis der Punkte, die auf positive und negative Vorschläge vergeben wurden, annähernd ausgeglichen, allerdings zeigt die Rangfolge eine starke Tendenz zur wohlwollenden Betrachtung der demografischen Entwicklung. Die positiven Benennungen haben mit einer Ausnahme alle 30 Punkte und mehr erhalten, während die negativen Folgen vielfältiger sind und sich zwischen null und 37 Punkten bewegen, wobei die meisten Vorschläge fünf Punkte und weniger erhielten.

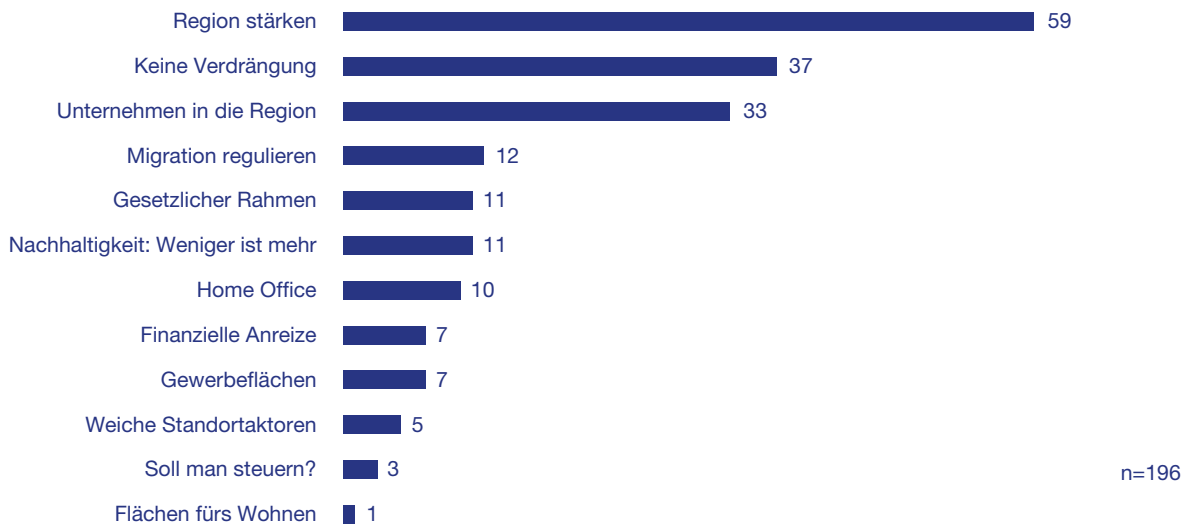
Angeführt wird die Liste von der positiven Bewertung „Verjüngung“ (42 Punkte). Auf Platz zwei steht das Cluster „Soziale Spannungen“ (37 Punkte). Unter diesem Oberbegriff sind die Sorgen um die Verdrängung von Geringverdienern, Gentrifizierung und Ghetto-Bildung, Auseinandersetzungen zwischen den Generationen, vor allem um Wohnraum, Konflikte, Desintegration und der Verlust des sozialen Umfelds zusammengefasst. Es folgen die positiven Aspekte „kulturelle Vielfalt“ (35 Punkte) und „Wohlstand“ (32 Punkte). Der Zuzug von Arbeitskräften ist Grundlage für eine florierende Wirtschaft, die für hohe Steuereinnahmen der öffentlichen Hand und damit funktionierende Sozialsysteme, gute Infrastruktur und ein reiches Kulturleben sorgt. Auf dem fünften Rang wird die Überlastung der Infrastruktur (31 Punkte) als problematische Folge des Bevölkerungswachstums genannt. Der vom Referenten beschriebene Einfluss der Zuwanderung auf die Arbeitsmarktsituation wird an sechster Stelle mit 30 Punkten als positiv gewertet. Es entstehen gut bezahlte attraktive Arbeitsplätze. München ist ein Top-Wirtschaftsstandort.

Abgesehen vom Cluster „Innovation“ (3 Punkte), mit dem die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ansprachen, dass junge Menschen

kreativer und innovativer sind, wurden nur noch negative Aspekte genannt, davon zwei mit mehr als 20 Punkten: Die Wohnraumproblematik (26 Punkte) und die Verdichtung und Zersiedelung der Landschaft (21 Punkte). Alle weiteren Aspekte haben deutlich weniger Punkte erhalten. Mit „Sogwirkung“ (5 Punkte) machen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter darauf aufmerksam, dass das Bevölkerungswachstum nicht nur für die Region München negative Folgen hat, sondern auch für andere Regionen, aus denen die Menschen fortziehen. Die Liste negativer Aspekte reicht von „Umweltbelastung“ (4 Punkte), über „Verlust regionaler Identität“ (3 Punkte), „Verdrängung des Kleingewerbes“ (3 Punkte), „Konkurrenz um Arbeitsplätze“ (2 Punkte), bis zu Kosten, die für die Integration von Migrantinnen und Migranten aufgebracht werden müssen (2 Punkte), und endet mit der Beobachtung, dass der angespannte Wohnungsmarkt zu unattraktivem Wohnungsbau führt (1 Punkt). Die mit vier Punkten bewertete Karte „Keine Details über Zuwachs“ steht in Zusammenhang mit einer Frage, die dem Referenten in der Planungszelle 2 im Anschluss an seinen Vortrag gestellt wurde. Die Teilnehmenden wollten von ihm wissen, ob es Informationen dazu gibt, welche Qualifikationen und Integrationsvoraussetzungen Zuwanderer mitbringen. Daten dazu werden nicht erhoben.

Wachstumskritik oder auch Wachstumswünsche stellen Politik und Planung vor die Frage, mit welchen Mitteln sich Wachstum steuern lässt. Diese Frage wurde daher an die Kleingruppen weitergegeben.

**Abbildung 10: Übersicht AE 2, Frage 2: Steuerung des Bevölkerungswachstums**



Zwei der Antworten auf die Frage nach den Steuermöglichkeiten entziehen sich der Fragestellung. Mit drei Punkten wird der Zweifel bewertet, ob man überhaupt steuern soll und kann, und elf Punkte erhielt das Statement für mehr Nachhaltigkeit in der Regionalentwicklung: „Weniger ist mehr.“

Die übrigen Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zerfallen in zwei Gruppen. Zum einen werden Instrumente vorgeschlagen und nach ihrer vermuteten Wirksamkeit bewertet, zum anderen wird mit den Instrumenten auch eine Zielrichtung vorgegeben.

Wichtiger als eine abstrakte Bewertung von Steuermöglichkeiten ist den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern die Lösung der Probleme, die durch das stetige Bevölkerungswachstum entstanden sind. Die wichtigste Empfehlung dazu lautet, die Region zu stärken (59 Punkte). Sie soll durch gezielte Schaffung von Angeboten in den Bereichen Bildung und Kultur, aber auch durch einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur attraktiver werden. Die Dezentralisierung von Verwaltung könnte zusätzlich zur Aufwertung beitragen. Dabei sehen die Bürgergutachterinnen

und Bürgergutachter nicht nur die an die Landeshauptstadt angrenzenden Landkreise als Region an, in die der Zuzug gelenkt werden könnte, sondern beziehen auch strukturschwächere Räume in ganz Bayern in ihre Überlegungen ein. Zusammen mit der drittplatzierten Empfehlung „Unternehmen in die Region“ (33 Punkte), bei der es um Wirtschaftsförderung im Umland durch steuerliche Anreize und Ausweisung von Gewerbeflächen geht, geben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in dieser Arbeitseinheit ein starkes Votum für die Verlagerung des Bevölkerungsdrucks von der Stadt ins Umland ab. An zweiter Stelle, zwischen den beiden Regions-Empfehlungen steht die Forderung „Keine Verdrängung von Geringverdienern“ (37 Punkte). In diesem Cluster sind Empfehlungen zusammengefasst, die soziale Gerechtigkeit und die Förderung von Kindern und Familien anmahnen. Durch sozialen Wohnungsbau, Bauförderung, die Einwohnerinnen und Einwohner bevorzugt, und Bauprojekte zum generationenübergreifenden Wohnen sollen die Lebensbedingungen der Münchner verbessert und ihre Möglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt gegenüber den hochqualifizierten Zuwanderern gestärkt werden.

Die vierte Empfehlung, die mit zwölf Punkten deutlich weniger als die drei Erstplatzierten erhielt, zielt auf die Zuwanderung aus dem Ausland. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wenden sich gegen einen unkontrollierten Bevölkerungszustrom und fordern, dass der Spracherwerb und die Anerkennung gesellschaftlicher „Spielregeln“ als Grundvoraussetzung gelten sollen.

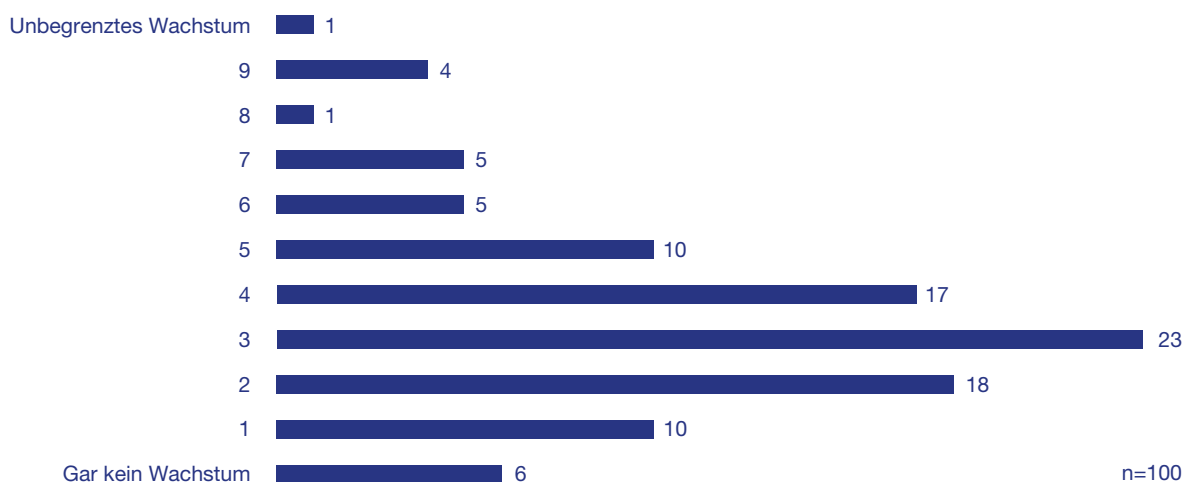
Auf dem siebten Rang steht mit „Home Office“ (10 Punkte) die letzte Empfehlung zum Umgang mit dem Bevölkerungswachstum. Die Möglichkeit zur Heimarbeit soll durch den Ausbau der IT-Infrastruktur ausgeweitet werden, was zu einer Verringerung der Pendlerströme beitragen könnte.

In der zweiten Gruppe der Empfehlungen, die eher am Ende der Rangfolge stehen, wird den gesetzlichen Regelungen und Verwaltungsmaßnahmen

(11 Punkte) der größte Einfluss auf die demografische Entwicklung der Region München zugeschrieben. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter benennen allerdings nicht konkret, worin die „Auflagen“, „planungstechnischen Maßnahmen“ und „rechtlichen Regulatorien“ bestehen könnten. Finanzielle Anreize (7 Punkte), die Ausweisung von Flächen für Gewerbe (7 Punkte) und Wohnungsbau (1 Punkt) sowie die Förderung weicher Standortfaktoren wie Kultur und Bildung (5 Punkte) werden ebenfalls als Steuerungselemente vorgeschlagen.

Abschließend wurden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter gebeten, auf einer Skala von gar kein Wachstum = 0 – unbegrenztes Wachstum = 10 ihre Präferenz durch einen Punkt zu markieren.

**Abbildung 11: AE 2, Frage 3: Wachstumspräferenz**



Unter den Teilnehmenden an den Planungszellen sind 16 ausgesprochene Wachstumskritiker, die sich in die Zwischenräume bis zum zweiten Teilstrich eingetragen haben. Diese Haltung geht der Mehrheit zu weit. Die mit Abstand größte Gruppe der Teilnehmenden plädiert mit 41 Punkten zwischen dem zweiten und vierten Teilstrich für ein

geringes Wachstum, gefolgt von der Gruppe, die sich mit 27 Punkten zwischen dem vierten und sechsten Teilstrich für ein moderates Wachstum ausspricht. Noch mehr Wachstum wünschen sich nur 16 von 100 Teilnehmenden, indem sie ihre Punkte vom sechsten Teilstrich bis zum Ende der Skala klebten.

## Arbeitseinheit 3: Siedlungsentwicklung/ Wohnen

In der Arbeitseinheit 2 zur demografischen Entwicklung wurde deutlich, dass die Region München wächst. Um mit diesem Wachstum umzugehen, ist eine proaktive Siedlungsentwicklung notwendig. Die dritte Arbeitseinheit beschäftigte sich mit dem Aspekt „Wohnen“ als Teil der Siedlungsentwicklung in der Region München. Die wachsende Bevölkerung erfordert den Bau von Wohnungen. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum entsteht aber nicht nur aufgrund des Bevölkerungszuwachses, sondern auch wegen des Wandels der Bevölkerungsstruktur: Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte in Großstädten wie München wächst.

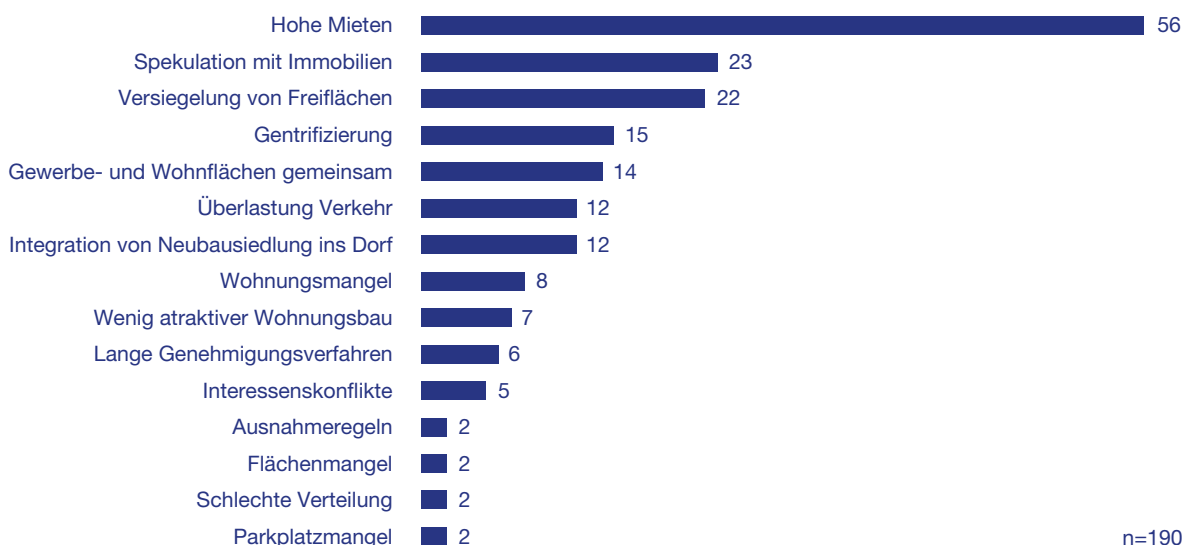
Die Referentin Carola Seis, Stadtplanerin des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, gab zu Beginn der Arbeitseinheit einen Einblick in das Wachstum der Region und erläuterte, dass eine zentrale Herausforderung für die Region die Schaffung von zusätzlichen 160.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren ist. Zusätzlich

stellte sie drei Strategien des zukünftigen Wachstums der Region vor: 1) Das Wachstum entlang leistungsfähiger Achsen (zumeist S-Bahntrassen oder leistungsfähige Straßen), das punktaxial genannt wird, 2) das flächenhafte Wachstum, bei dem die freien Flächen zwischen bereits bestehenden Siedlungen genutzt werden und 3) die dezentrale Konzentration, bei der bereits vorhandene, geeignete Unterzentren weiterentwickelt und stärker miteinander vernetzt werden.

Für die Diskussion in den Kleingruppen erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die folgenden drei Fragen, deren Beantwortung anschließend im Detail dargestellt wird:

- 1. Was empfinden Sie als problematisch, wenn es um Wohnraum und Wohnen in der Region München geht?**
- 2. Worin sehen Sie Lösungsansätze?**
- 3. Wo soll Wohnraum in der Region München geschaffen werden?**

Abbildung 12: Übersicht AE 3, Frage 1: Probleme im Bereich Wohnen



Als größtes Problem sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die hohen Mieten in der Region und insbesondere in der Stadt München an (56 Punkte). Neben den Mieten werden auch die hohen Grundstückspreise kritisiert. Dadurch wird der Erwerb von Wohneigentum für Normal- und Geringverdienende schwierig.

Damit zusammenhängend wird die Spekulation mit Immobilien kritisiert (23 Punkte). Insbesondere (internationale) Großinvestoren werden problematisch gesehen, da sie Wohnraum als Spekulationsobjekt verstehen und hierdurch aktiv zu den hohen Miet- und Grundstückskosten beitragen.

Mit 22 Punkten wird an dritter Stelle die zunehmende Versiegelung von Freiflächen als Problem benannt. Es gibt zunehmend weniger Frei- und Grünflächen, da sie wegen des hohen Bedarfs an Wohnungen bebaut werden. Um die hohe Lebensqualität in der Region zu erhalten, empfehlen die Teilnehmenden, einen Ausgleich zwischen Wohnraum und Natur zu schaffen.

Als weiteres Problem, das mit den hohen Mieten und Grundstückskosten zusammenhängt, wird die Gentrifizierung genannt (15 Punkte). Die hohen Mieten führen dazu, dass „Normalbürgerinnen und Normalbürger“ aus ihren Wohnungen verdrängt werden und Luxusquartiere entstehen. Dadurch wird der Charakter der Quartiere nachhaltig verändert. Das wird von den Teilnehmenden negativ bewertet.

Auf dem fünften Platz empfehlen die Bürgerinnen und Bürger, dass bei der Ausweisung von Gewerbeflächen zwingend auch Wohnflächen vorgesehen werden sollen (14 Punkte). Dadurch könnten die Einkaufs- und Arbeitswege reduziert werden. Des Weiteren kann dadurch der Bildung von reinen Schlafstädten vorgebeugt werden. Diese sind aus Sicht der Teilnehmenden wenig attraktiv, da sie außer Wohnraum keine weitere Infrastruktur bieten, sodass die Bewohnerinnen und Bewohner solcher Orte sowohl zur Arbeit als auch zum Einkauf oder zur Freizeitbeschäftigung weite Strecken auf sich nehmen müssen. Dies trägt ebenfalls zum hohen Verkehrsaufkommen in der Region bei.

Das Wachstum der Außenbezirke und des Umlands von München führt zu Verkehrsproblemen (12 Punkte), da immer mehr Pendler die Verkehrsinfrastruktur nutzen müssen, um zu ihren Arbeitsplätzen in der Innenstadt zu gelangen. Besonders belastet sind der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und die großen Zufahrtsstraßen, die aus dem Umland in die Innenstadt führen. Das Problem wird dadurch verschärft, dass das Wachstum der Verkehrsinfrastruktur nicht dem Wachstum der Region entspricht.

Der Bau von Siedlungen im Umland trägt zwar zur Linderung der Wohnungsnot bei, doch ist er nicht unproblematisch. Die dörfliche Identität droht verlorenzugehen, weil die Integration der Neubausiedlungen in die bestehenden Dörfer schwierig ist (12 Punkte).

An achter Stelle wird der Wohnungsmangel als grundsätzliches Problem genannt (8 Punkte). Es fehlen insbesondere kleine Wohnungen und Wohneinheiten, die von Wohngemeinschaften genutzt werden können.

Sieben Punkte erhielt der Kritikpunkt, dass neu errichtete Wohnsiedlungen wenig attraktiv sind. Zum einen sind sie architektonisch wenig ansprechend, da sie aufgrund ihrer klotzartigen Bauweise eher „Wohnsilos“ gleichen, zum anderen ist die Bebauung oftmals zu dicht und führt zu einer Bildung von Ghettos. Die punktuelle Dichte und Gleichförmigkeit der Bebauung führt zu einer Anonymisierung der dort lebenden Menschen. Ein Grund für die geringe Attraktivität der Neubauten ist das Streben nach Gewinnmaximierung. Um die Gewinne der Investoren zu sichern, werden einfache, architektonisch wenig aufwendige Gebäude errichtet und es wird möglichst viel Wohnraum auf einem kleinen Gebiet geschaffen.

Auf dem zehnten Platz der Probleme stehen „lange Genehmigungsverfahren“. Der Erwerb oder Bau einer Immobilie wird durch zeitraubende Bürokratie während der Genehmigungsverfahren unnötig erschwert (6 Punkte). Es folgt, mit fünf Punkten bewertet, die Beobachtung, dass es beim Thema „Wohnen“, insbesondere bei der Erschließung

neuer Flächen für den Wohnungsbau, immer wieder zu Konflikten zwischen persönlichen und allgemeinen Interessen kommt, die teilweise nicht miteinander versöhnt werden können (5 Punkte).

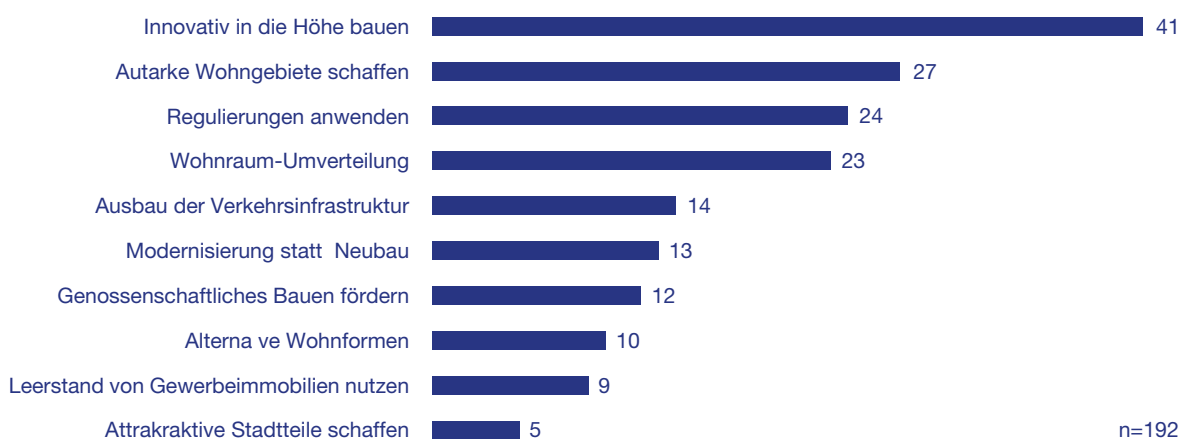
Zwei Punkte erhielt die Empfehlung zur Abschaffung von Ausnahmeregeln. Bei der Schaffung von Wohnraum gibt es immer wieder Ausnahmeregeln von bzw. für Kommunen. Dies ist aus Sicht der Teilnehmenden nicht nachvollziehbar. Es sollten möglichst gleiche Bedingungen für alle gelten. Ebenfalls mit zwei Punkten wird der Flächenmangel als Problem gekennzeichnet. Auch die Erklärung, dass die ungleiche Verteilung von Wohnraum zum Wohnungsmangel beiträgt, erhielt zwei Punkte. Manche kleinen Haushalte nutzen große Wohnungen, während sich andererseits größere Familien in kleinen Wohnungen drängen müssen. Und auch die Beobachtung, dass aufgrund der Nachverdichtung in München und der vielen Pendler, die mit dem Auto in die Stadt München fahren, in der

Innenstadt ein Mangel an Parkplätzen herrscht, wird mit zwei Punkten bewertet.

Die lange Liste der Probleme endet mit drei Nennungen, die weniger als zwei Punkte erhielten:

- Steuerbarkeit: Die Möglichkeiten der Steuerung von Wohnungsansiedlungen in der Region München ist problematisch (1 Punkt).
- Lange Anfahrzeiten: Da Wohnraum in München fehlt bzw. nicht erschwinglich ist, müssen lange Anfahrzeiten von und zum Arbeitsplatz in Kauf genommen werden. Hinzu kommt eine schlechte Anbindung vom MVV an das Straßennetz, die Park & Ride wenig attraktiv macht (1 Punkt).
- Schwarzmarkt: Aufgrund des Mangels an Wohnraum in der Stadt und der Region München hat sich ein Schwarzmarkt für Wohnungen entwickelt, der die Suche nach geeignetem Wohnraum zusätzlich erschwert (0 Punkte).

**Abbildung 13: Übersicht zu AE 3, Frage 2: Empfehlungen zum Thema Wohnen**



Um den zuvor benannten Problemen zu begegnen, empfehlen die Teilnehmenden an erster Stelle eine Nachverdichtung durch innovative Hochbauten (41 Punkte). Durch die Wohnraumverdichtung in die Höhe können bestehende Grünflächen erhalten bleiben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben auch über eine verpflichtende Errichtung

von Pfahlbauten diskutiert, die insbesondere für die Überbauung von bereits existierenden Parkplätzen geeignet erscheint. Wichtig ist, dass die neuen Hochbauten trotzdem attraktiv sind, d. h. qualitätvollen Wohnraum schaffen und baubiologische Gesichtspunkte mitberücksichtigen. Das kann auch durch Dachgärten oder die Vernetzung



mehrerer Häuser durch Brücken erreicht werden, sodass ein attraktiver öffentlicher Lebensraum auf den Dächern von Wohnanlagen entstehen kann. Darüber hinaus sollte auch über den

unterirdischen Bau von Parkplätzen nachgedacht werden, um Freiflächen zu erhalten bzw. zusätzliche zu schaffen.



Foto 5: Überbauung des Parkplatzes am Dantebad, ©GEWOFAG

Des Weiteren ist es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wichtig, dass möglichst autarke Wohngebiete geschaffen werden (27 Punkte). Autark bedeutet in diesem Zusammenhang, dass neue Wohngebiete möglichst auch Geschäfte für Dinge des alltäglichen Bedarfs und eine grundlegende Versorgung, z. B. mit Ärztinnen und Ärzten, integrieren. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger sind autarke Wohngebiete wirtschaftlich robuster und attraktiver für die Bewohnerinnen und Bewohner. Auf dem dritten Platz empfehlen die Bürger-

gutachterinnen und Bürgergutachter, bestehende Regulierungen und Gesetze anzuwenden bzw. wo nötig, neue zu schaffen (24 Punkte). Die Teilnehmenden beziehen sich dabei auf die gesetzliche Regulierung des Miet- und Grundstücksmarktes. Bestehende Gesetze und Verordnungen sollten überprüft und bei Bedarf neue Regularien erlassen werden. Konkret könnte dies eine konsequente Durchsetzung einer Mietpreiskontrolle oder das Verbot der Vermietung nichtgewerblichen Wohnraums als Ferienwohnung betreffen. Letzteres



Foto 6: Diskussion in der Kleingruppe

müsste allerdings regelmäßig geprüft und gehandelt werden. Ein weiterer Aspekt betrifft den kommunalen sozialen Wohnungsbau, der gestärkt werden soll. Deshalb sollen beim Bau von neuen Wohngebieten gezielt Sozialwohnungen ausgewiesen werden.

An vierter Stelle empfehlen die Bürgerinnen und Bürger die Umverteilung von Wohnraum (23 Punkte). Ziel der Umverteilung ist eine effizientere Nutzung bereits bestehenden Wohnraums, sodass bestehende Bedarfe besser gedeckt werden. Dieser Vorschlag zielt vor allem auf ältere Menschen, die alleine in großen Wohnungen leben. Sie könnten ihre zu großen Wohnungen mit Familien tauschen, deren Wohnungen zu klein sind. Ein anderer Vorschlag lautete, dass z. B. Studierende zu Senioren in die Wohnung ziehen könnten. Davon könnten beide Gruppen profitieren: Die

Studierenden könnten günstig Wohnraum finden und die Senioren hätten einen Ansprechpartner, der ihnen im Haushalt behilflich sein könnte. Um eine Umverteilung attraktiv zu machen, müssten allerdings Anreize geschaffen werden.

Um die angespannte Verkehrssituation zu lösen, empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (14 Punkte). Das betrifft in erster Linie die Verbesserung des ÖPNV, z. B. durch den Ausbau der zweiten Stammstrecke. Ziel ist es, den ÖPNV attraktiver zu machen, sodass weniger Personen das Auto zum Pendeln nutzen. Neben dem ÖPNV sollen aber auch gezielt einzelne Straßen besser ausgebaut werden, um die Stauanfälligkeit zu reduzieren.

Des Weiteren empfehlen die Bürgerinnen und Bürger den Vorrang von Modernisierungen vor



Neubauten (13 Punkte). Der vorhandene Wohnraum soll so umgestaltet werden, dass er besser den vorhandenen Bedarfen entspricht.

An sechster Stelle wird die Förderung genossenschaftlichen Bauens empfohlen (12 Punkte). Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist bewusst, dass es viele verschiedene Formen genossenschaftlichen Bauens gibt. Alle haben jedoch gemeinsam, dass sie nicht profitorientiert sind. Deshalb sind sie aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger besser geeignet, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Auch alternative Wohnformen können Teil der Problemlösung sein (10 Punkte). Generationenübergreifendes Wohnen könnte sowohl durch Mehrgenerationenhäuser in Städten als auch durch Mehrgenerationendörfer in ländlichen Gegenden umgesetzt werden. Auch interkulturelle Wohnmodelle sind aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschenswert.

Um Wohnraum zu schaffen, sollte der Leerstand, insbesondere von Gewerbeimmobilien, genauer gesichtet werden. Es sollte geprüft werden, welche dieser Flächen in zusätzlichen Wohnraum umgewandelt werden können (9 Punkte). Hierdurch

könnten, vor allem in den Innenstädten, neue Wohnflächen geschaffen werden.

Ziel der zukünftigen Siedlungsentwicklung muss die Schaffung von attraktiven Stadtteilen sein (5 Punkte). Sie sollen als identitätsstiftende Ortskerne Anlaufpunkt für die Bewohnerinnen und Bewohner sein.

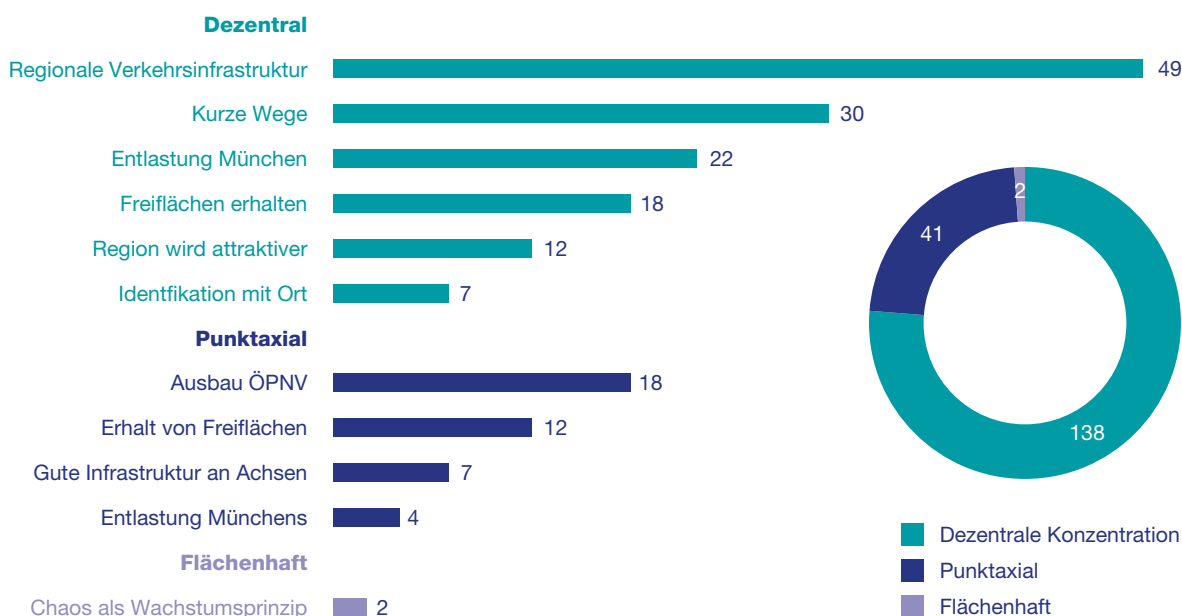
Vier Punkte erhielt die Empfehlung, durch eine Flexibilisierung der Bauvorschriften und eine Beschleunigung der Baugenehmigung den Wohnungsbau anzukurbeln. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter haben den Eindruck, dass es auch in der Stadt noch vereinzelt Leerstand und Baulücken gibt. Diese sollen durch eine Leerstand-Steuer (4 Punkte) und Nachverdichtung (3 Punkte) genutzt werden.

Weniger als drei Punkte erhielten die Vorschläge, einen gut strukturierten Regionalbebauungsplan aufzustellen, der die Interessen der verschiedenen Regionen berücksichtigt und besser aufeinander abstimmt (2 Punkte), die Förderung des Car-Sharings (1 Punkt) und die Empfehlung, staatliche Förderungen und Zuschüsse besser zu kommunizieren (0 Punkte).

Die dritte Frage an die Kleingruppen in der Arbeitseinheit zur Siedlungsentwicklung lautete: „Wo soll Wohnraum in der Region München geschaffen werden?“ Bei der Beantwortung dieser Frage wurden die Teilnehmenden gebeten, auf die Vorzüge der drei oben erläuterten Strategien der Siedlungsentwicklung (punktaxial, flächenhaft, dezentrale Konzentration) einzugehen. Die

meisten Punkte wurden für das dezentrale Wachstum vergeben (138 Punkte), gefolgt vom Wachstum entlang leistungsfähiger Achsen (41 Punkte) und die wenigsten Punkte erhielt das flächenhafte Wachstum (2 Punkte). Im Folgenden werden die Vorzüge der einzelnen Strategien, die die Bürgerinnen und Bürger erarbeitet haben, erläutert

**Abbildung 14: Übersicht zur AE 3 Frage 3: Modelle der Siedlungsentwicklung**



### Dezentrale Konzentration – Wachstum der Unterzentren (138 Punkte)

Durch die dezentrale Konzentration, d. h. die weitere Stärkung und Vernetzung bereits vorhandener Unterzentren, erwarten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an erster Stelle den besseren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region (49 Punkte). Dieser wird notwendig, weil die weiterentwickelten Unterzentren besser miteinander vernetzt werden müssen, um ihre Rolle wahrnehmen zu können. Diese Stärkung der Region führt zu einer Entlastung der bestehenden Verkehrsadern, die bisher auf das Zentrum, d. h. die Stadt München, ausgerichtet sind.

Die bessere Vernetzung hat für die Anwohnerinnen und Anwohner den weiteren Vorteil, dass die notwendigen Wege kürzer werden (30 Punkte). Da viele Besorgungen in den gestärkten Unterzentren erledigt werden können und die Arbeitsplätze ebenfalls vor Ort sind, könnten die Fahrten in das Zentrum München überflüssig oder doch nicht mehr in dem Ausmaß wie bisher notwendig werden. Das Ergebnis ist eine bessere Nahversorgung und die Reduzierung der notwendigen Mobilitätsströme.

Wie bereits erwähnt, ist ein weiterer direkter Vorteil die Entlastung der Stadt München (22 Punkte). Da beim dezentralen Wachstum bereits vorhandene Siedlungen erweitert werden, gehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer davon aus, dass vorhandene Freiflächen erhalten bleiben (18 Punkte). Die Orte (Kerne) werden zwar erweitert, aber die Grünzüge zwischen den Kernen können größtenteils erhalten bleiben.

Ein weiterer Vorteil ist die Steigerung der Attraktivität des Umlandes (12 Punkte). Die Stärkung führt zu mehr Ansiedlungen von Gewerbe, Einzelhandel, Ärzten und Schulen in der Region. Das bewirkt, dass die Region für die Bewohnerinnen und Bewohner und mögliche Zuziehende attraktiver wird. Die Möglichkeit, seinen Lebensmittelpunkt im Umland zu haben, führt zu einer stärkeren Identifikation mit der Region und einer Stärkung des Gemeinwesens vor Ort (7 Punkte).

#### **Punktaxiales Siedlungsmodell – Wachstum entlang leistungsfähiger Achsen (41 Punkte)**

Ein punktaxiales Wachstum führt zum Ausbau des

ÖPNV (25 Punkte). Es ist zu erwarten, dass bislang kurze S-Bahnlinien im Rahmen solch einer Wachstumsstrategie verlängert werden.

Ein weiterer Vorteil des punktaxialen Wachstums ist der Erhalt vieler unbebauter Flächen (12 Punkte). Der Erhalt von Grünflächen wird von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr begrüßt, da er direkt zur Steigerung der Lebensqualität in der Region beiträgt.

Als dritten Vorteil nennen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Entlastung Münchens (4 Punkte), da sie die Entstehung weiterer Unterzentren entlang der leistungsfähigen Verkehrsachsen erwarten.

#### **Flächenhaftes Wachstum (2 Punkte)**

Das flächenhafte Wachstum entspricht aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einem Vorgehen, bei dem „das Chaos“ als Lösungsstrategie angewandt wird (2 Punkte). Es wird als Vergeudung von Freiflächen und Zerstörung, insbesondere von Grünflächen, wahrgenommen.

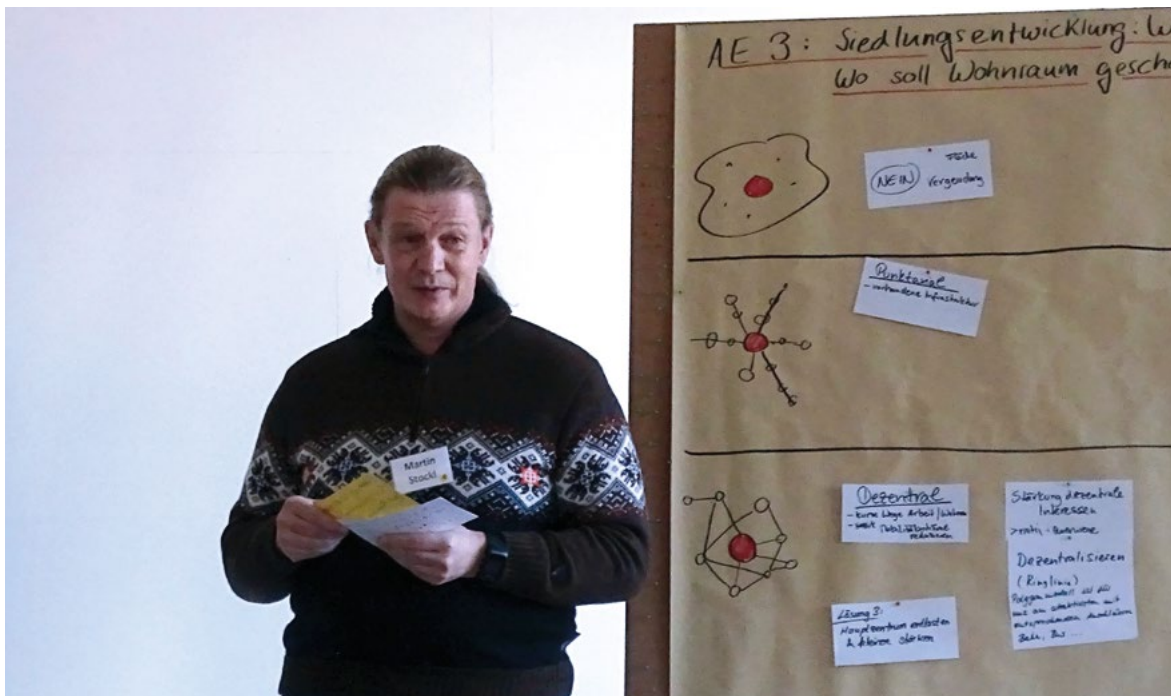


Foto 7: Präsentation der Ergebnisse, AE 3

## Arbeitseinheit 4:

### Siedlungsentwicklung/ Gewerbe

Die letzte Arbeitseinheit des ersten Tages führte das Thema Siedlungsentwicklung fort. Im Fokus stand die Ansiedlung oder auch Vergrößerung von Unternehmen. In einem ersten Referat stellten Isabella Hößl und Nadine Schrader-Bölsche von der Handwerkskammer für München und Oberbayern dar, was das Handwerk für die Region leistet. Die 46.050 Handwerksbetriebe in der Region schaffen Arbeit für 163.100 Personen und Ausbildung für über 11.000 junge Menschen. Das Handwerk ist Dienstleister und Versorger der Bevölkerung, steht für gesellschaftliches Engagement von Unternehmen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten.

Das Wachstum in der Region stellt die Handwerksbetriebe vor große Herausforderungen. Die Flächenverfügbarkeit für Gewerbe, die mit Lärm und Geruch die Nachbarschaft beeinträchtigen, ist stark begrenzt. Die Ansiedlung in der Region ist mit dem Problem der Anfahrten und Staukosten aufgrund der überlasteten Infrastruktur verbunden. Typische Dienstleister, wie z. B. Friseure, werden aus den Quartieren verdrängt, weil sie bei den Gewerbemieten nicht mithalten können. Ohne Standorte im Quartier geht aber die nötige Kundennähe verloren. Für das Handwerk allgemein gilt, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum mittlerweile zu einem negativen Standortfaktor geworden ist.

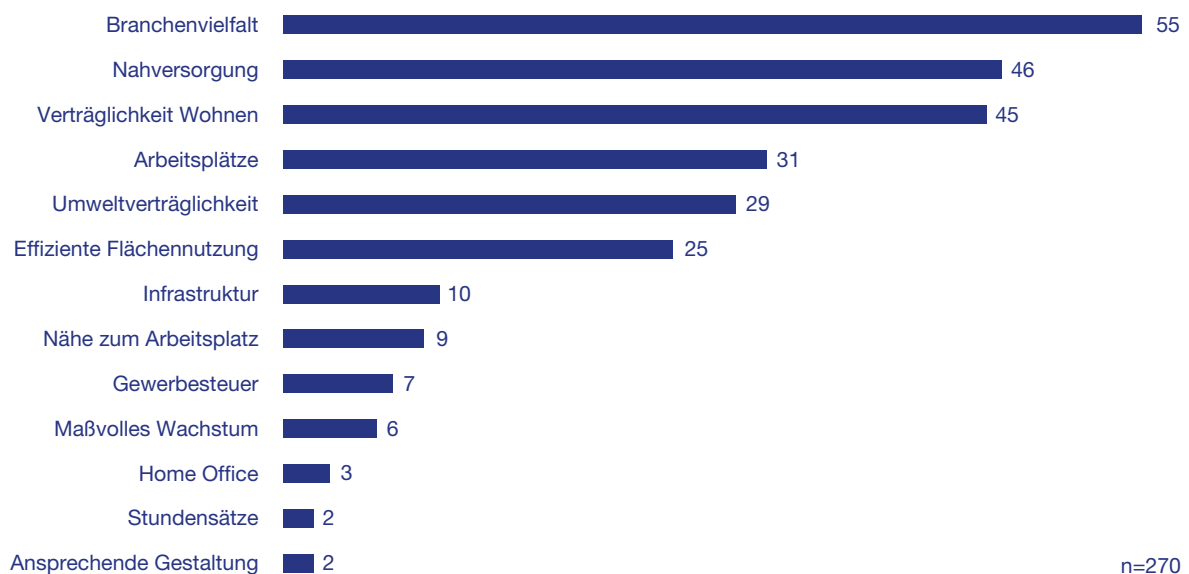
Andreas Fritzsche, Referatsleiter Standortberatung, Statistik, Raum- und Bauleitplanung bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) München und Oberbayern, ergänzte diese Darstellung der Unternehmensinteressen an der Regionalplanung. Die IHK vertritt in der Region München und Oberbayern 400.000 Mitgliedsunternehmen. Herr Fritzsche skizzierte die Bedeutung des Wirtschaftsstandortes München samt Umland mit einigen Kennzahlen: Fast die Hälfte des bayerischen Bruttoinlandsproduktes wird hier erwirtschaftet, es gibt annähernd zwei Millionen

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und die niedrigste Arbeitslosenquote Bayerns. Die Region zeichnet ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen und überdurchschnittliches Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohnerin bzw. Einwohner aus. Das liegt auch daran, dass München in Forschung, High-Tech und Automotive stark aufgestellt ist – Bereiche, in denen hohe Umsätze erzielt und hohe Löhne gezahlt werden. Damit der „Premium-Standort“ erhalten bleibt, sollten Gewerbeflächen angebotsorientiert zur Verfügung gestellt werden. Aus Sicht der IHK reichen Innenentwicklung und Brachflächenrecycling alleine nicht aus. Um Nutzungskonflikte zwischen Industrie und Einwohnerinnen und Einwohnern zu minimieren, plädiert die IHK für eine städtebauliche Funktionstrennung.

Nach dem Kennenlernen der wichtigsten Problemfelder und Interessen der Unternehmen durch die einführenden Referate haben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter folgende Fragen in den Kleingruppen beraten:

- 1. Was ist Ihnen wichtig beim Thema Gewerbe und Unternehmen?**
- 2. Was sollte bei der Ansiedlung oder der Vergrößerung von Betrieben beachtet werden?**
- 3. Sind Sie der Meinung, dass alle Städte und größere Gemeinden Flächen sowohl für den Wohnungsbau als auch für die Gewerbeansiedlung bereithalten sollten?**

**Abbildung 15: Übersicht zur AE 4, Frage 1: Gewerbe und Unternehmen**



Das Wichtigste beim Thema Gewerbe und Unternehmen ist den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern, dass eine Branchenvielfalt erhalten bleibt (55 Punkte). Eine Konzentration auf High-tech wünschen sie sich nicht, sondern einen Mix aus innovativen und traditionellen Unternehmen. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sehen in diesem Zusammenhang einen Förderbedarf bei den alteingesessenen Unternehmen und Kleinbetrieben. Nicht nur eine Branchenvielfalt, sondern auch eine Vielfalt der Betriebsgrößen ist gewünscht.

Das zweitplatzierte Cluster „Nahversorgung“ (46 Punkte) steht in Beziehung zur Förderung des Kleingewerbes: Die Geschäfte des täglichen Bedarfs sowie Handwerksunternehmen sollen orts-nah bleiben. Das Nebeneinander von Gewerbe und Wohnen im Quartier hat aber auch Grenzen. Es sollen nur solche Betriebe in Wohngebieten angesiedelt werden, die nicht zu stark durch

Lärm, Abgase, Abwasser oder Verkehrsaufkommen stören (45 Punkte). Es folgt der Wunsch, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen sollen (31 Punkte) und auf die Umweltverträglichkeit geachtet wird (29 Punkte). An sechster Stelle steht das Cluster „Effiziente Flächennutzung“ (25 Punkte). Darunter fällt die Forderung, in die Höhe zu bauen und am Wochenende Zweitnutzungen von Parkplätzen zuzulassen. Unternehmen mit einem großen Flächenbedarf sollen ausgelagert werden. Dazu ist eine Planung im Regionalverbund nötig, auch damit keine Standorte auf der grünen Wiese entstehen. Mit zehn Punkten machen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter darauf aufmerksam, dass Unternehmen Infrastruktur benötigen.

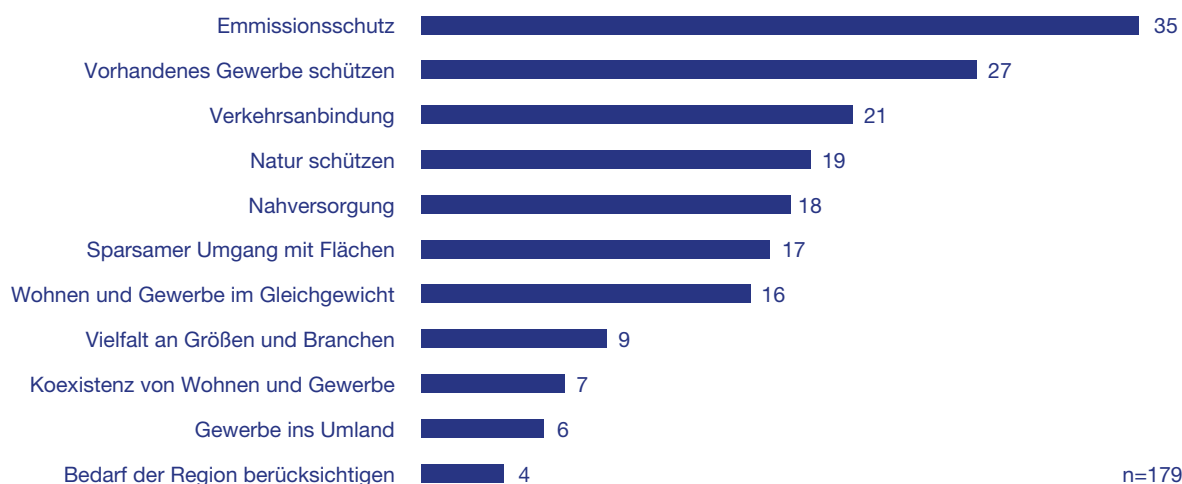
Mit neun Punkten an achter Stelle steht die Empfehlung, dass Arbeitsplätze möglichst in der Nähe des Wohnortes sein sollen. Es folgen die Gewerbesteuer (7 Punkte) und zwei Nennungen, die

bereits in der Arbeitseinheit zur demografischen Entwicklung genannt worden waren: Maßvolles Wachstum (6 Punkte) und die Nutzung der Digitalisierung zur Heimarbeit (3 Punkte). Die Empfehlung „Vernünftige Stundensätze“ (2 Punkte) richtet sich an die öffentliche Hand. Eine Teilnehmerin berichtete, dass Unternehmen, die ihren Angestellten angemessene Löhne zahlen, bei Ausschreibungen von Aufträgen das Nachsehen haben. Den

Abschluss der Rangfolge bildet der Wunsch nach einer optisch ansprechenden Gestaltung von Gewerbeimmobilien (2 Punkte).

Viele der Themen, die in den Kleingruppen zur ersten, ganz offenen Frage herausgearbeitet worden waren, erscheinen auch bei den Empfehlungen zur zweiten Frage – allerdings in einer veränderten Reihenfolge.

**Abbildung 16: Übersicht zur AE 4, Frage 2: Was sollte bei der Ansiedlung von Gewerbe beachtet werden?**



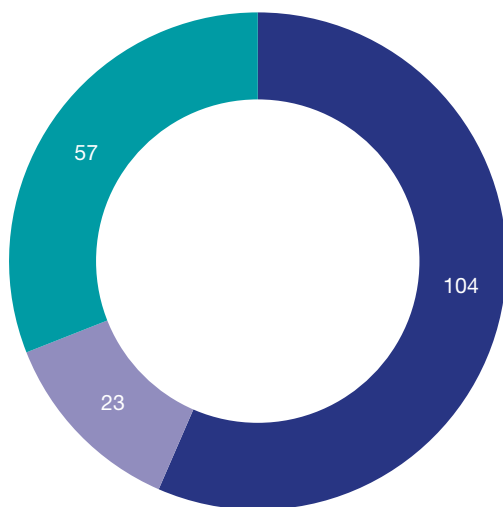
Mit der zweiten Frage der Arbeitseinheit „Was sollte bei der Ansiedlung von Unternehmen beachtet werden?“ erhielten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Möglichkeit, zum Flächenbedarf von Unternehmen Stellung zu nehmen. Die Formulierung der Frage steuerte die Diskussion der Kleingruppen auf Nutzungs- und Interessenkonflikte. Das führte nicht zu grundsätzlich neuen Empfehlungen, wohl aber zu einer anderen Akzentuierung. So rutscht die „Vielfalt der Branchen und Unternehmensgrößen“ (9 Punkte) von Platz eins auf den Platz acht. Am wichtigsten ist nun aus der Perspektive einer hypothetischen Betroffenheit, dass es zu keiner Lärm- oder Geruchsbelästigung kommt. Neue Unternehmen sollen das Vorhandene nicht gefährden (27 Punkte) und Wohnen und Gewerbe sollen im Gleichgewicht sein (23 Punkte).

Dazu gehört, dass die Vergrößerung von Betrieben nicht zulasten von Wohnraum gehen sollte oder auch Baugenehmigungen an die Auflage zur Schaffung von Wohnraum gekoppelt sein sollten. Zur Minimierung der Lasten, die durch die Ansiedlung oder Vergrößerung von Unternehmen entstehen, trägt auch eine gute, die Anwohnerinnen und Anwohner vor Zulieferverkehr schützende Verkehrsanbindung bei (21 Punkte). Die Nahversorgung steht mit 18 Punkten auf Platz fünf. Es folgt die effektive Flächennutzung (17 Punkte). Dass der Erhalt von Flächen, die der Naherholung dienen, wichtiger ist als Gewerbeansiedlung (12 Punkte), ist einer der wenigen neuen Punkte bei den Antworten auf die zweite Frage. Ein weiterer Gedanke berücksichtigt, dass die Ausweitung oder Neuansiedlung vom Bedarf der Region abhängen sollte

(4 Punkte). Umweltschutz, eine dezentrale Verteilung des Gewerbes in der Region, Arbeitsplätze, bezahlbare Gewerbemieten (7, 6, 3, 1 Punkte) vervollständigen die Liste der Empfehlungen. Den

Abschluss bildet wiederum die Überlegung, dass auch Zweckbauten für Unternehmen ästhetischen Ansprüchen genügen müssen (1 Punkt).

**Abbildung 17: Übersicht zu AE 4, Frage 3: Wohnen und Gewerbe an einem Ort**



Abschließend sollten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter formulieren, was für oder gegen eine Ausweisung von Flächen für Wohnen und Gewerbe an einem Ort spricht. Obwohl in den Antworten auf die zweite Frage die Verträglichkeit oder auch Unverträglichkeit von Wohnen und Gewerbe die wichtigste Rolle spielte, wurden von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern doch erheblich mehr Punkte auf Pro-Argumente verwendet als auf die Gegenposition, für die überhaupt nur zwei Gegenargumente formuliert worden waren: 1) Es sollten nicht überall Gewerbeparks entstehen (13 Punkte). 2) Das Wohnen hat Vorrang (10 Punkte).



Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfehlen Gemeinden, sowohl Flächen für das Wohnen als auch Flächen für Gewerbe auszuweisen. Ihr wichtigstes Argument sind die kurzen Wege (54 Punkte). Von ihnen profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die am Ort wohnen und deswegen nicht täglich lange Strecken fahren müssen. Von ihnen profitiert aber auch die gesamte Region, weil die Verkehrsbelastung reduziert wird. Als weitere Pro-Argumente werden, allerdings mit einem deutlichen Punkteabstand, die Gewerbesteureinnahmen (13 Punkte) formuliert und dass Städte lebendiger sind, wenn es sich nicht um reine Schlafstädte handelt (ebenfalls 13 Punkte). Auch die Sicherung der Nahversorgung und die Schaffung von Arbeitsplätzen sprechen für Wohnen und Gewerbe an einem Ort. Wenn

man am gleichen Ort arbeitet, an dem man auch wohnt, steigt nach Ansicht der Teilnehmenden der Planungszellen die Identifikation mit dem Ort (4 Punkte). Zu guter Letzt sind kurze Wege auch ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (2 Punkte) und die soziale Durchmischung ist größer (1 Punkt).



Foto 8: Diskussion in der Kleingruppe



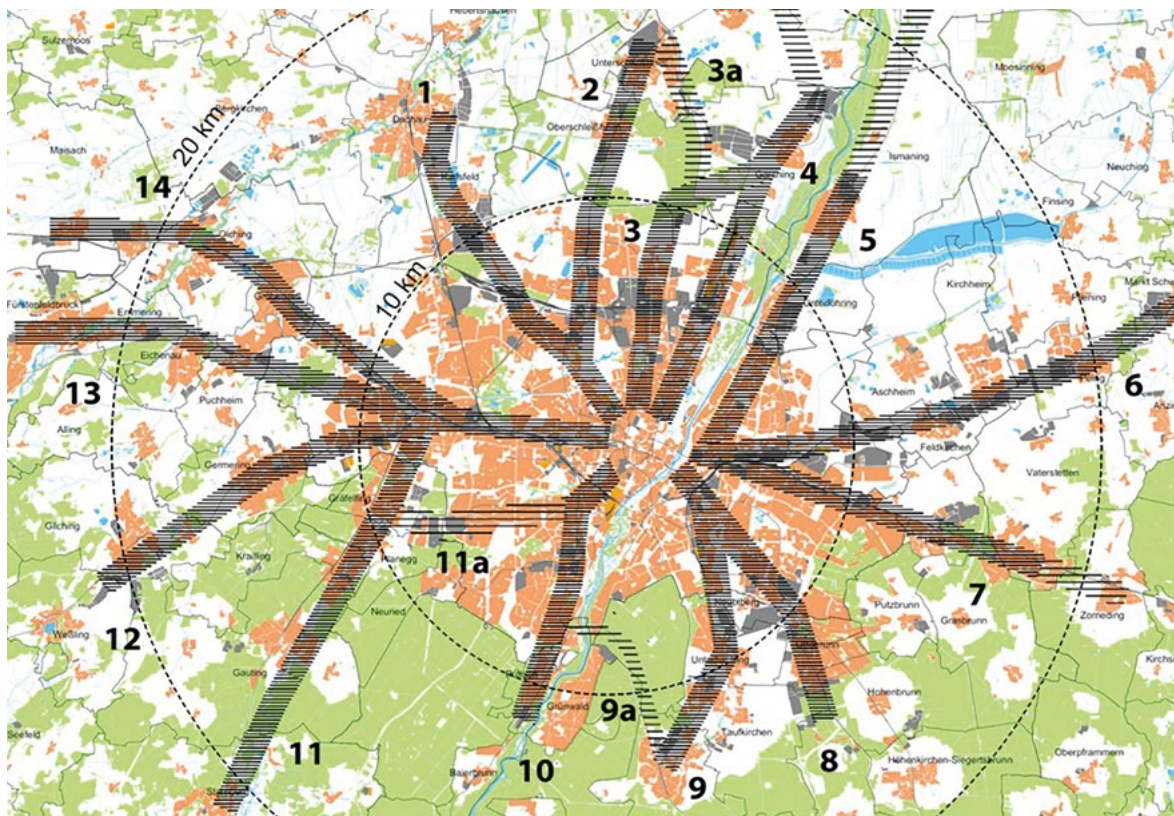
## Arbeitseinheit 5 und 6: Verkehr

In der fünften und sechsten Arbeitseinheit stand der Verkehr auf dem Programm. Für die Verkehrsträger ÖPNV, Radverkehr und Auto war jeweils ein Referent eingeladen.

Herr Fink vom Münchner Verkehrsverbund (MVV) gab den Teilnehmenden einen Überblick über die Entwicklung des Nahverkehrs in München und seinem Umland, ausgehend vom Jahr 1972, als im Zuge der Vorbereitung der Olympischen Spiele die S-Bahn zum modernen Nahverkehrsträger ausgebaut wurde. Mittlerweile hat die S-Bahn ihre Belastungsgrenze erreicht. Besondere Herausforderungen bestehen darin, dass die Stammstrecke in der Innenstadt, über die alle Linien laufen, ein Nadelöhr darstellt. Die Zugfolge kann nicht mehr

erhöht werden. Störungen auf diesem Streckenabschnitt führen zu weiträumigen Verspätungen. Auf etlichen Streckenabschnitten gibt es außerdem einen Mischverkehr von S-Bahn, Fernbahn und Güterverkehr und insbesondere im Außenbereich verlaufen die Trassen nur eingleisig. Um die Verkehrssituation zu verbessern, sehen die Planungen des MVV folgende Maßnahmen vor: Eine zweite Stammstrecke mit Express-S-Bahnen zwischen Laim und Ostbahnhof/Leuchtenbergring, die Weiterführung der S-Bahn über Erding hinaus zum Flughafen, die Elektrifizierung der Regionalbuslinie in Unterföhring sowie die Schaffung von Schnellbuslinien. Abschließend stellte Herr Fink den Stand der Vernetzung zwischen verschiedenen Mobilitätsanbietern und die MVV-App vor.

**Abbildung 18: Regionalplanerische Überlegungen zu Radschnellwegen, PV München**



Frau Kastrup, die beim Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München für den Radverkehr zuständig ist, führte zunächst aus, warum die Region in den Ausbau der Radverkehrs-Infrastruktur investieren sollte:

- Die Belastungen durch den Autoverkehr in Form von Lärm, Abgasen und Feinstaub sowie die vielen Staus, die Gefahr von Unfällen und die Minderung der Aufenthaltsqualität legen es nahe, den Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu fördern.
- Der ÖPNV stößt an seine Belastungsgrenzen.
- Radfahren ist modern; mehr und mehr Leute nutzen das Rad nicht nur in der Freizeit, sondern für den Weg zu Arbeit, Einkauf, Schule oder Uni.
- E-Bikes und Pedelecs machen das Fahrrad für neue Nutzergruppen und für längere Strecken attraktiv.
- Der Anteil des Radverkehrs am Modal Split wächst. Je besser die Infrastruktur, umso mehr Leute nutzen das Rad!

Die Verbesserung der Radinfrastruktur erläuterte Frau Kastrup anhand von Radschnellwegen. Zum Abschluss ihres Vortrages ging sie auf die Vernetzung zwischen Bahn und Rad sowie Konfliktpunkte beim Radverkehr ein.

Als dritter Referent in dieser Arbeitseinheit berichtete Alexander Kreipl, Verkehrs- und umweltpolitischer Sprecher des ADAC Südbayern e. V., dass der ADAC sich keineswegs als reine Interessenvertretung der Autofahrerinnen und Autofahrer versteht. Den Einstieg in seinen Vortrag bildeten daher innovative Lösungen wie Hochstraßen-Gehwege und eine Magnetschwebbahn mit fahrerlosen Kabinen zum Personentransport.

Zur Verkehrssituation in München gab er den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern Folgendes zu bedenken:

- Alle Verkehrsträger sind an ihre Kapazitätsgrenze gelangt. Der Umfang des Verkehrs wächst noch durch ein weiteres Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sowie höhere Ansprüche an die Freizeitmobilität. Es gibt steigende Kfz-Zulassungen, zunehmende Personenkilometer.
- Wachstum in teuren Ballungsräumen wie München ist ohne motorisierten Individualverkehr (MIV) nicht möglich, weil der Schienenverkehr nicht in dem Maße ausgebaut werden kann, wie es nötig wäre.
- Junge Familien können sich Wohnen in München nicht leisten. Ansiedlung im Umland ist aber auf eine Verzahnung von Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung angewiesen.
- Der Infrastrukturengpass darf nicht akzeptiert werden. Alle Verkehrsträger sollten ausgebaut werden. Zum Erhalt einer bezahlbaren Mobilität gehören ÖPNV und MIV. Die Verkehrsplanung sollte in Zusammenarbeit der Landeshauptstadt München mit den Landkreisen erfolgen.
- Der ADAC setzt sich dafür ein, dass die Pendlerverkehre umweltfreundlicher gestaltet werden, z. B. durch Fahrgemeinschaften (ADAC Mitfahrclub), Park & Ride und Pendlerparkplätze.
- Technische Lösungen wie E-Mobilität, Wasserstoff und CNG können die Belastungen durch den Autoverkehr reduzieren. Die Rahmenbedingungen zur Förderung alternativer Antriebe (technologieneutral!) sollten verbessert werden.

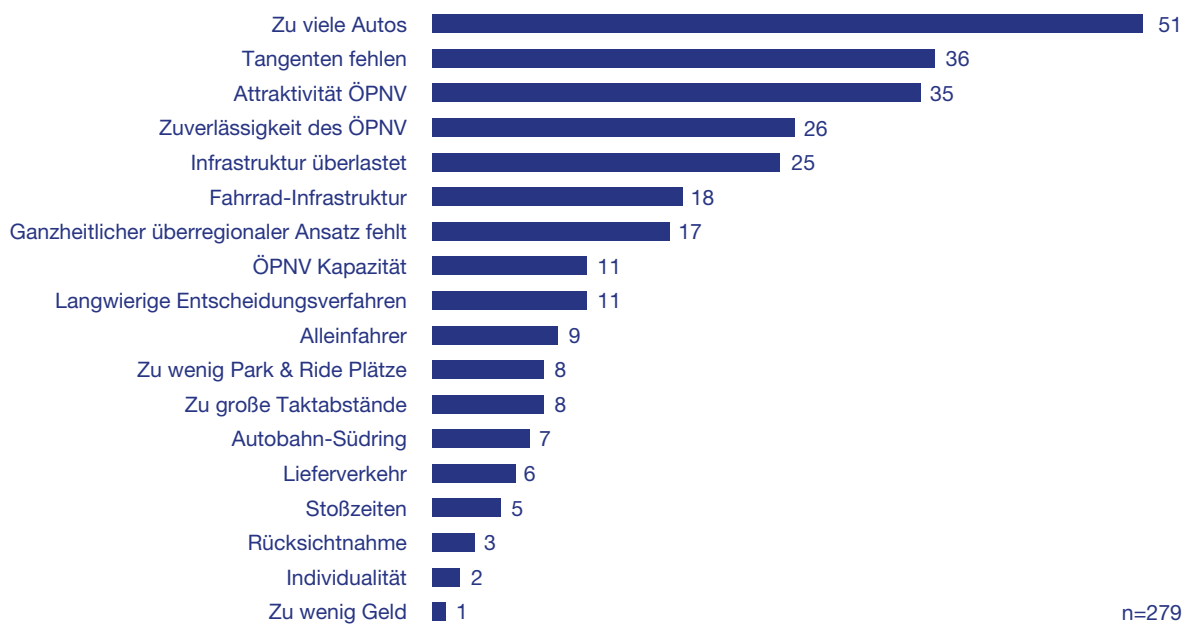
Der Verkehr war von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern bereits in der Arbeitseinheit 1 als einer der Hauptprobleme der Regionalentwicklung identifiziert worden. In der Arbeitseinheit 6, in der die Kleingruppengespräche zum Thema Verkehr stattfanden, konnten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter nun genauer klären, warum der Verkehr so problematisch ist. Die erste Frage an die Teilnehmenden lautete:

### **1. Was sind die größten Verkehrsprobleme in der Region München?**



Foto 9: Rückfragen an die Referenten

**Abbildung 19: Übersicht zur AE 5/6, Frage 1: Größte Verkehrsprobleme**





Problem Nummer eins ist nach Meinung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eindeutig das Auto. Der Feststellung, dass es zu viele Autos gibt, wurde mit 51 von 279 Punkten zugestimmt. Alle weiteren Probleme, die den Autoverkehr betreffen, sind im Vergleich zu der Last, die die Menge der Fahrzeuge ausmacht, nachgeordnet. Es wurden nur drei weitere „Autoprobleme“ benannt, die alle weniger als zehn Punkte erhielten: Autos, die nur mit dem Fahrer besetzt sind (9 Punkte), der Autobahn-Südring (7 Punkte) und der Durchgangsverkehr (0 Punkte).

Den zweiten Rang der größten Verkehrsprobleme nimmt ein Infrastrukturproblem ein. Die fehlenden Tangenten, d. h. Ringverbindungen, erhielten 36 Punkte. Die Straßen und Schienenwege sind nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter überlastet (5. Rang, 25 Punkte). Als drittes Infrastrukturproblem wird ein Mangel an Park & Ride-Plätzen mit acht Punkten bewertet.

Es folgt an dritter Stelle, mit 35 Punkten fast gleichauf mit dem Problem der fehlenden Tangenten, der

ÖPNV, der als zu unattraktiv empfunden wird. In diesem Cluster wurden Karten zusammengefasst, die auf das komplizierte Ticketsystem, die als zu hoch empfundenen Fahrpreise sowie die zu vollen und zu langsamen Verkehrsmittel hinweisen. Außerdem leidet die Attraktivität des ÖPNV auch unter der Unzuverlässigkeit, also unter Verspätungen und Zugausfällen. Mit 26 Punkten erhielt dieses Cluster die vierthöchste Wertung. Bemängelt wurden unter dem Cluster „ÖPNV Kapazität“ auch zu volle Züge und eine überlastete Schienen-Infrastruktur (11 Punkte) sowie zu große Taktabstände (8 Punkte).

Der Radverkehr wird von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern als vergleichsweise wenig problematisch wahrgenommen. Zu wenige, schlechte, lückenhafte und auch gefährliche Radwege sowie der Mangel an sicheren Abstellplätzen wurden im Cluster „schlechte Radinfrastruktur“ zusammengeführt, das mit 18 Punkten an sechster Stelle der Rangfolge der Verkehrsprobleme steht.



Foto 10: Kleingruppe in der Arbeitseinheit 6

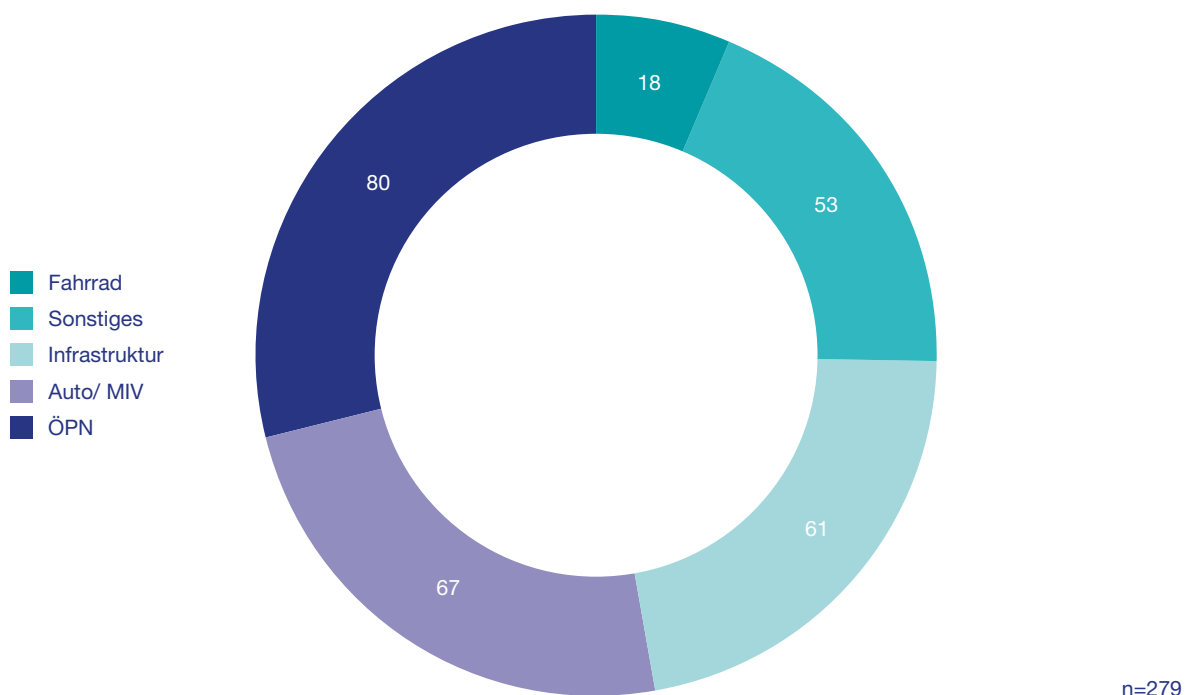
An siebter Stelle wird bemängelt, dass es keinen ganzheitlichen überregionalen Ansatz zur Lösung der Verkehrsprobleme gibt (17 Punkte). Es fehlt nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine zentrale Planung, die sowohl die Vernetzung der Verkehrsträger als auch des Verkehrs zwischen Stadt und Region und auch noch über die Region hinaus im Blick hat.

Auf Platz acht steht die ÖPNV Kapazität (11 Punkte), die bereits oben erläutert wurde und auf Platz neun die Klage, dass Entscheidungsverfahren zu langwierig sind (11 Punkte), worunter die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter verstehen, dass gesetzliche Vorgaben und Naturschutzbelange, aber auch die schwierigen Abstimmungsprozesse zwischen Stadt und Land die Umsetzung von Infrastrukturvorhaben in die Länge ziehen. In der Planungszelle 2 berichtete ein Teilnehmer von Erfahrungen, die er in der Schweiz gemacht hat. Dort werden Vorhaben zügiger umgesetzt.

Alleinfahrer (11 Punkte) stehen an zehnter Stelle der Problemliste. Es folgt mit acht Punkten der Mangel an Park & Ride-Plätzen, der den Umstieg von Pendlern auf den ÖPNV erschwert. Die beiden folgenden Nennungen Autobahn-Südring (8 Punkte) und zu große Taktabstände (7 Punkte) sind bereits im Zusammenhang mit dem Problem Autoverkehr und ÖPNV erwähnt worden. Den Abschluss mit wenigen oder gar keinen Punkten bilden die Cluster Lieferverkehr, Stoßzeiten, Rücksichtnahme, Individualität, zu wenig Geld für den Verkehr sowie Durchgangsverkehr, Pendler und Tourismus.

Wenn man die Vorschläge der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in Großclustern zusammenführt, steht nicht mehr das Auto bzw. der motorisierte Individualverkehr (MIV) an erster Stelle, sondern der ÖPNV. Es folgen der Autoverkehr und nach der Sammelkategorie „Sonstiges“ deutlich geringer bewertet der Fahrradverkehr.

Abbildung 20: AE 5/6 Frage 1, Verkehrsprobleme nach Themen

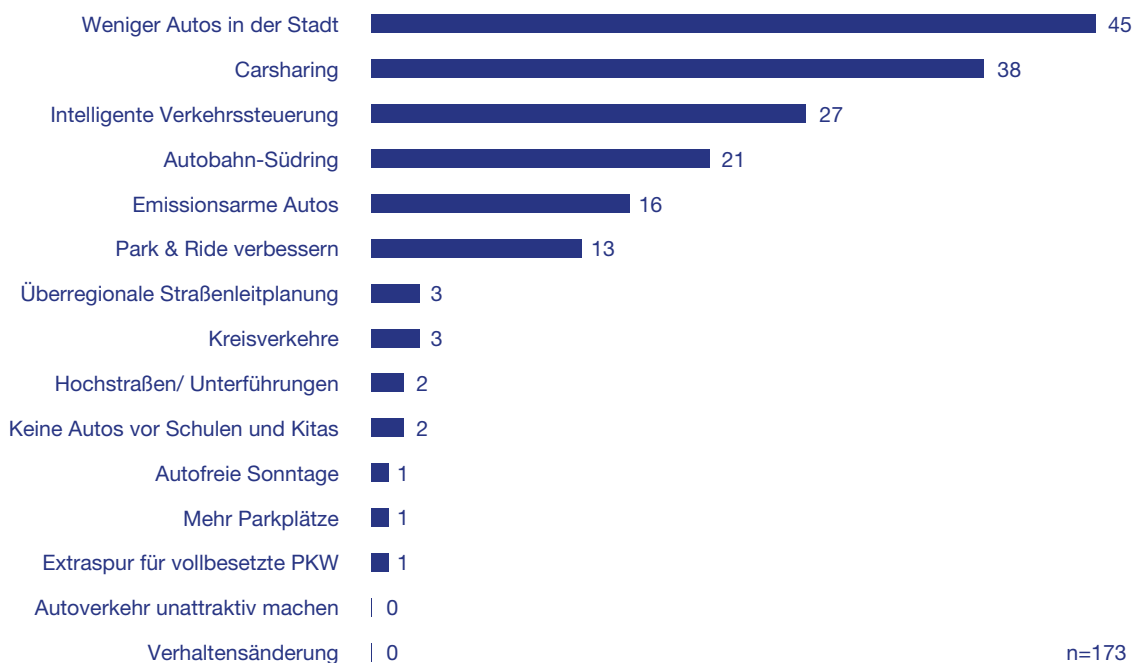


Informationen zu den Herausforderungen, vor denen die drei Verkehrsträger in der Region München stehen, hatten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in den einführenden Vorträgen der drei Referenten erhalten. In den Kleingruppen sollten sie daran anschließend die folgende Frage beantworten:

## 2. Was sind Ihre wichtigsten Empfehlungen für die unterschiedlichen Verkehrsmittel?

- a) Auto
- b) ÖPNV
- c) Fahrrad

**Abbildung 21: Übersicht AE 5/6, Frage 2a: Empfehlungen für den Autoverkehr**



Die Empfehlungen zum Verkehrsmittel Auto begannen mit der Forderung „Weniger Autos in der Stadt“ (45 Punkte). In diesem Cluster sind Empfehlungen, die das Autofahren weniger attraktiv machen, wie „Tempo 30 in der Innenstadt“ oder „Innenstadt-Maut für PKW“, Maßnahmen zur Einschränkung des Autoverkehrs, z. B. das Beschränken des MIV auf „autonomes Fahren in Kette“, und Vorschläge für Fahrverbote zusammengefasst. Die meisten Punkte im Cluster entfallen auf partielle und vollständige Verbote: nur E-Autos, keine zu großen Autos, nur für Anwohner, gar keine privaten PKW in der Innenstadt oder auch innerhalb des mittleren Rings.

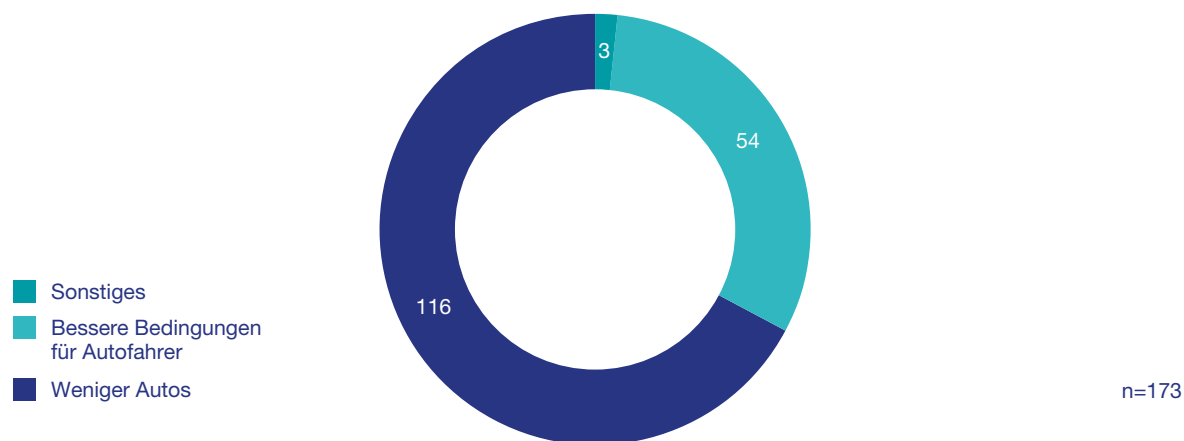
Die zweithöchste Punktzahl erhielt das Cluster „Car-Sharing“ (38 Punkte), worunter sowohl kommerzielle Angebote als auch die Förderung von Fahrgemeinschaften und Mitfahrgelegenheiten zählen. An dritter Stelle steht mit 27 Punkten eine Empfehlung, die der Hoffnung Ausdruck gibt, dass durch den Einsatz einer intelligenteren Verkehrssteuerung ein besserer Verkehrsfluss realisiert werden könnte. Mit 21 Punkten folgt eine Empfehlung zum Autobahnringschluss im Süden an vierter Stelle. Mehr als zehn Punkte erhielten noch die Cluster „Emissionsarme Autos“ (16 Punkte) und die Forderung nach mehr Park & Ride-Plätzen, die vor allem für Pendler gewünscht werden. Diesem

Cluster wurde auch der Vorschlag zugeordnet, den ÖPNV besser mit Car-Sharing und Mietbikes zu vernetzen.

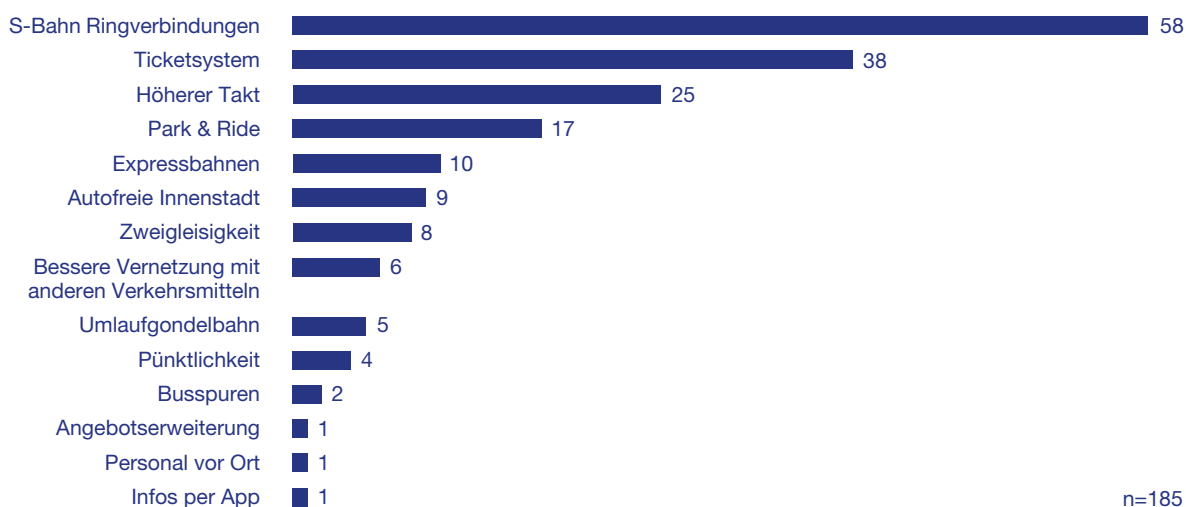
Die übrigen Vorschläge – Überregionale Straßenleitplanung, Kreisverkehre, Hochstraßen/ Unterführungen, Keine Autos vor Schulen und Kitas, Autofreie Sonntage, Mehr Parkplätze, Extrapspur für vollbesetzte PKW, Autoverkehr unattraktiv machen und Verhaltensänderung – erhielten zwischen null und drei Punkten.

Fasst man die vorgestellten Cluster noch weiter nach den Kategorien „Weniger Autos“, „Bessere Bedingungen für den Autoverkehr“ und „Sonstiges“ zusammen, ergibt sich, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter deutlich für eine Planung plädieren, die den motorisierten Individualverkehr einschränkt.

**Abbildung 22: AE 5/6, Frage 2a: Empfehlungen für den Autoverkehr zusammengefasst**



**Abbildung 23: Übersicht AE 5, Frage 2b: Empfehlungen für den ÖPNV**



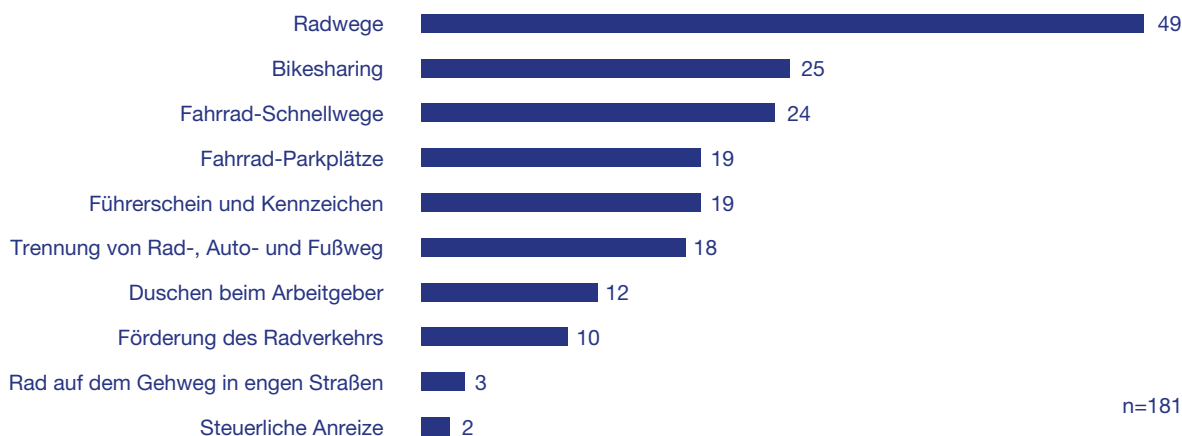


Die Empfehlungen für den öffentlichen Nahverkehr werden angeführt von der Forderung nach S-Bahn-Ringverbindungen (58 Punkte). Es folgt mit 38 Punkten der Wunsch nach einem besseren, einfacheren und preiswerteren Ticketsystem. An dritter Stelle steht mit 25 Punkten die Empfehlung eines höheren Taktes für Busse und Bahnen und an vierter Stelle der Ausbau der Park & Ride-Kapazitäten inklusive Fahrräder, um die Innenstadt zu entlasten (17 Punkte). Der Wunsch nach Express-Bahnen mit weniger Haltepunkten, vor allem für die Strecke zum Flughafen, wurde mit zehn Punkten bewertet und steht damit auf Platz fünf.

Mit neun Punkten empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die autofreie Gestaltung der Innenstadt und mit acht Punkten votieren sie für den Ausbau des Schienennetzes,

um durchgängig zweigleisig fahren zu können. Den achten Rang der Empfehlungen zum ÖPNV nimmt der Vorschlag ein, den ÖPNV besser mit anderen Verkehrsmitteln zu vernetzen, indem der Umstieg zwischen Bahnen, Bussen, Autos und Rädern einfacher gestaltet wird (6 Punkte). Fünf Punkte erhielt der Vorschlag, ein neues Verkehrsmittel einzuführen, nämlich eine „Umlaufgondelbahn“. Mit der Forderung, die Pünktlichkeit im ÖPNV zu verbessern (4 Punkte), nehmen die Teilnehmenden eine Ursache für die geringe Attraktivität des ÖPNV auf. Die beiden folgenden Empfehlungen richten sich auch auf die Steigerung der Attraktivität: Busspuren (2 Punkte) und Angebotserweiterung (1 Punkt). Die letzten beiden Empfehlungen, die jeweils einen Punkt erhielten, lauten „Personal vor Ort“ und „Infos per App“.

**Abbildung 24: AE 5/6, Frage 2c: Empfehlungen zum Radverkehr**



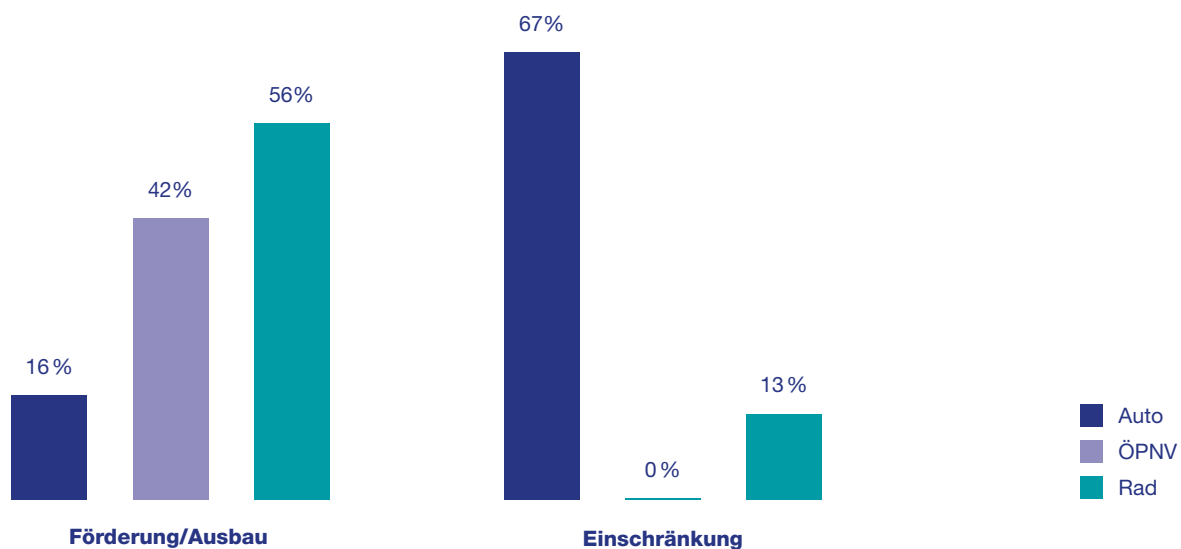
Das Wichtigste in Bezug auf den Radverkehr war den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern der Ausbau der Radwege (49 Punkte), die es möglichst überall geben soll, in der Stadt, aber auch im Umland. Sie müssen nicht luxuriös sein, aber sicher, wozu gehört, dass sie bei Schnee geräumt und um Gefahrenpunkte und Fußgängerzonen herumgeführt werden. An zweiter Stelle steht der Wunsch nach Mieträdern – auch E-Bikes – an U- und S-Bahn-Stationen in Analogie

zum Car-Sharing (25 Punkte). Die Forderung nach Fahrrad-Schnellwegen nimmt mit 24 Punkten den dritten Platz ein. Zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur gehört auch die Schaffung von Fahrrad-Parkplätzen (19 Punkte). Vor allem an den MVV-Stationen fehlen sichere Fahrradstellplätze. Wünschenswert ist die Kombination mit Servicestationen für Radlerinnen und Radler.

Die Empfehlung zur Einführung von Fahrradführerschein und Fahrradkennzeichen (19 Punkte) nimmt das Gefühl auf, dass durch den wachsenden Fahrradverkehr die Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer leiden könnte. Die sechste Empfehlung zur Trennung von Rad-, Auto- und Fußverkehr (18 Punkte) zielt ebenfalls auf mehr Sicherheit für alle Gruppen. Eine gegenläufige Empfehlung steht mit drei Punkten auf Rang neun: Dass Räder in engen Straßen auch auf dem Gehweg fahren dürfen, liegt im Interesse von Radfahrerinnen und Radfahrern, steht aber gegen die innerhalb des Clusters Trennung von Rad-, Auto und Fußwegen mit vier Punkten bewertete Trennung von Fuß- und Radverkehr.

Auf den Rängen sieben, acht und zehn stehen weitere Empfehlungen zur Förderung des Radverkehrs. Ohne dass das „Wie“ erläutert wird, wird die Förderung des Radverkehrs mit zehn Punkten gefordert. Möglichkeiten der Förderung sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter bei den Arbeitgebern, die Duschen bereithalten könnten (12 Punkte). Die „Steuerlichen Anreize“, die mit zwei Punkten auf dem zehnten und letzten Rang der Empfehlungen zum Radverkehr stehen, beziehen sich auf die steuerliche Absetzbarkeit der Anschaffung von E-Bikes.

**Abbildung 25: AE 5/6, Frage 2 a - c: Förderung der Verkehrsmittel im Vergleich**



Anteil der Punkte, die für den jeweiligen Verkehrsträger vergeben wurden

Wenn die Empfehlungen zu allen drei Verkehrsträgern vergleichend unter der Fragestellung zusammengefasst werden, ob die spezifische Infrastruktur ausgebaut werden soll, kann festgehalten werden, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter am nachdrücklichsten für einen Ausbau der Fahrradinfrastruktur plädieren. 56 Prozent der Punkte, die auf die Empfehlungen

zur Frage „Was sind Ihre wichtigsten Empfehlungen für das Verkehrsmittel Fahrrad“ vergeben wurden, entfallen auf Vorschläge zum Bau von Fahrradwegen, Schnellwegen und Fahrradstellplätzen. Die Infrastrukturen für den ÖPNV und den MIV gelten den Teilnehmenden als überlastet. Das zeigen die Antworten auf die Frage 1 der Arbeitseinheit zum Verkehr: „Was sind die größten Verkehrsprobleme

in der Region München?“ Die Lösung von Problemen wird jedoch beim ÖPNV viel stärker als beim Auto im Bau von Infrastruktur gesehen. 42 Prozent der vergebenen Punkte – für S-Bahn-Ringe, Express-Bahnen, Zweigleisigkeit und Busspuren – stehen 16 Prozent der für Autoempfehlungen vergebenen Punkte gegenüber, mit denen mehr Parkplätze, Hochstraßen/ Unterführungen, Kreisverkehre und der Autobahn-Südring unterstützt werden. Ein zweiter Vergleich zwischen den Empfehlungen für die drei Verkehrsträger unterstreicht die Schlussfolgerung, dass Maßnahmen, die den motorisierten Individualverkehr erleichtern, von den Teilnehmenden nur nachrangig unterstützt

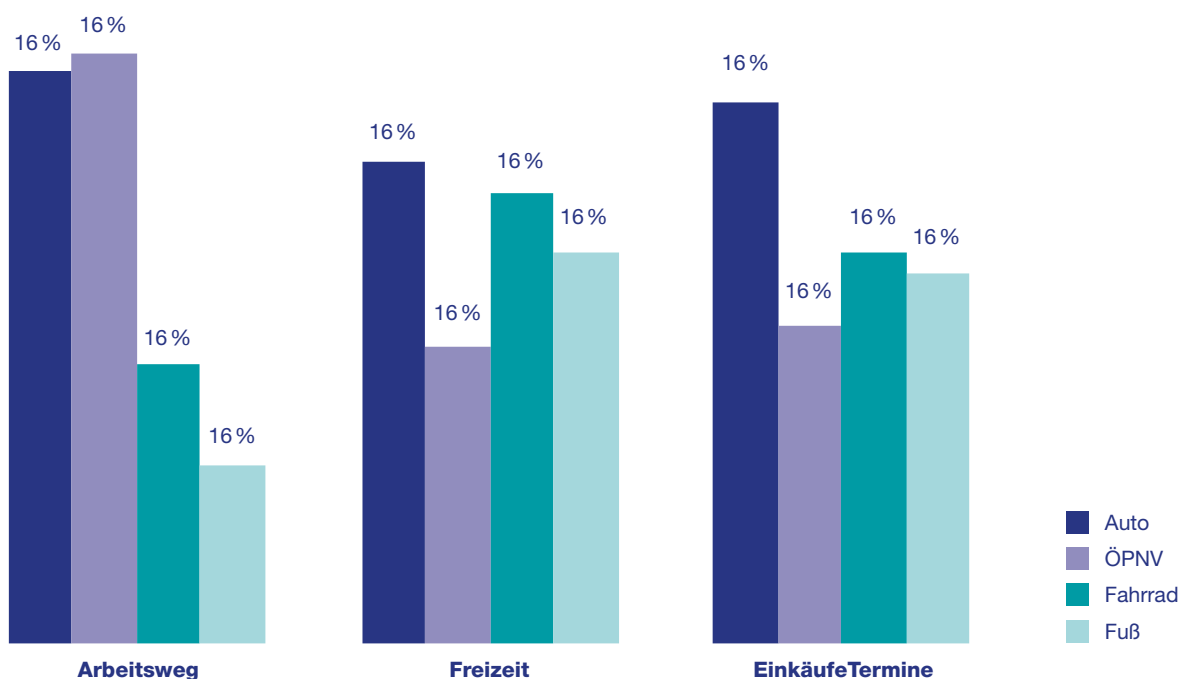
werden. 67 Prozent der auf Auto-Empfehlungen vergebenen Punkte fordern eine Einschränkung des Autoverkehrs. Im Gegensatz dazu entfällt kein einziger Punkt auf die Einschränkung oder Reglementierung des ÖPNV. Zudem wurde in einigen Vorschlägen die Einschränkung des Autoverkehrs mit einer Förderung des ÖPNV kombiniert – beispielsweise soll die Innenstadt möglichst autofrei sein. Dort dürfen dann nur Busse und Bahnen verkehren oder es sollen Park & Ride-Plätze gebaut werden, damit Pendler vom Auto auf Bahnen umsteigen können, oder Busspuren angelegt werden, damit der ÖPNV schneller am Ziel ist.

## Mobilitätsbefragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Planungszellen haben auch einen Fragebogen ausgefüllt, mit dem ihre tatsächliche sowie die für die Zukunft gewünschte und erwartete Nutzung der Verkehrsmittel bezogen auf die Mobilitätsanlässe Arbeitsweg, Freizeit und Einkäufe/ Termine

erhoben wurde. Da Mehrfachantworten möglich waren, werden in den unten folgenden Diagrammen wiederum die Nennungen in Prozent umgerechnet, sodass erkennbar wird, welcher Anteil die jeweiligen Verkehrsmittel am Mobilitätszweck haben.

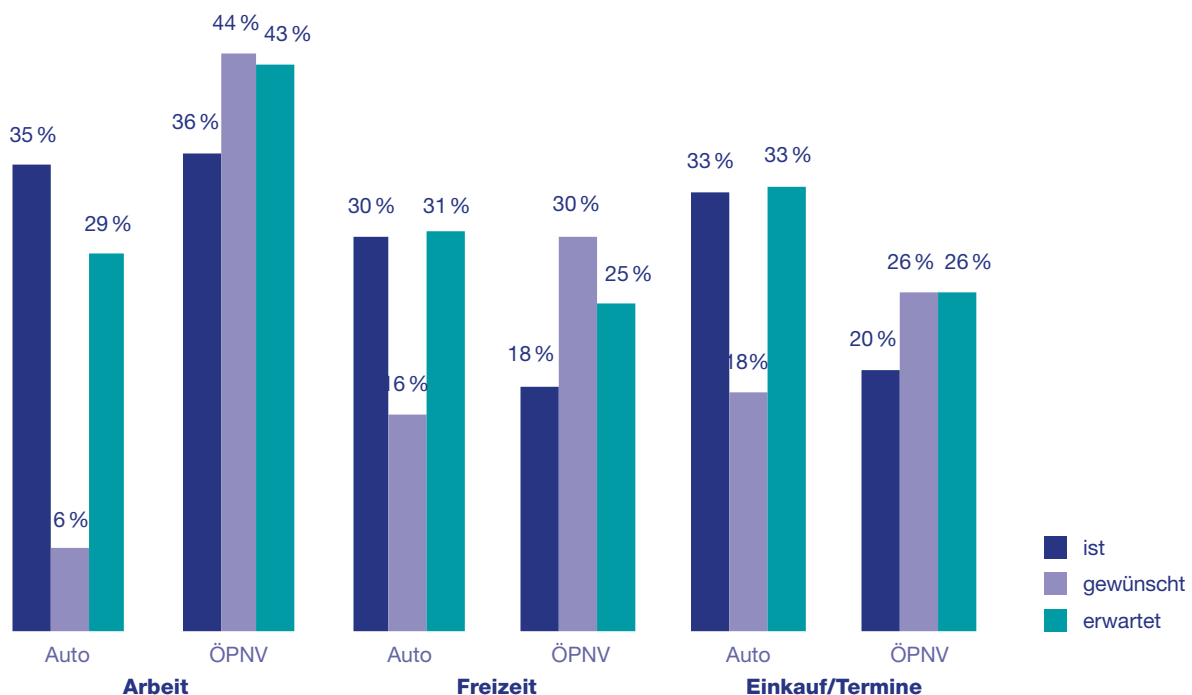
**Abbildung 26: Mobilitätsbefragung: Nutzung der Verkehrsmittel für verschiedene Mobilitätszwecke**



Das Auto wird für alle Mobilitätszwecke von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Planungszellen stark genutzt. Das Ausweichen auf den ÖPNV ist vor allem für die täglichen Arbeitswege

eine Alternative, die auch gewählt wird. Bei der Freizeitmobilität oder Einkäufen spielt der ÖPNV hingegen eine untergeordnete Rolle.

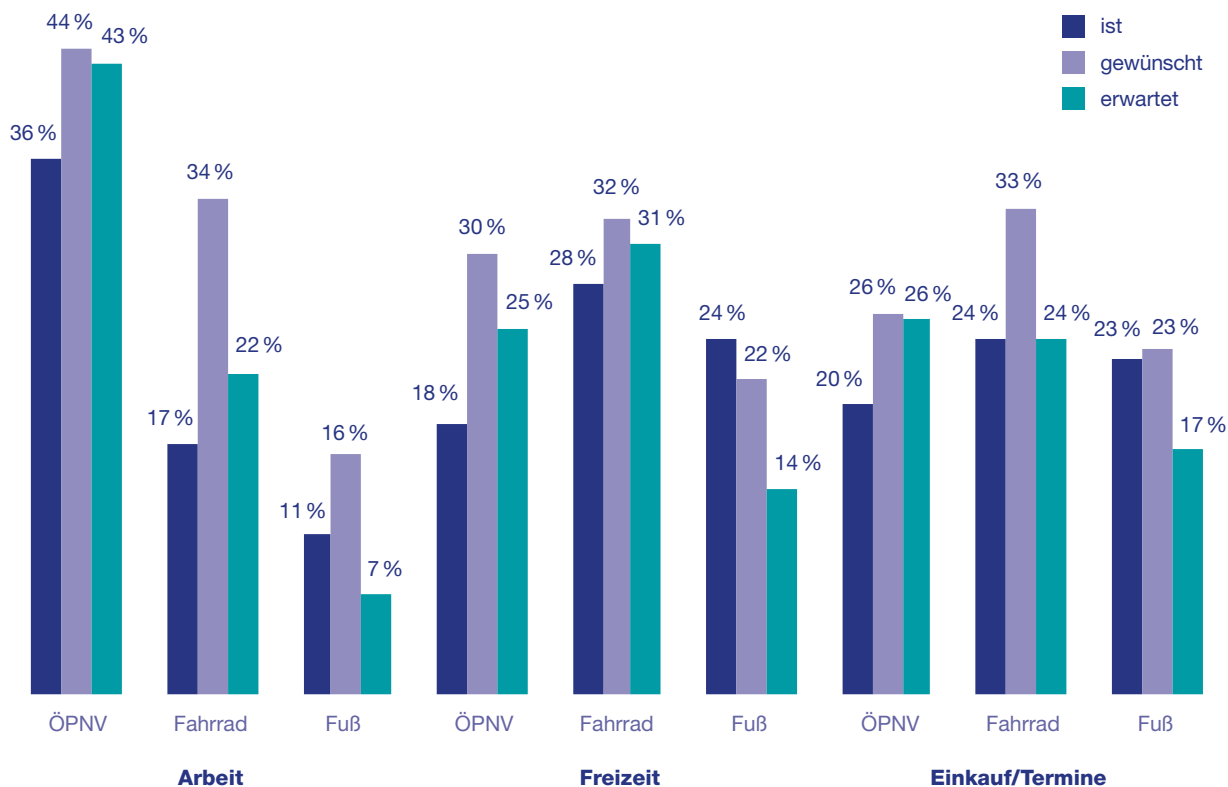
**Abbildung 27: AE 5/6 Mobilitätsbefragung: MIV und ÖPNV: Nutzung, Wünsche und Erwartungen im Vergleich**



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fahren schon heute geringfügig häufiger mit Bus und Bahn zur Arbeit. Für die Zukunft – als Zeithorizont wurden in der Fragestellung 20 Jahre angegeben – wünschen sie sich das Auto nur noch in Ausnahmefällen (6 %). Die Arbeitswege sollten dann vorzugsweise mit Bus und Bahn erledigt werden. Der ÖPNV ist in der Wunschkategorie mit 44 Prozent das Verkehrsmittel der Wahl, wenn es zur Arbeit geht. Tatsächlich erwartet wird nur eine im Vergleich zum Wunsch leichte Verschiebung vom Auto zum ÖPNV in Höhe von 6–7 Prozent. Bei den Mobilitätszwecken Freizeit und Verkehr wird ebenfalls ein Rückgang des Autoverkehrs gewünscht – etwa in Höhe einer Halbierung. Dass dieser Wunsch auch tatsächlich in Erfüllung geht, wird jedoch nicht erwartet, sondern es wird ein Fortbestehen des hohen Anteils von PKWs an den

Verkehrsmitteln, die für Freizeit Zwecke oder Besorgungen genutzt werden, prognostiziert. Umgekehrt wird eine stärkere ÖPNV-Nutzung vor allem für die Freizeitmobilität gewünscht, doch nicht erwartet. Zum Einkaufen oder für das Wahrnehmen von Terminen scheinen den Teilnehmenden Bus und Bahn weniger wünschenswert. Bezogen auf den Wunsch sind die Realisierungserwartungen schon fast ausgeschöpft. Die Verkehrsbefragung, die einen Vergleich von Nutzung, Nutzungswünschen und Erwartungen ermöglicht, ist aufschlussreich hinsichtlich des Verhältnisses, das die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zwischen MIV und ÖPNV sehen. Die Empfehlungen des Bürgergutachtens, die eine Reduzierung des Autoverkehrs zugunsten des ÖPNV nahelegen, werden in der Befragung bestätigt.

**Abbildung 28: AE 5/6, Mobilitätsbefragung: ÖPNV, Fahrrad und Fuß - Nutzung, Erwartungen und Wünsche im Vergleich**



Ein guter Teil der heute noch mit dem Auto erledigten Wege sollte sich, wenn es nach den Wünschen der Teilnehmenden geht, auch auf das Fahrrad als Verkehrsmittel verlagern. Die Realisierungserwartungen liegen jedoch deutlich darunter und sind, was die Zuwächse des Rades an den favorisierten Verkehrsmitteln für die abgefragten

Mobilitätszwecke betrifft, noch geringer als beim ÖPNV. Beim Fußverkehr besteht nicht nur die Erwartung, dass der Wunsch nach Ausbau nicht in dem Maße verwirklicht werden wird, wie das die Teilnehmenden wünschen, sondern der erwartete Anteil wird sogar noch geringer ausfallen, als der aktuell realisierte.

## Arbeitseinheit 7: Grünzüge und Freiraum

In der Arbeitseinheit 7 wurden Grünzüge und Freiflächen behandelt. Als Referent stellte Gerhard Winter, Regionsbeauftragter für die Region München bei der Regierung von Oberbayern, anhand des Regionalplans die in der Region München vorhandenen Freiräume und Grünzüge und ihre vielfältigen Funktionen vor. Die Räume, die in der Region München von Bebauung frei sind, dienen vor allem der Erholung, sie gliedern das Landschaftsbild und sorgen für Frischluftzufuhr. Freiräume dienen dem Hochwasserschutz, dem Arten- und Naturschutz, sie sind auch Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion, sind für die Trinkwasserversorgung nötig und sorgen als bestimmendes Element der Landschaft für Vertrautheit und Identifikation.

In einer Wachstumsregion wie München ist der Freiraum großem Nutzungsdruck ausgesetzt und steht in „Konkurrenz“ insbesondere zu benötigten Siedlungs- und Verkehrsflächen.

Rückgrat des regionalen Freiraumschutzes sind die Regionalen Grünzüge. In sie darf durch Siedlungen oder Infrastrukturmaßnahmen, wie z. B. Straßenbau, nicht eingegriffen werden. Absolut ist dieser Schutz nicht. Wenn nachgewiesen werden kann, dass die Funktionen, trotz der

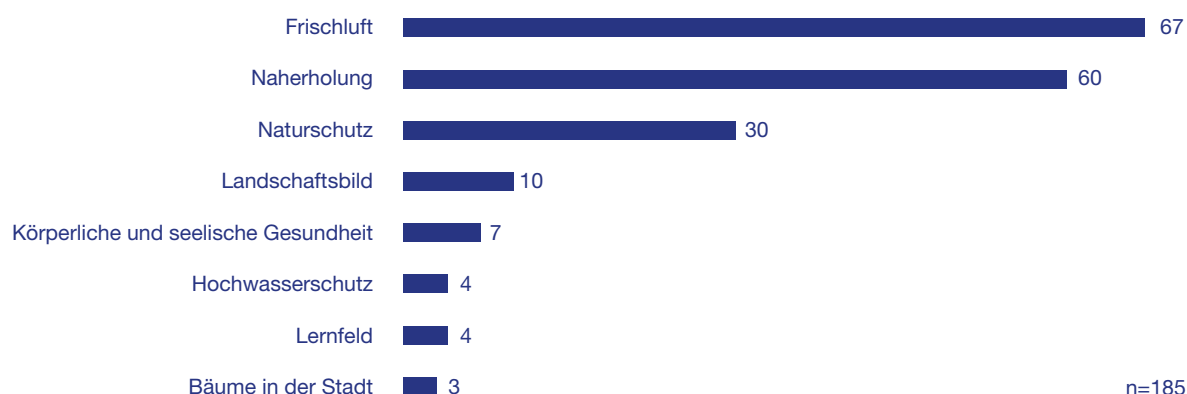
Schmälerung des Grünzuges, erhalten bleiben, können Ausnahmen gemacht werden. Die Grünzüge werden geschützt, weil sie eine klimatische Ausgleichsfunktion durch Frischluftproduktion und Frischlufttransport übernehmen. Auch die Erholungsfunktion von Grünzügen muss erhalten bleiben; außerdem gilt die Vermeidung der Zersiedelung als unabdingbare Funktion regionaler Grünzüge.

Zur Freiraumsicherung sind im Regionalplan noch weitere Instrumente ausgewiesen: landschaftliche Vorbehaltsgebiete, Trenngrün und Biotopverbund. Schutzgebiete, wie beispielsweise Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete, werden nicht im Regionalplan ausgewiesen.

Auf Grundlage des hier kurz skizzierten Vortrages von Herrn Winter haben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in den Kleingruppen folgenden Fragen beraten:

- 1. Welche Funktionen von Freiraum und Grünzügen sind Ihnen besonders wichtig?**
- 2. Was ist Ihnen wichtig beim Thema Freiraum und Grünzüge, wenn Sie an die Zukunft der Region München denken?**

Abbildung 29: Übersicht zu AE 7, Frage 1: Funktionen von Grün und Freiraum



Den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern ist vor allem wichtig, dass über die Grünzüge und sonstigen Freiflächen die Frischluftzufuhr gesichert wird. Die Kleingruppen setzen innerhalb dieses Clusters unterschiedliche Akzente. Genannt wurden bioklimatische Funktionen wie die Versorgung mit Sauerstoff und die Abkühlung in der Stadt, die im Sommer wichtig ist. Die Pflanzen tragen auch zur Filterung von Feinstaub bei. Der Klimaschutz, verstanden als Abbau von CO<sub>2</sub>, ist vielen Bürgergutachterinnen und -gutachtern wichtig.

Die zweite Hauptfunktion des Grüns in und um München sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in der Naherholung (60 Punkte). Mit 30 Punkten wird die Funktion des Naturschutzes bewertet, worunter der Erhalt von Flora und Fauna oder auch eines ökologischen Gleichgewichts zu verstehen ist. Die Funktion der Freiräume, das Landschaftsbild zu gliedern und Siedlungen

gegeneinander abzuschließen, wird mit zehn Punkten deutlich weniger wichtig gesehen als die drei Funktionen Frischluft, Naherholung und Naturschutz. Von den vorgestellten und im Regionalplan berücksichtigten Funktionen wird zudem der Hochwasserschutz mit vier Punkten genannt. Von den Kleingruppen werden noch zusätzliche Funktionen benannt. So dient die Natur nicht nur der Erholung, sondern wird als notwendig für den Erhalt der körperlichen und seelischen Gesundheit angesehen (7 Punkte). Dass die Natur ein einzigartiges Lernfeld darstellt und das Erleben der Natur prägend ist, wurde mit vier Punkten als wichtige Funktion gekennzeichnet und mit drei Punkten schließlich noch eingebracht, dass es nicht nur um den Erhalt der Grünzüge in der Region geht, sondern dass auch die Bäume und das Grün in der Stadt ebenso für Frischluft, Abkühlung, Lebensqualität und Gesundheit stehen (3 Punkte).



Foto 11: Im Plenum



Als zweite Aufgabe sollten die Kleingruppen über Freiflächen und Grün in der Zukunft diskutieren

und Vorschläge erarbeiten, was ihrer Meinung nach in Zukunft wichtig werden wird.

**Abbildung 30: Übersicht zu AE 7, Frage 2: Freiraum und Grünzüge in Zukunft**



Die mit Abstand wichtigste Empfehlung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zur Zukunft lautet, dass das vorhandene Grün erhalten bleiben oder sogar ausgebaut werden soll (58 Punkte). Eine spezifische Interessenlage der Teilnehmenden aus der Landeshauptstadt findet sich in der zweitplatzierten Empfehlung „Mehr Grün für die Stadt“. Dabei geht es sowohl um den Erhalt und die schöne Gestaltung von Parks und „grünen Inseln“ als auch um die Nutzung innovativer Konzepte, wie z. B. der Fassaden- und Dachbegrünung sowie der Dachgärten. Auf dem dritten Rang findet sich unter dem Stichwort „Wasserschutzgebiete“ eine der Funktionen, die in der ersten Frage der Arbeitseinheit diskutiert worden waren, nämlich die Trinkwasserversorgung (15 Punkte).

Gleichauf steht die Forderung, Grünzüge nicht durch Infrastrukturen zu zerteilen, die ebenfalls mit den Funktionen in Zusammenhang steht, denn die Grünzüge werden aufgrund ihrer wichtigen Funktionen besonders geschützt. Damit sie diese auch in Zukunft erfüllen können, sollen Trassen für den Schienenverkehr und Straßen möglichst nur noch unterirdisch in Tunneln angelegt werden. Mit 13 Punkten folgt die Empfehlung, mehr Bewusstsein für die Umwelt, Naturschutz und Klimawandel zu schaffen. Bei dieser Empfehlung geht es nur mittelbar um Infrastrukturen und Siedlungsentwicklung. Im Mittelpunkt stehen die Menschen. Öffentlichkeitsarbeit soll ein aktives Umweltbewusstsein schaffen. Das zielt auf Veränderung von Verhaltensweisen und Ansprüchen. Auf Rang

sechs steht die Forderung, der Zersiedlung der Landschaft entgegenzutreten (10 Punkte). Das korrespondiert mit der Empfehlung auf Rang zehn „Siedlungsflächen begrenzen“ (7 Punkte). Das Schwinden des Grüns und die Veränderung der Landschaft durch den Wachstumsdruck, den die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter befürchten, berührt auch die Identität (9 Punkte). Die schöne Natur macht die Region so attraktiv, das soll erhalten bleiben. Die Empfehlung zur Renaturierung von Bächen, Mooren und versiegelten Flächen (8 Punkte) geht über die Forderung nach dem Erhalt des Bestehenden noch hinaus. Die „stadtnahe Erholung“ (8 Punkte) auf dem neunten Platz nimmt dann noch einmal eine der Funktionen auf, die in der Regionalplanung eine Rolle spielen. Von den weiteren Empfehlungen zielen zwei auf einen sorgsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen: „Siedlungsflächen begrenzen“ (7 Punkte), kritischer Umgang mit Ressourcen“ (4

Punkte). Mit verschiedenen Vorschlägen ist die Überlegung vertreten, dass in Zukunft auch die Art und Weise der Inanspruchnahme der Natur eine wichtigere Rolle spielen könnte: „Ökologische Landwirtschaft“ (6 Punkte), „ökologisches Bauen“ (4 Punkte), „umweltverträglich nutzbar machen“ (1 Punkt). Drei Punkte erhielt der Artenschutz. Die Forderung „keine kommerzielle Nutzung“ erhielt vier Punkte, die spezifische kommerzielle Nutzung durch „Solar- und Windkraftanlagen“ wurde mit drei Punkten abgelehnt.

## Arbeitseinheit 8: Naturschutz

In Arbeitseinheit 8 setzten sich die Bürgerinnen und Bürger mit Fragen rund um das Thema Naturschutz auseinander. In ihrem Eingangsreferat gab Dr. Christine Margraf vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) einen kurzen Überblick über die vielfältigen Dienstleistungen von Ökosystemen, die dem Menschen das Überleben möglich machen. Dabei gab sie zu bedenken, dass der Verlust von weiteren Naturräumen in der Region nicht nur der Natur, sondern auch dem Menschen langfristig schadet. Als Beispiel für einen aus ihrer Sicht nicht hinnehmbaren Eingriff in die Natur nannte sie die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in einem Grünzug zwischen Karlsfeld und Dachau. Weiterhin ging Frau Dr. Margraf auf die Vorzüge der ökologischen Landwirtschaft und der Kreislaufwirtschaft für den Naturschutz ein. Ihren Vortrag beendete sie mit einem Appell an die Teilnehmenden, bei der Fortschreibung des Regionalplans ein stärkeres Mitwirken von Naturschutz-Expertinnen und

Naturschutz-Experten sowie eine Vorrangfunktion von Naturschutz und Totalreservaten zu fordern.

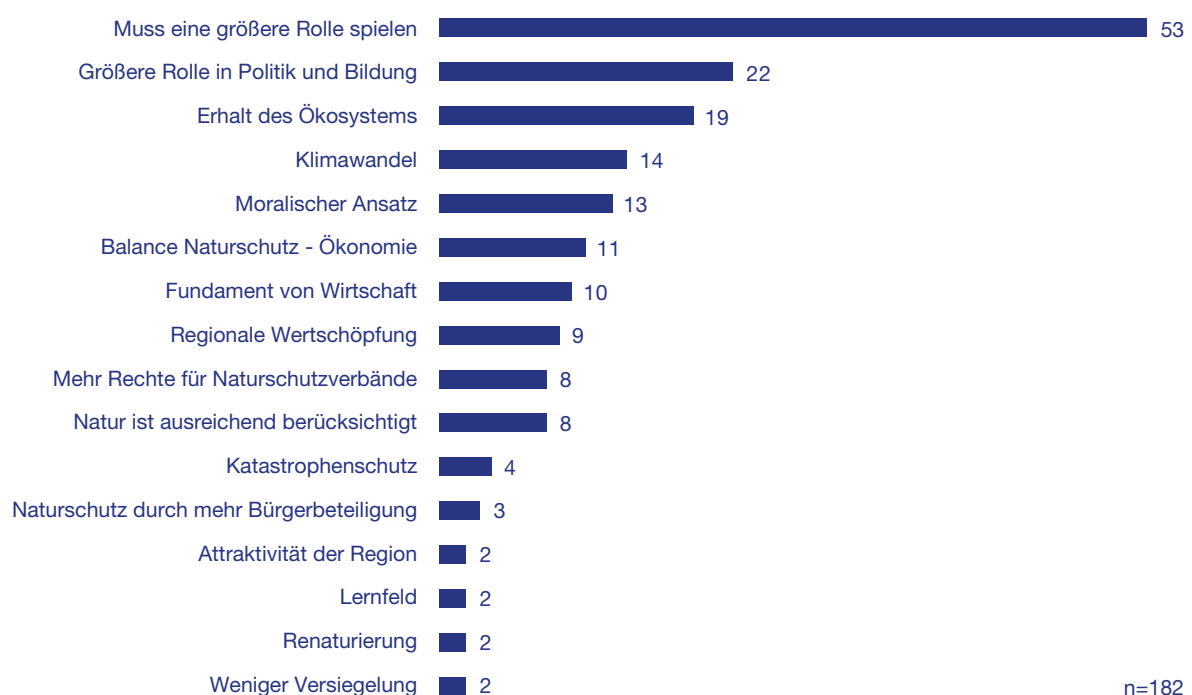
Im Anschluss gingen die Bürgergutachterinnen und -gutachter in die Kleingruppen, um folgende Fragen zu beraten:

### 1. Welche Rolle soll der Naturschutz in der Regionalentwicklung spielen?

### 2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um den Naturschutz zu verbessern?

Neben der ersten Frage beantworteten die Bürgerinnen und Bürger zugleich zwei weitere Fragen in ihren Antworten: die Gründe für eine größere Rolle und mittels welcher Maßnahmen der Naturschutz diese einnehmen kann.

**Abbildung 31: Übersicht zu AE 8, Frage 1: Rolle des Naturschutzes in der Regionalentwicklung**



Eine größere Rolle für den Naturschutz in der Regionalentwicklung fordern die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an erster Stelle (53 Punkte). Auch in der Politik und in der Bildung sollte die Natur wichtiger genommen werden (22 Punkte). Diese Meinung wurde nicht von allen Teilnehmenden geteilt. So wurde die Einschätzung, dass der Naturschutz bereits ausreichend berücksichtigt würde und die gesetzlichen Regelungen reichten, mit acht Punkten bewertet.

Als Begründung, warum sie der Natur einen so hohen Stellenwert zumessen, führen die Teilnehmenden auf Platz drei an, dass irreparable Schäden an Flora und Fauna drohen, wenn das Ökosystem nicht erhalten wird (19 Punkte). Auch der Klimawandel zeigt nach Ansicht einiger Teilnehmender, wie wichtig es ist, die Natur zu schützen (14 Punkte). Dass der Schutz der Natur eine Frage der Moral sei, befürworten die Teilnehmenden mit 13 Punkten. Die Stichworte, die den moralischen Ansatz weiter ausführen lauten: Verantwortung gegenüber der Schöpfung, Selbstzweck der Arterhaltung, Ankämpfen gegen Egoismus und Gedankenlosigkeit sowie Verzicht als Option.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter bedauern, dass Natur keine Lobby hat und wünschen sich ein stärkeres Gewicht des Naturschutzes, damit das Verhältnis Wirtschaft – Umwelt besser ausbalanciert wird (11 Punkte). Ökonomische Gesichtspunkte werden auch in der Nennung auf Rang sieben angeführt, wo der Natur eine elementare Rolle als Fundament der Wirtschaft beigemessen wird (10 Punkte). Es folgt als weiterer Grund für eine wichtige Rolle der Natur und zugleich als Empfehlung, wie diese größere Rolle ausgestaltet werden könnte, der Verweis auf die regionale Wertschöpfung (9 Punkte), die auf der Natur basiert. Damit Natur besser geschützt werden kann, fordern die Teilnehmenden mit acht Punkten, dass Naturschutzorganisationen verbindlich bei der Regionalentwicklung beteiligt werden und mehr Bürgerbeteiligung stattfindet (3 Punkte).

Weitere Nennungen betreffen den Katastrophenschutz (4 Punkte), den Erhalt der Natur als Lernfeld für Kinder, eine Kühlung der urbanen Zentren durch weniger Versiegelung, die Bewahrung der Attraktivität der Region und die Renaturierung, z. B. von Flussläufen oder Mooren (je 2 Punkte).

**Abbildung 32: Übersicht zu AE 8, Frage 2: Verbesserung des Naturschutzes**



Die Antworten hinsichtlich der Möglichkeiten, um den Naturschutz zu verbessern, lassen sich in folgende Bereiche gliedern: Gesellschaft, Wirtschaft, planerische und regulierende Maßnahmen sowie Naturschutzmaßnahmen.

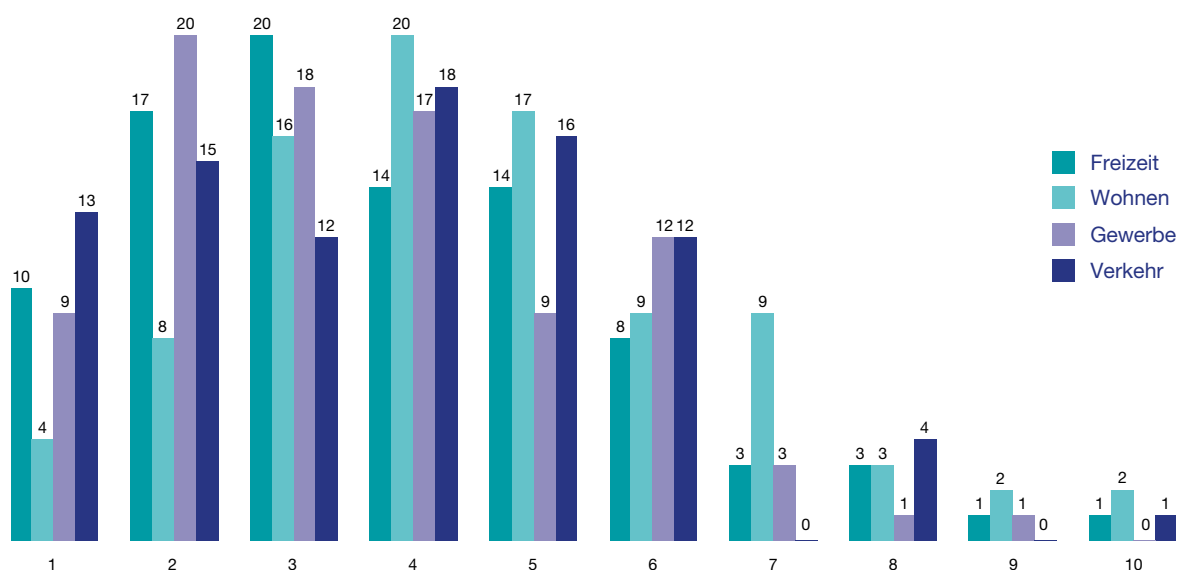
Besonders wichtig ist den Bürgerinnen und Bürgern eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für das Thema Naturschutz (53 Punkte). Konkrete Handlungsanweisungen waren hierbei, dass umweltbildende Maßnahmen bereits in Kindergarten und Schule beginnen und eine bessere Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz des Naturschutzes in der Bevölkerung erhöhen soll. Nur einen Punkt erhielt der Vorschlag, ein einheitliches Verständnis über den Naturschutz in der Gesellschaft zu finden.

Mit Blick auf die Wirtschaft wünschen sich die Teilnehmenden eine regionale und ökologische Wirtschaft, die den Konsum umweltfreundlicher Produkte ermöglicht (28 Punkte). In diesem Zusammenhang wurde auch die Förderung der ökologischen Landwirtschaft genannt (18 Punkte), da diese mit dem Naturschutz besser verträglich ist, als die konventionelle Landwirtschaft. Die Forderung nach einer konstruktiveren Zusammenarbeit

von Forst- und Landwirtschaft wurde mit einem Punkt bewertet.

Im Regionalplan sehen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, den Naturschutz noch besser zu verankern, als dies momentan der Fall ist (25 Punkte). Darunter fallen die gesetzliche Verpflichtung, Organisationen wie den BUND in die Planung einzubinden, sowie das Ausweisen von Vorrang- und Schutzflächen. Nachhaltigkeit wollten einige Teilnehmende als grundsätzliche Handlungsanweisung für Planerinnen und Planer verstanden wissen, sodass z. B. der Wegfall von ökologischen Ressourcen durch Bebauung der Allgemeinheit zurückgezahlt werden muss (17 Punkte). Überdies wurde empfohlen, mithilfe strikterer Gesetze und einer stärkeren Durchsetzung bestehender Regularien die Natur vor weiterer Zerstörung zu bewahren (13 Punkte). Ein ähnlicher Vorschlag bezieht sich auf die Wirtschaft: Durch Auflagen und Anreize sollen sich Unternehmen künftig mehr am Naturschutz beteiligen (11 Punkte). Weitere Empfehlungen, die zwischen null und vier Punkten erhielten, lauteten: (mehr) Bürgerbeteiligung (4 Punkte), Subventionen für den Naturschutz und Förderung des ökologischen Bauens (beides 0).

Abbildung 33: AE 8, Frage 3: Natur in Vergleich zu anderen Nutzungen



Wie auch bei der vorherigen Frage machten die Bürgerinnen und Bürger Vorschläge, welche Maßnahmen im Naturschutz sie als besonders wichtig erachten, wie z. B. die Renaturierung (3 Punkte) oder Autobahnbrücken für Tiere (2 Punkte). Es wurde aber auch die Meinung vertreten, dass Naturschutz ausgewogen und nur da, wo es Sinn macht, betrieben werden sollte (4 Punkte).

Abschließend wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, den Stellenwert des Naturschutzes im Vergleich zu anderen Nutzungen zu bewerten. Dazu wurde auf einer horizontalen Achse bei null der Vorrang der Natur eingetragen und bei zehn der Vorrang der Vorrang von Freizeit,

Wohnen Gewerbe und Natur. Ähnlich wie bei einer Schmerzskala im medizinischen Bereich konnten die Teilnehmenden durch jeweils einen Punkt visualisieren, wie ihrer Meinung nach das Verhältnis von Natur zu konkurrierenden Flächennutzungen austariert werden sollte. Die Frage wurde nicht in den Kleingruppen bearbeitet und sollte individuell entschieden werden. Das Ergebnis zeigt, dass der Naturschutz nicht einheitlich Vorrang vor anderen Nutzungen hat. So wird im Vergleich der Flächenverbrauch für Freizeit, Gewerbe und Verkehr mit Mittelwerten zwischen 3,6 und 3,8 als etwas weniger vorrangig vor der Natur betrachtet, als bei der Nutzung für Wohnflächen (4,6).

## Arbeitseinheit 9: Bildung

Die neunte Arbeitseinheit widmete sich der Verbindung zwischen der Regionalentwicklung und der Bildung. Klemens Heining, Regionalmanager im Landkreis Donau-Ries, berichtete hierzu aus seinen Erfahrungen bei der Umsetzung des Konzepts „Bildungslandschaft“ in seinem Landkreis. Insbesondere thematisierte er Fragen des Übergangsmanagements zwischen Schule und Beruf, der beruflichen Bildung sowie Integration und verwies dabei auf die Wichtigkeit akteursübergreifender Vernetzung.

In einem zweiten Input beschrieb Dr. Tobias Schmidt von der Transferagentur Bayern für

Kommunales Bildungsmanagement die strategische Bedeutung von Bildung als Standortfaktor. Er erläuterte, auf welche Weise Hochschulen, Wissenschaft und Forschung zu den Grundlagen für regionale Lebens- und Entwicklungschancen gehören.

Aus verschiedenen Gründen konnte Herr Schmidt seinen Vortrag nicht immer selber halten. Kurzfristig sprangen sein Kollege, Dominik Redemann, und auch Klemens Heining vertretungsweise ein, wofür wir beiden an dieser Stelle noch einmal danken möchten.



Foto 12: Klemens Heining berichtet über das Bildungsmanagement im Landkreis Donau-Ries

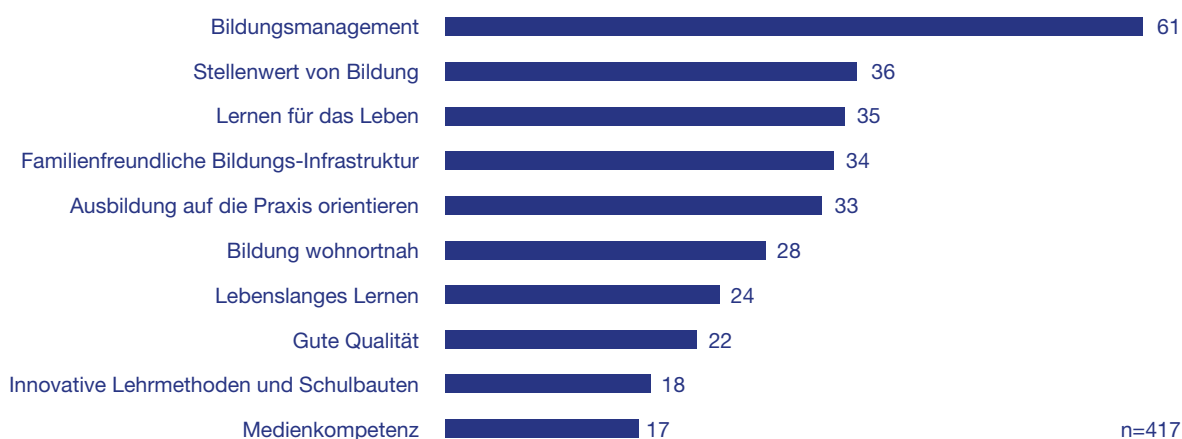


Im Anschluss an die einführenden Referate wurde in den Kleingruppen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern folgende Frage diskutiert:

**Bildung und Regionalentwicklung:  
Was ist Ihnen wichtig?**

Auf die offene Frage zum Zusammenhang von Bildung und Regionalentwicklung entwickelten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in den Kleingruppen eine Vielzahl von Vorschlägen, von denen hier, der Übersichtlichkeit halber, nur die ersten zehn im Diagramm wiedergegeben werden.

**Abbildung 34: Übersicht zur AE 9: Empfehlungen zum Thema Bildung**



Der mit Abstand wichtigste Aspekt beim Thema „Bildung und Regionalentwicklung“ wird in einem übergeordneten Bildungsmanagement gesehen: Insgesamt 61 Punkte entfielen auf diese Empfehlung. Dabei wird das Ziel formuliert, durch ein flächendeckendes und breites Angebot Bildungsmöglichkeiten für alle zu schaffen. Hierzu sei eine übergreifende und überregionale Zusammenarbeit und Vernetzung der Landkreise wie auch der unterschiedlichen Ressorts (z. B. Bildungs-, Siedlungs- und Verkehrsplanung) kommunaler Planung anzustreben, die ggf. auch einen überregionalen Zugang zu Schulen und Bildung ermöglicht. Durch eine abgestimmte regionale Bildungskoordination und eine entsprechende Bedarfsermittlung sollten die Bildungsangebote (auch Ausbildung) am jeweiligen regionalen Bedarf orientiert gefördert und regionale Versorgungslücken möglichst auch kurzfristig und flexibel geschlossen werden können.

Mit deutlichem Abstand folgt mit 36 Punkten an zweiter Stelle die Empfehlung, den Stellenwert von Bildung zu erhöhen. Dabei geht es sowohl um Imagefragen – die Bildungsbereitschaft sollte gefördert und Lehrerinnen und Lehrern mehr Respekt entgegengebracht werden – als auch um die damit verbundene finanzielle Ausstattung des Bildungssektors. Um das bestehende Bildungssystem zu erhalten bzw. auszubauen, braucht es mehr Geld. Durch eine bessere finanzielle Ausstattung von Bildungseinrichtungen könnten z. B. mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beschäftigt oder auch die Lehrmittel- und Schulwegfreiheit gewährleistet werden. Einen wichtigen Stellenwert hat auch die Bezahlbarkeit von Bildung insgesamt, wobei sich die Teilnehmenden grundsätzlich für einen kostenlosen Zugang zu Bildung und für eine bezahlbare bzw. kostenlose Betreuung, z. B. in Kindertagesstätten (KiTas), Horts oder Ganztagschulen, aussprechen.

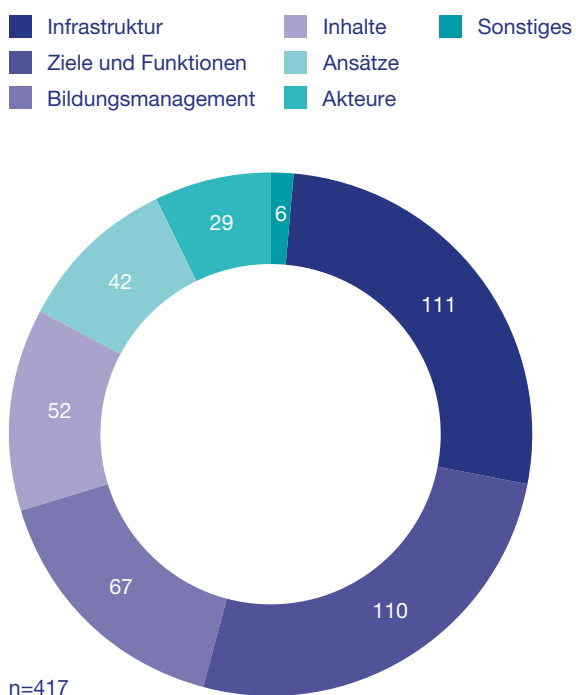
Auf dem dritten Rang steht die Empfehlung „Lernen für das Leben“ (35 Punkte). Gemeint ist vor allem die Vermittlung von Lebens- und Alltagskompetenzen, z. B. in Form eines entsprechenden Schulfaches. Inhaltlich nennen die Teilnehmenden hier die Förderung von Teamwork- und Projektarbeit sowie sozialen Lernens und die Vermittlung von Sozialkompetenzen bis hin zur Personalführung, aber auch Kompetenzen bezüglich Kindererziehung oder im gegenseitigen Umgang in der Partnerschaft. Die Vermittlung von Handlungswissen für Alltagssituationen könnte auch den Umgang mit Verträgen und ähnlichem umfassen. Inhaltliche Setzungen von Themen, die für das Leben als wichtig angesehen werden, werden auch vorgenommen. Aufgeführt wurden Umwelt und Naturschutz, Aufklärung über eine gesunde Lebensführung durch Sport und gesunde Ernährung sowie das Lernen über Bereiche der psychischen

Die Empfehlung einer familienfreundlichen Bildungs-Infrastruktur (34 Punkte) wird eng mit der Schaffung eines größeren und besseren Angebots an Ganztagschulen und mit dem Ausbau des Kindertagesstätten- und Kindergartenangebots zusammengebracht. Die Kindergärten sollten nahegelegen und ihr Besuch gebührenfrei sein. Die Teilnehmenden schlagen zudem vor, das Angebot zum betreuten Lernen an Ganztagschulen auszubauen, aber auch Möglichkeiten zur Ganztagsbetreuung neben der Schule zu schaffen. Insgesamt

sollte die Qualität der KiTas erhöht werden. Zum Beispiel wurde auch der Vorschlag gemacht, in Kindergärten die Sprachschulung (auch Deutsch) zu fördern.

Das Votum der Teilnehmenden für eine praxisorientierte Ausbildung (33 Punkte) knüpft an den in den Inputvorträgen formulierten Vernetzungsgedanken an. Dabei sollten Anreize für die Kooperation und den Wissenstransfer zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen geschaffen und ein größeres Engagement von Firmen im Bildungsbe-  
reich gefördert werden. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sprechen sich dafür aus, Bildungsinhalte mit langfristigem Bedarf frühzeitig in die Schulen zu kommunizieren, aber auch Aus-  
bildungs- und (Berufs-)Schulangebote besser mit-  
einander zu vernetzen. Das allgemeine Votum für eine größere Praxisorientierung setzt sich im Wunsch nach Angeboten für duale Studiengänge fort.

**Abbildung 35: Bildungsempfehlungen  
nach Themenaspekten**



An sechster Stelle folgt mit 28 Punkten der Wunsch nach wohnortnahen Bildungsangeboten. Die Bürgerinnen und Bürger präferieren kurze Wege zu Bildungsorten (Distanz, Entfernung, Barrieren) und fordern in diesem Zusammenhang z. B. den Ausbau weiterführender Schulen im Münchner Umland. Auch könnte die Zulassung wohnortnaher kleiner Schulen (z. B. Dorfschule) einen Lösungsansatz darstellen.

Weitere 24 Punkte entfielen auf den Aspekt „Lebenslanges Lernen“. Dahinter verbirgt sich der Wunsch nach Bildungsangeboten, die auf Bedarfe und Lebenssituationen unterschiedlicher Altersstufen abgestimmt sind. Bildungsmöglichkeiten sollten im gesamten Lebensverlauf von der frühen Kindheit bis ins hohe Erwachsenenalter zugänglich sein.

Mit insgesamt 22 vergebenen Punkten sprechen sich die Teilnehmenden für „Gute Qualität“ in der Bildung aus. Damit verbindet sich die Forderung, die Standards in (Grund-)Schulen und KiTas zu erhöhen, um damit eine solide Bildungsbasis für alle zu schaffen. Lehrerfortbildung wird als ein Ansatz zur Qualitätssteigerung ausgemacht.

Mit 18 Punkten schließen sich „innovative Lehrmethoden und Schulbauten“ als Empfehlung an. Die Teilnehmenden schlagen z. B. die Einführung eines Doppellehrersystems und freiere Unterrichtsformen vor, die durch eine entsprechende bauliche Gestaltung der Bildungseinrichtungen optimal unterstützt werden.

Den zehnten Platz im Punkteranking nimmt schließlich die Medienkompetenz ein. Den Bürgerinnen und Bürgern ist Medienbildung wichtig, vor allem auch im Bereich der IT-Sicherheit. Es gelte für Jung und Alt, den Umgang mit Medien zu erlernen und sich in der digitalen Welt verantwortungsbewusst zu verhalten. Vorgeschlagen wird in diesem Zusammenhang beispielhaft die Einrichtung eines entsprechenden digitalen Lernzentrums, das eine IT-Medienbildung für Jüngere, aber auch für Ältere bzw. Rentner anbietet.

### Einzelaspekte des Themas Bildung

Die insgesamt 83 Vorschläge, die die Kleingruppen zum Thema Bildung zur Abstimmung brachten, wurden zu 30 Clustern verdichtet, die

sich den Themenaspekten Infrastruktur, Ziele und Funktionen, Bildungsmanagement, Inhalte, Ansätze, Akteure, Sonstiges zuordnen lassen.

**Tabelle 6: AE 9: Empfehlungen zum Ausbau der Bildungsinfrastruktur**

| Empfehlungen zum Ausbau der Bildungsinfrastruktur | Punkte |
|---------------------------------------------------|--------|
| Mehr Studentenwohnheime                           | 1      |
| Web-Uni                                           | 4      |
| Bildungsportal                                    | 8      |
| Bildung wohnortnah                                | 28     |
| Familienfreundliche Bildungsinfrastruktur         | 34     |
| Stellenwert von Bildung                           | 36     |

Die Empfehlungen zur Bildungsinfrastruktur umfassen an erster Stelle Infrastrukturen, die für Familien wichtig sind, also KiTas und Schulen, wobei die Nähe von weiterführenden Schulen und Ausbildungsstätten eine wichtige Rolle spielt. Weil der Erhalt und Ausbau der Bildungsinfrastruktur kostenintensiv ist, gehört auch das Cluster „Stellenwert von Bildung“, das vor allem eine bessere finanzielle Ausstattung als Ausdruck des hohen

Stellenwertes fordert, unter den Aspekt Bildungsinfrastruktur gefasst. Möglichkeiten der Informationstechnologie werden mit den Vorschlägen für eine Web-Uni und ein Bildungsportal, das einen leichten und einfachen Zugang zu Bildung ermöglichen könnte, aufgenommen. Die Portale sollten regionale Bildungsangebote kommunizieren und ggf. auch als überörtliche Plattform für kulturelle Angebote im Umland dienen können.

**Tabelle 7: Empfehlungen zu Zielen und Funktionen von Bildung**

| Empfehlungen zu Zielen und Funktionen von Bildung | Punkte |
|---------------------------------------------------|--------|
| Inklusion                                         | 6      |
| Talente fördern                                   | 9      |
| Integration durch Bildung                         | 13     |
| Chancengleichheit                                 | 14     |
| Ausbildung auf die Praxis orientieren             | 33     |
| Lernen für das Leben                              | 35     |

Das Cluster „Ziele und Funktionen von Bildung“ wird angeführt von den Empfehlungen „Lernen für das Leben“ und „Ausbildung auf die Praxis orientieren“, die bereits oben, im Rahmen der Übersicht über die zehn wichtigsten Empfehlungen, besprochen wurden. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vertreten mit ihren weiteren Empfehlungen zu den Zielen und Funktionen eine ausgesprochen sozialintegrative Ausrichtung von Bildung. Das alle die gleichen Chancen auf Bildung haben, wird als wichtige Voraussetzung dafür gesehen, dass man unabhängig von der Herkunft gleiche Chancen auf eine gute berufliche und gesellschaftliche Position hat (14 Punkte). Bildung ist auch notwendig zur Integration von Migrantinnen und Migranten (13 Punkte). In diesem Zusammenhang wird auf das Konzept der SchlaU-Schule (Schulanaloger Unterricht) oder das Engagement der Freiwilligenagentur „Tatendrang“ verwiesen. Die Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft zur Bildungsintegration von Zuwanderern erfordert auf der anderen Seite auch die Bereitschaft zur Bildung bei der Zielgruppe. Hier schlagen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine Bildungspflicht für Zuwanderer vor. In der Schule sollen Talente gefördert werden (9 Punkte). Das

umfasst sowohl besondere Begabungen, die dem schulischen Fächerkanon entsprechen, als auch die Vielfalt von Talenten, die nicht immer im Blick der Lehrerinnen und Lehrer sind. Jeder und jede kann etwas und soll es auch entwickeln können. Damit leitet die Talentförderung zur Inklusion (6 Punkte) über, die auch durch eine größere Aufmerksamkeit und Wertschätzung des Anderen gefördert wird.

**Tabelle 8: Empfehlungen zum Bildungsmanagement**

| Empfehlungen zum Bildungsmanagement | Punkte |
|-------------------------------------|--------|
| Vom Arbeitsamt zum Bildungsmanager  | 2      |
| Keine Parteipolitik                 | 2      |
| Bildungsübergänge verzahnen         | 2      |
| Bildungsmanagement                  | 61     |

Bildungsübergänge besser zu verzahnen (2 Punkte), wird durch ein umfassendes regionales Bildungsmanagement (61 Punkte) erleichtert. Dieses ist bereits oben als wichtigste Forderung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter beschrieben worden. Die Empfehlungen zum Bildungsmanagement werden noch ergänzt um den Wunsch, dass

das Bildungsmanagement nicht durch Parteipolitik behindert werden sollte und dass die Agentur für Arbeit auch eine Bildungsförderungseinrichtung sein sollte bzw. mit dem regionalen Bildungsmanagement verknüpft werden müsste (2 Punkte).

**Tabelle 9: Empfehlungen zu Bildungsinhalten**

| Empfehlungen zu Bildungsinhalten | Punkte |
|----------------------------------|--------|
| Keine Tabuthemen in der Schule   | 1      |
| Fachwissen und Allgemeinbildung  | 3      |
| Mehr Kultur in die Region        | 9      |
| Medienkompetenz                  | 17     |
| Gute Qualität                    | 22     |

Bei den Empfehlungen, die die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter zu Bildungsinhalten geben, steht die gute Qualität an erster Stelle (22 Punkte). Es folgt die Empfehlung, dass Medienkompetenz für alle Generationen gefördert werden sollte (17 Punkte). Mit der Nennung „Fachwissen

und Allgemeinbildung“ (3 Punkte) wird bei den Bildungsinhalten das Ziel „Lernen für das Leben“ aufgenommen. Kein Thema, sondern die Forderung, dass es keine Tabuthemen in der Schule geben darf, schließt die Liste der Empfehlungen zu Bildungsinhalten ab (1 Punkt).

**Tabelle 10: Empfehlungen zu Ansätzen und Methoden**

| Empfehlungen zu Ansätzen und Methoden   | Punkte |
|-----------------------------------------|--------|
| Innovative Lehrmethoden und Schulbauten | 18     |
| Lebenslanges Lernen                     | 24     |

Die beiden Empfehlungen zu Ansätzen und Methoden – „innovative Lehrmethoden und Schulbauten“ (18 Punkte) und „Lebenslanges Lernen“

(24 Punkte) – zählen zu den zehn wichtigsten Empfehlungen und sind dementsprechend bereits oben erläutert worden.

**Tabelle 9: Empfehlungen zu Bildungsinhalten**

| Empfehlungen zu Bildungsakteuren           | Punkte |
|--------------------------------------------|--------|
| Einbindung pensionierter Lehrkräfte        | 2      |
| Rolle der Vereine stärken                  | 6      |
| Ministerium soll mehr auf Schulen eingehen | 6      |
| Rolle der Eltern                           | 15     |

„Bildung“ beginnt nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter „in der Familie“. Deswegen sind Eltern wichtige Akteure. Um sie in dieser Rolle zu stärken, werden ein Elternführerschein und die Unterstützung durch „Hausbesuche“ der Eltern vorgeschlagen. Die Zusammenarbeit soll vertrauensvoll sein. Das gilt auch für das Vertrauen, das Eltern den Lehrerinnen und Lehrern entgegenbringen sollen.

Zwei Nennungen konnten keinem der Cluster zugeordnet werden: die Überzeugung, dass Bildung Freiraum braucht (6 Punkte) und die Forderung nach Bildungsurlaub, den es in Bayern nicht gibt (0 Punkte).



## Arbeitseinheit 10: Wirtschaft/ Arbeitsmarkt

Die zehnte Arbeitseinheit beschäftigte sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Planungsregion München und damit eng zusammenhängend auch mit dem Thema Arbeitsmarkt. Die Einführung in das Thema erfolgte durch Stefan Böhme, der für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit tätig ist. In seinem Vortrag ging er auf die Entwicklung und Struktur des Arbeitsmarktes in der Planungsregion ein, gab einen Ausblick auf den zukünftigen Arbeitskräftebedarf und das anzunehmende Arbeitskräfteangebot und erläuterte die Perspektiven der Planungsregion aus Sicht der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes.

Nach den Rückfragen aus dem Plenum wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit folgender Frage in die Kleingruppen geschickt:

**Was sind für Sie wichtige Weichenstellungen, damit auch in Zukunft viele Menschen gute Arbeit finden?**

In den Kleingruppen wurden 73 Einzelvorschläge erarbeitet, die zu 30 Clustern verdichtet wurden. Im Folgenden werden zunächst die wichtigsten Empfehlungen, die über zehn Punkte erhielten, vorgestellt. Im Anschluss werden alle, auch die geringer bewerteten, nach fünf Themenaspekten geordnet erläutert.

**Abbildung 36: Übersicht zu AE 10: Weichenstellungen für gute Arbeit**



Am meisten Punkte erhielt die Empfehlung, Ausbildungsberufe besser zu fördern (67 Punkte). Dadurch soll sichergestellt werden, dass es in der Planungsregion weiterhin vielfältige Beschäftigungsangebote gibt, die auch mittel- bis langfristig gute Beschäftigungszahlen ermöglichen. Die

Förderung von Ausbildungsberufen soll einerseits durch eine verbesserte Berufsvorbereitung erfolgen und andererseits durch bessere Rahmenbedingungen für Ausbildungsbetriebe sichergestellt werden. Zur verbesserten Berufsvorbereitung gehört die Vorstellung von Handwerksberufen

in Schulen. Die Schülerinnen und Schüler sollen durch eine individuellere Berufsberatung erfahren, was Handwerksberufe ausmacht und welche Jobchancen man damit zukünftig hat. Idealerweise sollte dies durch Berufspraktika in Betrieben ergänzt werden, um auch praktische Einblicke zu erhalten. Neben dem Berufspraktikum seien auch überbetriebliche Institutionen denkbar, die es Interessierten ermöglichen, verschiedene Berufe „auszuprobieren“. Daneben sollen aber auch die Rahmenbedingungen für Ausbildungsbetriebe verändert werden: Um sicherzustellen, dass es genügend Ausbildungsbetriebe gibt, wird vorgeschlagen, dass alle Betriebe zur Ausbildung verpflichtet werden. Dies sollte mit der Einführung einer finanziellen Förderung für die Ausbildung von Lehrlingen, insbesondere für kleine Betriebe, einhergehen. Im Gegenzug sollen Unternehmen, die nicht ausbilden, zur Zahlung einer Ausbildungsabgabe verpflichtet werden.

An zweiter Stelle sprechen sich die Teilnehmenden für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus (55 Punkte). Es sollte ein grundsätzliches Umdenken erfolgen, das die Wertschätzung von Familie im Verhältnis zum Beruf stärkt. Um dies zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit verändert werden. Teil solch einer Strategie ist die finanzielle Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf. Darüber hinaus müssten die Unternehmen in der Region vermehrt flexible Arbeitszeitmodelle einführen, die es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erleichtern, Berufs- und Familienleben in Einklang zu bringen. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sehen da insbesondere die Städte und Kommunen in der Pflicht, aber auch die Unternehmen können durch die Schaffung von Betriebskindergärten ihren Anteil daran haben.



Foto 14: Eine Kleingruppe bei der Arbeit

Um die hohe Beschäftigungsquote in der Region zu erhalten, empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter an dritter Stelle die Stärkung der Bildung und Weiterbildung (50 Punkte). Bildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg. Deshalb sollte das Thema Bildung nicht nur auf bestimmte Lebensphasen beschränkt sein, sondern im Sinne des lebenslangen Lernens auf die Bedarfe verschiedener Altersgruppen eingehen. Eine solide Grundausbildung in der Schule und ggf. später in der Ausbildung bildet die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben. Hier muss die Qualität erhalten oder verbessert werden. Darüber hinaus sollte es aber auch nach Schule und Ausbildung Angebote zur weiteren Qualifizierung geben, die es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, dauerhaft für den Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben.

Die nächste Empfehlung, die mit 46 Punkten den vierten Platz belegt, betrifft speziell die Gruppe der sozialen Berufe. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisieren, dass es zu unattraktiv ist, soziale Berufe zu ergreifen, weil zu geringe Löhne gezahlt werden. Eine bessere Vergütung sozialer Berufe kann z. B. durch Zulagen oder eine Erhöhung des Mindestlohns in der Region sichergestellt werden. Ziel ist, dass alle Menschen, die in der Planungsregion München leben, genug verdienen, um die Vorteile der Region genießen zu können.

Die fünfte Empfehlung „Nicht nur für Akademiker“ (28 Punkte) korrespondiert mit der Forderung, Ausbildungsberufe zu fördern. Wirtschaft und Arbeitsmarkt sollen sich nicht nur auf Hochqualifizierte konzentrieren.



Foto 15: Gruppenfoto Planungszelle 3

Die Empfehlung, Ausbildung praxisorientiert zu gestalten (26 Punkte) bezieht sich sowohl auf eine Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft, als auch von Universitäten und Unternehmen.

Die siebte Empfehlung richtet sich an die Arbeitgeber in der Region: Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfehlen, mehr unbefristete Arbeitsplätze zu schaffen (22 Punkte). Sie gehen davon aus, dass die höhere finanzielle Sicherheit zu zufriedenen und produktiveren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Region führt. Davon würde die Wirtschaft in der Region profitieren. Zusätzlich ist es notwendig, den Missbrauch von Kurz- und Zeitarbeit bzw. „Kettenbefristungen“ einzudämmen.

Zukunftsbranchen sollen gezielt in der Region angesiedelt und gefördert werden (23 Punkte).

Des Weiteren empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Verbesserung der Qualität der Arbeitsvermittlung in der Region (18 Punkte). Das soll insbesondere durch eine verbesserte Kommunikation der Bedarfe des Arbeitsmarktes erfolgen. Dadurch wird der Arbeitsmarkt transparenter, sodass (zukünftige) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich bei ihrer Berufswahl möglichst früh an den Bedarfen orientieren können. Zusätzlich soll sich das Angebot der Arbeitsagenturen verstärkt auf das Matching von Eignung/ Neigung der Bewerberinnen und Bewerber und bestehenden Lücken im Arbeitsmarkt konzentrieren.

An zehnter Stelle liegen mit jeweils 15 Punkten die folgenden drei Empfehlungen:

- Kombination Wohnen und Arbeit
- Arbeit für Menschen mit Handicaps
- Verlagerung von Unternehmen überregional

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter stellen fest, dass die regionale Ansiedlung von Unternehmen in der Planungsregion München ungleich ist. Während manche Teile der Region (insbesondere die Stadt München) aufgrund der Ansiedlung von vielen Unternehmen struktur-

sind, gibt es andere Gebietseinheiten, die eher strukturschwach sind. Um dieser Ungleichheit entgegenzuwirken, schlagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor, Anreize für die Verlagerung von Unternehmensteilen in strukturschwächere Gegenden außerhalb Münchens zu schaffen. Dies kann zum einen durch eine gezielte dezentrale Ansiedlung von zukunftssträchtigen Unternehmen in den eher strukturschwachen Gebietseinheiten erfolgen. Für die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ist dabei auch eine Verlagerung über die Grenzen der Planungsregion München hinaus denkbar.

Ebenfalls 15 Punkte erhielt die Empfehlung, benachteiligte Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In den Planungszellen wurden unter benachteiligten Menschen sowohl sozial benachteiligte Personen als auch Menschen mit Behinderungen verstanden. Die Teilnehmenden diskutierten verschiedene Ansätze, die eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt fördern sollen. Zum einen soll bereits in der Schule mit einer gezielten Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher begonnen werden, um ihnen so den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Des Weiteren wird eine gezielte Förderung des zweiten und dritten Arbeitsmarktes durch staatliche Beihilfen empfohlen. Hierdurch sollen Beschäftigungsangebote auch für jene Personen geschaffen werden, die geringe Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Es reicht jedoch nicht aus, Angebote zu schaffen, sondern sie müssen offensiv kommuniziert werden. Für die bessere Integration von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt wird eine bessere Vernetzung der Zuständigkeiten vorgeschlagen: Dafür ist insbesondere die bessere Zusammenarbeit von Arbeitsagentur, den Krankenkassen und der Rentenversicherung notwendig.

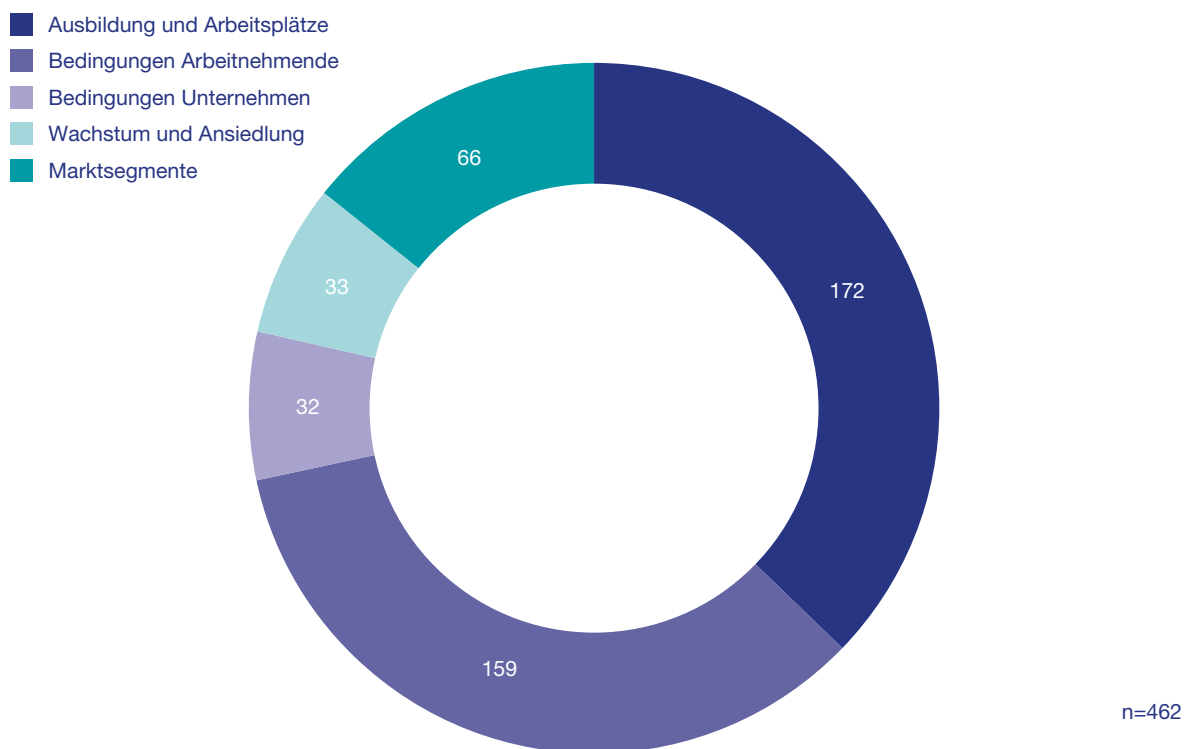
Ebenfalls 15 Punkte erhielt die Empfehlung, dass es Normal- und Geringverdienern möglich sein muss, eine Wohnung in der Region finanzieren zu können. So könnten beispielsweise spezielle Wohnungsangebote für jene Berufsgruppen geschaffen werden, die weniger verdienen, wie z. B. die pflegenden und erziehenden Berufe.



Des Weiteren nehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Branchenvielfalt (12 Punkte) eine Forderung aus der Arbeitseinheit vier wieder auf. Sie wünschen sich, dass München ein Standort für Zukunftstechnologie sein soll – darauf zielt auch die Empfehlung 8 – aber zugleich auch eine Breite an Branchen und Unternehmensgrößen erhalten bleiben soll. Diese Empfehlung geht in eine ähnliche Richtung, wie die Cluster „Ausbildungsberufe fördern“ und „Nicht nur Akademiker“.

Die Empfehlung, das Internet auch in den ländlichen Regionen besser auszubauen (11 Punkte) steht auf dem zwölften Rang. Die Nutzung von Informationstechnologien ist für moderne Unternehmen nicht mehr aus dem Arbeitsalltag wegzudenken. Der Zugang zum schnellen Internet ist eine notwendige Infrastruktur für die Nutzung dieser Informationstechnologien. Deshalb muss der Zugang zum Breitband-Internet auch den ländlichen Regionen möglich sein, wenn diese für zukunftsorientierte Branchen und Unternehmen attraktiv werden sollen.

**Abbildung 37: Empfehlungen zum Arbeitsmarkt, Verteilung auf Einzelaspekte**



Fasst man die Empfehlungen zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt noch weiter zusammen, wird deutlich, dass den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern vor allem Arbeitsplätze und Ausbildung, mit einem Schwerpunkt bei der beruflichen Bildung, wichtig sind. Es folgen die Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Marktsegmente, Fragen des Wachstums und der Unternehmensansiedlung sowie Bedingungen für Unternehmen, spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter nehmen damit eine ausgesprochene Arbeitnehmersicht auf die Wirtschaft ein.

**Tabelle 12: Empfehlungen zu Ausbildung und Arbeitsplätzen**

| Empfehlungen zu Ausbildung und Arbeitsplätzen | Punkte |
|-----------------------------------------------|--------|
| Städtische Aufträge an gute Arbeitgeber       | 0      |
| Ausbildungsabgabe                             | 2      |
| Arbeitsplatzabbau sanktionieren               | 3      |
| Potenziale entdecken und fördern              | 6      |
| Passung auf dem Arbeitsmarkt verbessern       | 18     |
| Praxisorientierte Ausbildung                  | 26     |
| (Weiter-)Bildung                              | 50     |
| Ausbildungsberufe fördern                     | 67     |

Die meisten Nennungen auf die Frage nach wichtigen Weichenstellungen für gute Arbeit sind Empfehlungen zur Ausbildung und Arbeitsplätzen. Die ersten vier Empfehlungen sind bereits oben, im Rahmen der Erläuterung, zu den wichtigsten Weichenstellungen dargestellt worden. Sie werden ergänzt durch die Empfehlung, Potenziale zu entdecken und zu fördern (6 Punkte), z. B. durch ein Persönlichkeits- und Berufscoaching in der Schule. Weitere Vorschläge lauten: „Arbeitsplatzabbau sanktionieren“ (3 Punkte), „Ausbildungsabgabe“

(2 Punkte), mit der Betriebe belastet werden könnten, die nicht selber ausbilden und „Städtische Aufträge an gute Arbeitgeber“ (0 Punkte). Die letztgenannte Empfehlung zielt darauf, dass Arbeitgeber, die angemessene Löhne zahlen und sich um einen festen Mitarbeiterstamm bemühen, bei öffentlichen Aufträgen oft nicht berücksichtigt werden, weil ihre Kosten höher sind, als bei Unternehmen, die weniger mitarbeiterfreundlich ausgerichtet sind.

**Tabelle 13: Empfehlungen zu Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

| Empfehlungen zu Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Punkte |
|--------------------------------------------------------------------|--------|
| Home-Office                                                        | 1      |
| Gleichberechtigung                                                 | 5      |
| Arbeit für Menschen mit Handicaps                                  | 15     |
| Kombination Wohnen und Arbeit                                      | 15     |
| Zeitarbeit und Befristungen einschränken                           | 22     |
| Mehr Lohn für soziale Berufe                                       | 46     |
| Vereinbarkeit von Beruf und Familie                                | 55     |

Die ersten fünf Nennungen der Empfehlungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – „Ver- einbarkeit von Familie und Beruf“, „Mehr Lohn für soziale Berufe“, „Zeitarbeit und Befristungen einschränken“ sowie „Arbeit für Menschen mit Handicaps“ – sind bereits oben erläutert worden.

Diese Empfehlungen werden ergänzt durch die Forderung, die Gleichberechtigung weiter aus- zubauen (5 Punkte) und Heimarbeit zu fördern (1 Punkt). Mit diesen Vorschlägen beschreiben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter auch, was sie unter guter Arbeit verstehen.

**Tabelle 14: Empfehlungen zu Wachstum und Unternehmensansiedlung**

| Empfehlungen zu Wachstum und Unternehmensansiedlung | Punkte |
|-----------------------------------------------------|--------|
| Zuzug einschränken                                  | 1      |
| Sprachtest für Migranten                            | 2      |
| Ressourcenmanagement                                | 2      |
| Weniger Konsum                                      | 4      |
| Kulturelle Identität                                | 9      |
| Verlagerung von Unternehmen überregional            | 15     |

In der Arbeitseinheit zum Arbeitsmarkt stellten die Teilnehmenden mit ihren Vorschlägen auch noch einmal einen Bezug zur Arbeitseinheit zur Siedlungsentwicklung und zum Raumbedarf von Unternehmen in der wachsenden Region her. Wachstum wird dabei recht kritisch bewertet. Die kulturelle Identität wird durch den massiven Zu- wachs geschwächt (9 Punkte), Energie, Wohnraum und Verkehr verstehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter als knappe Ressourcen, die

sorgfältig bewirtschaftet werden müssen (2 Punk- te). Eine Einschränkung des Wachstums hat auch eine persönliche Komponente: Weniger Konsum bejahen die Teilnehmenden mit vier Punkten. Die kritische Sicht auf das Wachstum der Region ist auch der Hintergrund der Forderung, Unterneh- men auch überregional zu verlagern (15 Punkte) und damit Wachstumschancen für die Region München auszuschlagen.

**Tabelle 15: Bedingungen zu Infrastruktur und Bedingungen für Unternehmen**

| Empfehlungen zu Infrastruktur und Bedingungen für Unternehmen | Punkte |
|---------------------------------------------------------------|--------|
| Effektive Verwaltung                                          | 3      |
| Wirtschaftsförderung                                          | 4      |
| Ladenschluss abschaffen                                       | 5      |
| Infrastruktur                                                 | 9      |
| Internet ausbauen                                             | 11     |
| Ressourcenmanagement                                          | 2      |



Dass es gute Arbeit nur geben kann, wenn es auch Unternehmen gibt, die Beschäftigung schaffen, und dass deswegen die Verbesserung der Bedingungen für Unternehmen mittelbar auch für gute Arbeit sorgt, ist der Erklärungszusammenhang für den Themenaspekt „Bedingungen für Unternehmen“. Vielleicht gehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter davon aus, dass es in der Wachstumsregion München weiterhin Unternehmensansiedlungen geben wird, und vergeben aus diesem Grunde auf Vorschläge zu Rahmenbedingungen für Unternehmen nur verhältnismäßig wenig Punkte. Mit dem Internet soll eine Infrastruktur

ausgebaut werden, die immer wichtiger wird (11 Punkte). Mit neun Punkten bringen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vor, dass Firmen allgemein eine gute Infrastruktur brauchen. Es folgen die Empfehlungen „Ladenschluss abschaffen“ (5 Punkte) und „Wirtschaftsförderung“ (4 Punkte), wozu die Senkung der Lohnnebenkosten gehört. Unter „Effektive Verwaltung“ (3 Punkte) fällt auch die Forderung nach mehr Service für Unternehmensgründungen. Abgeschlossen werden die Empfehlungen zu Infrastruktur und Bedingungen für Unternehmen mit der Nennung „Ressourcenmanagement“ (2 Punkte).

**Tabelle 16: AE Empfehlungen zu Marktsegmenten**

| Empfehlungen zu Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Punkte |
|--------------------------------------------------------------------|--------|
| Dienstleistungssektor fördern                                      | 3      |
| Branchenvielfalt                                                   | 12     |
| Nicht nur Akademiker                                               | 28     |
| Zukunftsbranchen fördern                                           | 23     |

Gute Arbeit hängt auch davon ab, ob die Branchen in der Region zukunftsfähig sind. Die Sicht auf die Marktsegmente durch die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ist zweigeteilt. Zum einen plädieren sie für eine Förderung der Zukunftsbranchen (23 Punkte), wozu IKT-Startups und Gesundheitstechnologie gehören. Noch wichtiger ist den Teilnehmenden aber, dass es in der Region München auch Arbeit für „normale“

Menschen gibt. Es sollen nicht nur Akademikerinnen und Akademiker Arbeit finden können. Dafür ist auch eine Branchenvielfalt nötig, wozu vor allem Kleinbetriebe, Einzelhandel und Handwerk zählen (12 Punkte). Der Dienstleistungssektor, zu dem sowohl moderne, technikorientierte Dienstleistungen als auch traditionelle Dienstleistungen gehören, wird mit drei Punkten bewertet.

## Arbeitseinheit 11/12: Offene Arbeitseinheit

Der Durchführungsträger trifft mit der Festlegung der Themen, die ins Arbeitsprogramm aufgenommen werden, eine Vorauswahl, die bei aller Neutralität in der Prozessbegleitung doch einen Einfluss auf das Bürgergutachten hat. Um dem entgegenzuwirken, gibt es in Planungszellen standardmäßig am Nachmittag des vorletzten Tages offene Arbeitseinheiten, in denen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ihre eigenen Themen einbringen können. Den Einstieg in die offene Arbeitseinheit bildet kein Expertenvortrag wie sonst üblich, sondern die Sammlung von Themen, die im Programm nicht berücksichtigt, von den Teilnehmenden aber für wichtig gehalten werden. Die Themen werden im Plenum kurz vorgestellt. Anschließend bilden sich nach Interesse Kleingruppen, die die Themen erörtern

und Empfehlungen dazu bilden. Die Vorschläge werden im Plenum vorgestellt und zum Abschluss bepunktet.

Da für die Themen der offenen Arbeitseinheit keine Informationsbasis über einen Experteninput bereitgestellt werden kann, können sie nicht so detailliert und kenntnisreich bearbeitet werden, wie die übrigen Themen des Arbeitsprogramms. Außerdem werden die Themen auch nur jeweils in der Planungszelle behandelt, in der sie eingebracht werden. Sie können nicht über alle vier Bürgergruppen zusammengeführt werden. Trotz einer weitgehend gleichen Arbeitsmethodik haben daher die Ergebnisse der offenen Arbeitseinheit im Vergleich zu allen anderen eine geringere Qualität. Trotzdem gibt die offene Arbeitseinheit der Politik



Foto 16: Kleingruppenarbeit zu selbstgewählten Themen

und der Regionalplanung sehr wichtige Hinweise, denn dass die Themen überhaupt genannt werden, zeigt, dass an der jeweiligen Stelle Handlungsbedarf besteht. Das trifft vor allem auf die Themen

zu, die in mehreren Planungszellen aufgegriffen wurden. In den vier Planungszellen bildeten sich insgesamt 21 Kleingruppen zu selbstgewählten Themen.

### Grenzen des Wachstums

Wachstum ist das Thema, das sich durch alle Überlegungen zur Regionalentwicklung zieht. Wirtschaft, Bevölkerung, Siedlungsfläche, Verkehr – alle diese Bereiche sind miteinander verknüpft und verzeichnen Zuwächse. Die Kehrseite des Wachstums ist durch eine gegenläufige

Entwicklung gekennzeichnet. Freie Flächen und Natur schrumpfen, der soziale Zusammenhalt nimmt ab und die Identität gerät unter Druck. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter haben diese problematischen Begleiterscheinungen des Wachstums in drei Kleingruppen diskutiert.

Abbildung 38: Offene AE: Wachstum

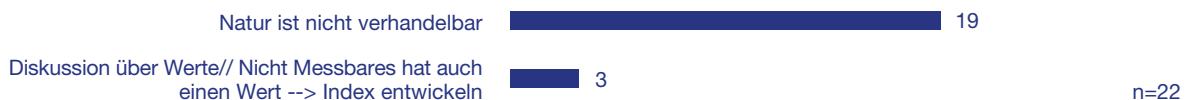


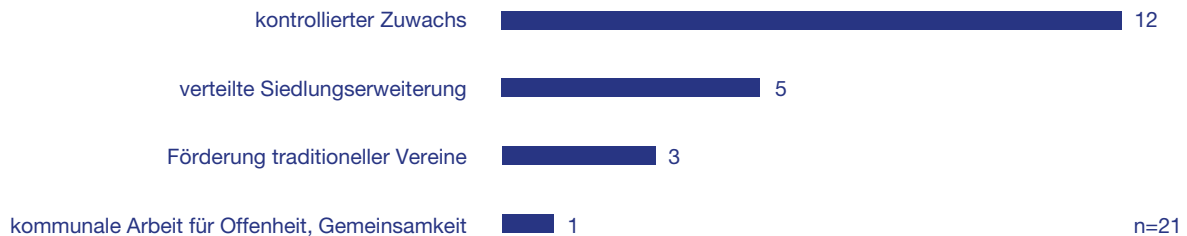
Abbildung 39: Offene AE: Grenzen des Wachstums



Aus der Bewertung der Vorschläge, die die beiden Gruppen „Wachstum“ und „Grenzen des Wachstums“ erarbeitet haben, wird sehr deutlich, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in Zukunft einen sehr restriktiven Umgang mit weiterem Flächenverbrauch wünschen. Auch die Idee, dass weniger mehr ist, d. h. Lebensqualität und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ihren eigenen nicht messbaren Wert haben, wird in den zwei Gruppen aufgenommen. Künftig sollte sich

die Entwicklung eher auf die Qualität als die Quantität konzentrieren. Freiflächen und Natur können außer durch rechtlichen Schutz auch durch ein „Verursacherprinzip“ und durch den Wandel zur Industrie 4.0 unterstützt werden, worunter die offensive Nutzung moderner IT-Möglichkeiten im gesamten Spektrum der industriellen Entwicklung, Produktion, Logistik und Vermarktung verstanden wird.

**Abbildung 40: Offene AE: Wahrung der Identität**



Eine dritte Gruppe nahm das Bevölkerungswachstum zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Sie plädierte für ein kontrolliertes, d.h. geringeres Wachstum als bisher, da sich sonst vor allem in der noch ländlich geprägten Region das Leben so verändert, dass sich die Einheimischen beginnen, fremd zu fühlen. Um dem etwas entgegenzusetzen, wünschte die Gruppe, dass sich der Bevölkerungszuwachs auf viele Orte verteilen solle. Als

hilfreich wurde auch die Förderung traditioneller Vereine angesehen. Um zwischen Zuwanderung und Erhalt von Identität zu vermitteln, bietet sich – allerdings sehr gering bewertet – „kommunale Arbeit für Offenheit und Gemeinsamkeit“ an. Ähnliche Empfehlungen gibt es aber auch höher bewertet bei anderen Themen der offenen Arbeitseinheit.



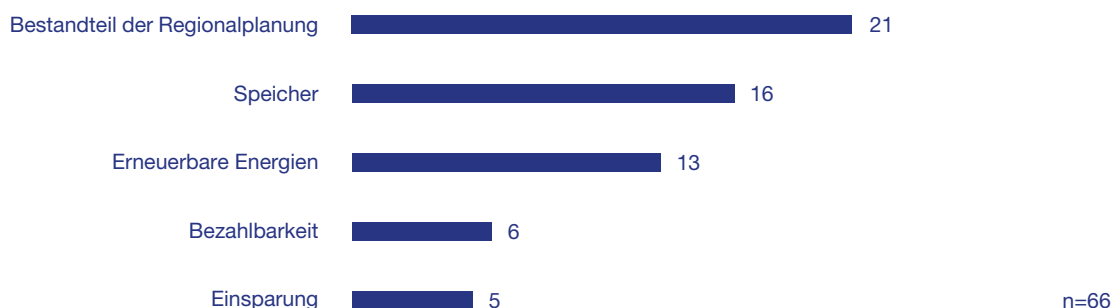
Foto 17: Präsentation in der offenen Arbeitseinheit

## Energie

Das Thema Energie fehlte vielen der Teilnehmenden. Es wurde in drei Kleingruppen bearbeitet, wobei die erste feststellte, dass sie zu wenig Wissen habe, um auch nur allgemeine Empfehlungen abgeben zu können. Fragen der Energie-

erzeugung und -verteilung, Umweltverträglichkeit, Möglichkeiten, effizienter mit Energie umzugehen, Sparanreize oder Verbote, Auswirkungen technischer Innovationen wurden in der Gruppe angesprochen, aber nicht zur Abstimmung gebracht.

**Abbildung 41: Offene Arbeitseinheit: Energie**



**Abbildung 42: Offene Arbeitseinheit: Energiewende**



Die Versorgung mit Energie sollte ein Bestandteil der Regionalplanung sein. Dabei geht es für die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vor allem um die Entwicklung von Energiespeichern, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien eine Rolle spielen. Die Bezahlbarkeit von Energie und der Ansatz, Energie einzusparen, erhielten im Vergleich zu den Nennungen auf Platz zwei und drei, die eine umweltfreundlichere Energieversorgung betreffen, weniger Punkte. Energieversorgung, so lässt sich die Bewertung der Vorschläge der zweiten Energiegruppe zusammenfassen, sollte planerisch abgesichert werden, und dabei mehr Gewicht auf erneuerbare Energien gelegt werden. Zur Energiewende wurden in einer weiteren

Kleingruppe Vorschläge erarbeitet. Die Installation von Solaranlagen auf nicht privaten Dachflächen, die Förderung von Niedrigenergiehäusern und der Ausbau Stromtankstellennetzes fanden eine annähernd gleiche Zustimmung bei der Punktevergabe.

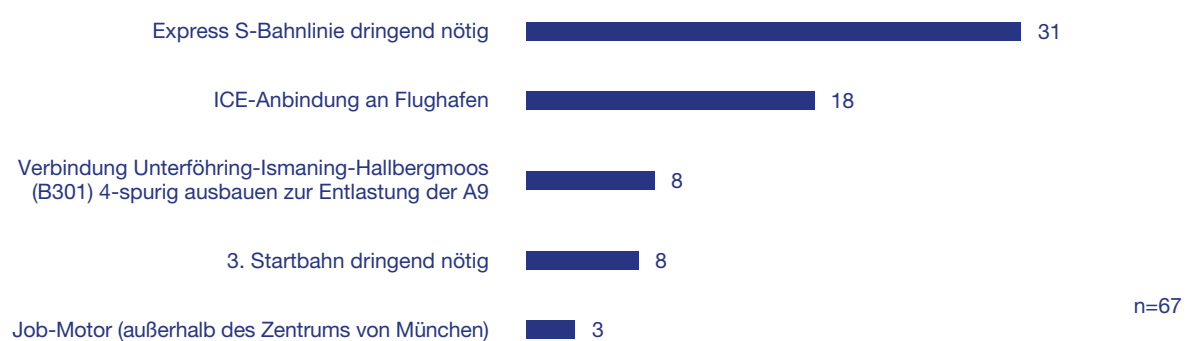


### Flughafenentwicklung

Einen direkten Bezug zur Regionalplanung hat das Thema Flughafenentwicklung. In vielen Arbeitseinheiten des Bürgergutachtens und auch in den Themen der offenen Arbeitseinheit werden der Schutz der Natur und ein eher kritischer Umgang mit Wachstum deutlich. Die Teilnehmenden, die sich in der offenen Arbeitseinheit in der Kleingruppe zur Flughafenentwicklung zusammenfanden, vertraten eine etwas andere Auffassung. Sie wollen den Flughafen als Job-Motor gewürdigt

wissen und plädieren für die dritte Startbahn. Diese Vorschläge fanden bei der Bewertung durch alle Planungszellenteilnehmerinnen und Teilnehmer im Plenum verhältnismäßig wenig Zuspruch. Die Punktevergabe konzentrierte sich auf die Verkehrsanbindung, wobei die Schienenverbindungen die meisten Punkte erhielten, was sich in die auch sonst festzustellende Bevorzugung von Maßnahmen, die für umweltverträglicher gehalten werden, einfügt.

**Abbildung 43: Offene Arbeitseinheit: Flughafenentwicklung**

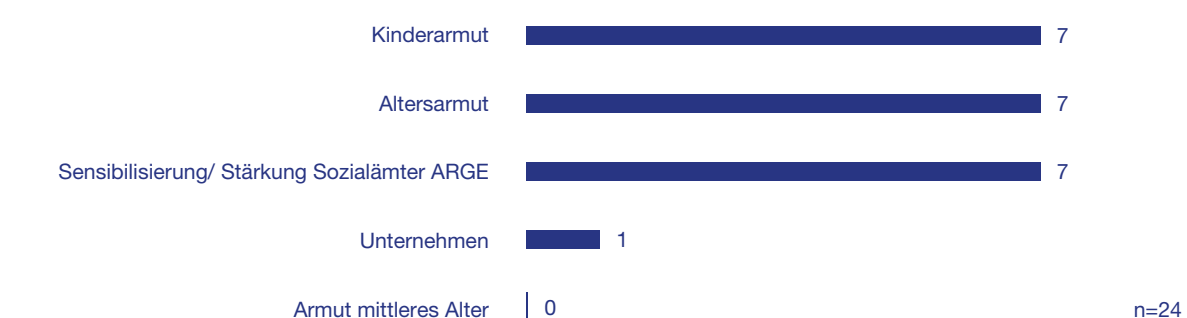


### Armut und sozial gerechte Gesellschaft

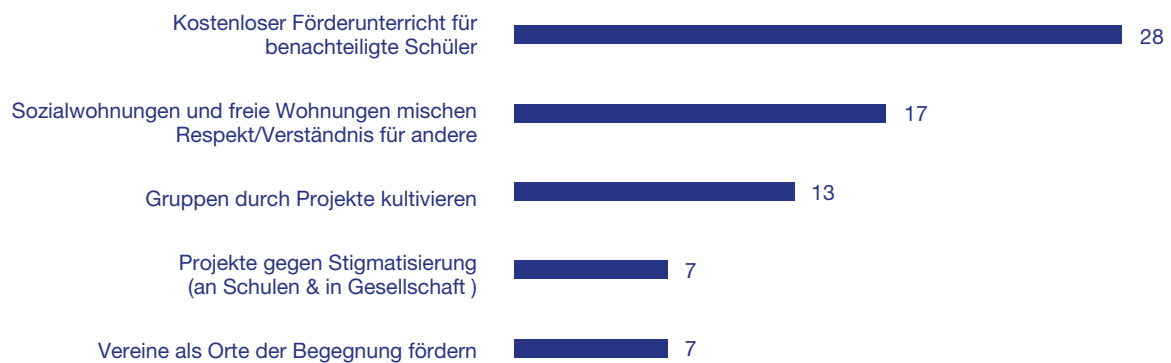
Wegen des geringen Bezugs zum Regionalplan waren soziale Fragen nicht im Arbeitsprogramm enthalten. Ausgleichend nutzten viele der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die Möglichkeit, in der offenen Arbeitseinheit Aspekte

gesellschaftlicher Entwicklung zu besprechen, und machten damit auch deutlich, dass Regionalentwicklung und Regionalplanung Hand in Hand mit der sozialen Entwicklung und der Sozialplanung gehen müssen.

**Abbildung 44: Offene Arbeitseinheit: Armut**



**Abbildung 45: Offene Arbeitseinheit: Sozial gerechte Gesellschaft**



Etwas andere Akzente setzt die Gruppe „Sozial gerechte Gesellschaft“. Nach Bewertung im Plenum wird Gerechtigkeit zu allererst durch eine Chancengleichheit über Bildung hergestellt. Der Tenor der Vorschläge lässt sich mit mehr Zusammenhalt

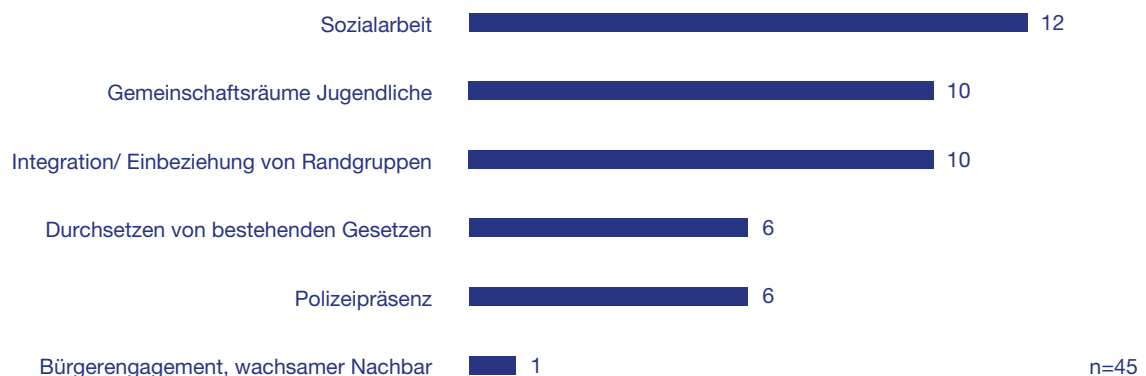
beschreiben. Statt einer sozialen Segregation von Wohnquartieren soll es gemischte geben. Respekt für den anderen ist wichtig und wird durch Projekte, aber auch durch Begegnungsmöglichkeiten, z. B. in Vereinen, gefördert.

### Problemzonen

Wenn die Gruppe „Sozial gerechte Gesellschaft“ eine Mischung von Sozialwohnungen und freien Wohnungen empfiehlt, ist das auch eine Reaktion darauf, dass Wohnquartiere schon seit langem weitgehend sozial homogen sind. Das bedeutet, dass Problemzonen oder Problemviertel entstanden sind. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich, dass mehr in die soziale Arbeit investiert wird. Im Fokus stehen

Randgruppen, z. B. Migrantinnen und Migranten, und vor allem Jugendliche, die mehr Räume für Gemeinschaftsaktivitäten brauchen. Förderung allein reicht aber nicht aus, um der Probleme Herr zu werden. Durchsetzen von bestehenden Gesetzen, Polizeipräsenz und „wachsamer Nachbar“ sind die Stichworte, die Überschneidungen zur Kleingruppe Sicherheit und Prävention aufweisen.

**Abbildung 46: Offene Arbeitseinheit: Problemzonen**



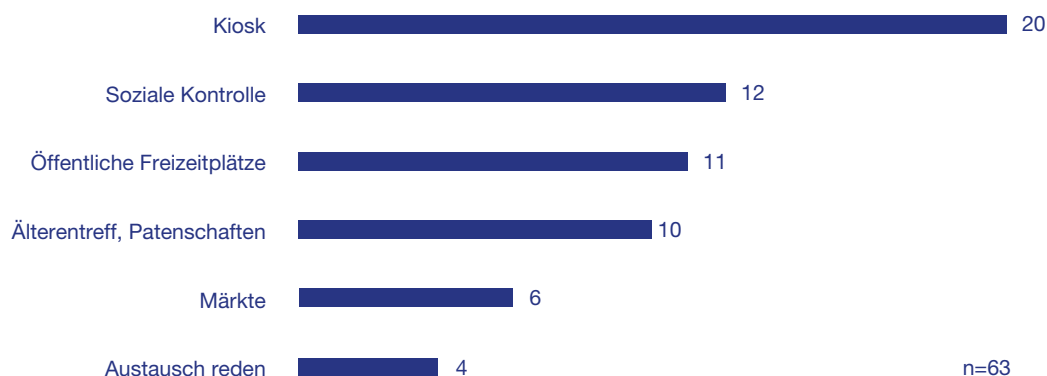


### Gemeinschaftsräume

Möglichkeiten der Begegnung sind nicht nur für „Problemzonen“ wichtig, sondern für alle. In der Kleingruppe „Gemeinschaftsräume“ wurde mit dem „Kiosk“ eine Art von Treffpunkt favorisiert, der keine Betreuung durch Sozialarbeit braucht, sondern mit einem kleinen Angebot an Getränken, WLAN und der Möglichkeit, Zettel aufzuhängen, eine selbstverständliche Kontaktmöglichkeit bietet. Öffentliche Plätze könnten

durch Gestaltungselemente, die Bewegung und Spiel für Erwachsene fördern, aufgewertet werden. Märkte werden als Treffpunkt geschätzt. An den Funktionen solcher Gemeinschaftsräume wird vor allem die soziale Kontrolle hervorgehoben, worunter zu verstehen ist, dass eine funktionierende Nachbarschaft andere im Blick hat und für sie Verantwortung übernimmt. Ältere können für Kinder sorgen.

Abbildung 47: Offene Arbeitseinheit: Gemeinschaftsräume

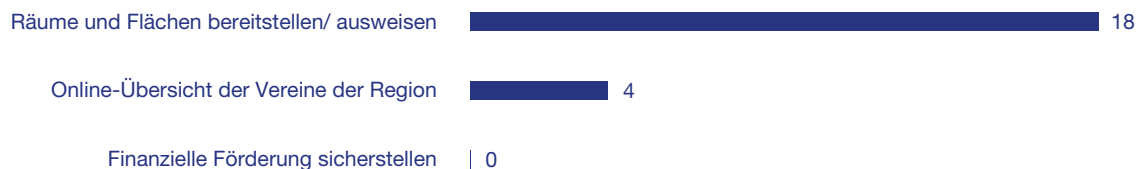


### Vereine

Eine traditionelle Möglichkeit zu Gemeinschaft und Begegnung bieten Vereine. Das Wichtigste war hier der Planungszelle, dass Vereine auch

weiterhin Räume und Flächen für ihre Aktivitäten finden.

Abbildung 48: Offene Arbeitseinheit: Vereine



**Inklusion**

Zu den sozialen Themen, die in der offenen Arbeitseinheit gewählt wurden, zählt „Inklusion“. In das Ziel, Menschen mit Behinderung volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, muss investiert werden – sowohl in bauliche Anpassungen als auch in Personal. Für manche Menschen mit Behinderungen werden trotzdem besondere

Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen nötig sein. Um Inklusion voranzutreiben, ist es nach Ansicht der Kleingruppe wichtig, dass es ein Bewusstsein dafür gibt, dass Inklusion funktioniert und dass sie für die Gesellschaft ein Gewinn ist, weil soziale Kompetenzen gefördert werden.

**Abbildung 49: Offene Arbeitseinheit: Inklusion**



**Integration von Flüchtlingen**

Das Leitbild einer sozial-integrativen Gesellschaft ist auch für das Themenfeld Integration von Flüchtlingen von Bedeutung. Hier wünscht sich die Kleingruppe vor allem praxisbezogene Hilfen für rechtliche und bürokratische Belange, Schulungen für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Ämtern und eine Informationsplattform für Flüchtlinge.

der Vorschläge auf, die ausschließlich für einen offenen Umgang mit Flüchtlingen und eine Unterstützung ehrenamtlicher Integrationsbemühungen werben. In anderen Arbeitseinheiten ist das Thema Zuwanderung aus dem Ausland/ Flüchtlinge auch aufgenommen worden. Dort wurden Anforderungen an die Bereitschaft zum Spracherwerb gestellt.

Die interessengeleitete Gruppenbildung in der offenen Arbeitseinheit führt dazu, dass die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen im Vergleich zu anderen Arbeitseinheiten schwächer ausfällt. Wie beim Thema Flughafenerweiterung fällt auch bei diesem Thema die Auswahl

**Abbildung 50: Offene Arbeitseinheit: Integration von Flüchtlingen**



### Alternative Wohnkonzepte

Das Thema Wohnen war im Arbeitsprogramm mit einer Arbeitseinheit vertreten. In der offenen Arbeitseinheit nahmen es zwei Kleingruppen noch einmal auf. Es ist aus ihrer Sicht nicht nur nötig,

dass Wohnraum vor allem für Geringverdiener geschaffen wird, sondern es sollte auch Raum für alternative Wohnkonzepte geben.

**Abbildung 51: Offene Arbeitseinheit: Alternative Wohnkonzepte**



Die Alternativen beziehen sich sowohl auf die Begrünung und Energieeinsparung als auch auf das Miteinander beim Wohnen, das beim Mehrgenerationen-Wohnen, in privaten Wohngemeinschaften von Jung und Alt sowie in Genossenschaften gepflegt wird.

Eine andere Kleingruppe bildete sich zum Thema Wohnen 50+, in der zahlreiche Ausstattungsdetails und angegliederte Dienstleistungen besprochen worden sind, die mit dem Mehrgenerationen-Wohnen oder Senioren-Wohngemeinschaften verbunden werden könnten.

Abbildung 52: Offene Arbeitseinheit: Wohnen 50+



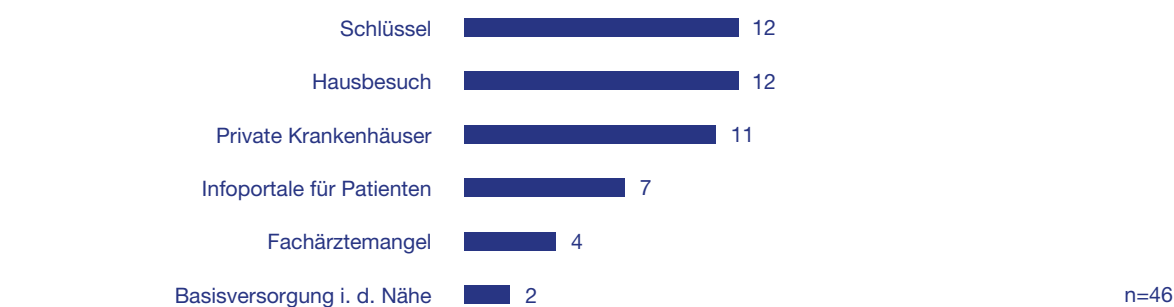
Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung beschäftigte zwei Kleingruppen.

Abbildung 53: Offene Arbeitseinheit: Medizinische Versorgung



Abbildung 54: Offene Arbeitseinheit: Ärztliche Versorgung



Nach Erfahrung der Teilnehmenden konzentriert sich gute medizinische Versorgung auf die Landeshauptstadt. In der Region hingegen fehlen (Fach-)Ärztinnen und (Fach-)Ärzte. Lösungsmöglichkeiten werden vor allem in der Verknüpfung

von Stipendium und Verpflichtung zu einer zeitlich befristeten Tätigkeit im Landkreis, in einer Änderung des Schlüssels von Einwohnerinnen und Einwohnern zu niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und in der Einrichtung von Praxisräumen

durch die Gemeinden gesehen. Die in früheren Zeiten noch üblichen Hausbesuche von Ärzten wünschen sich viele der Teilnehmenden. Ebenfalls an der Vergangenheit orientiert sind die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, wenn sie die Rückkehr zum Kreiskrankenhaus empfehlen. Sie

sind dabei skeptisch gegenüber privaten Betreibern. Diese würden sich auf die Leistungen, an denen sie etwas verdienen, konzentrieren. Wie auch schon in anderen Arbeitseinheiten wurde auch in der offenen Arbeitseinheit eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals gefordert.

## Kultur

Kultur wurde in zwei Kleingruppen thematisiert. Die eine Gruppe beschäftigte sich mit Kulturpolitik und Kulturinfrastruktur, die zweite mit Inhalten und Funktionen.

Die Kleingruppe fokussierte sich auf die Förderung eines Kulturangebotes in der Region. Dazu wurde empfohlen, eine regionale Kulturpolitik und ein übergemeindliches Kulturmanagement einzurichten. Die Förderung regionaler Künstlerinnen und Künstler und der Zugang zu Kultur wird durch eine Stärkung der Volkshochschulen als Kulturanbieter sowie eine Plattform, die über regionale Kulturangebote informiert, unterstützt.

In der zweiten Kleingruppe zum Thema Kultur wurde über den Verlust traditioneller (regionaler) Speisen zugunsten von Fast Food geklagt. Vielleicht könnte man bevorzugt regionale Produkte beim Schulessen, in Kantinen und Mensen anbieten. Erwogen wurde auch, Fast-Food-Ketten zu begrenzen.

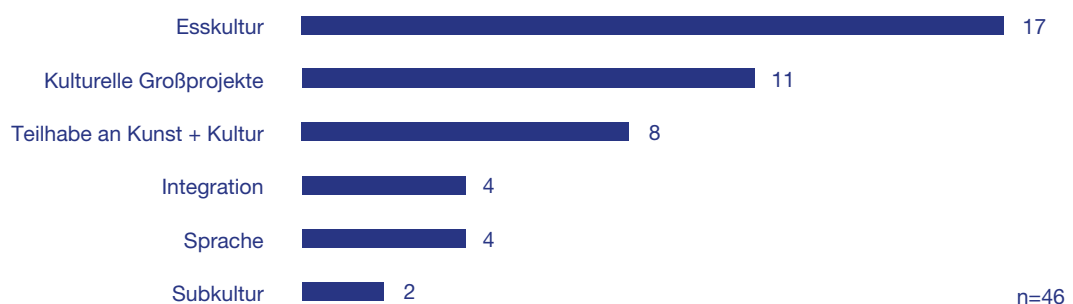
Die Nennung „Kulturelle Großprojekte“ fordert mehr Transparenz über die Kosten und mehr Bürgerbeteiligung bei der Planung, z. B. beim Bau von Konzertsälen.

Teilhabe an Kunst und Kultur dürfen auf jeden Fall kein Luxus sein und es muss auch Veranstaltungen in der Region geben.

**Abbildung 55: Offene Arbeitseinheit: Kulturpolitik**



**Abbildung 56: Offene Arbeitseinheit: Kultur**



**Sicherheit und Prävention**

Eine Kleingruppe widmete sich dem Thema Sicherheit und Prävention und nahm damit das Empfinden auf, dass die Sicherheit in der Region besser sein könnte. Die Maßnahmenempfehlungen umfassen sowohl gesellschaftliche (Zivilcourage) als auch polizeiliche und technische Ansätze (Beleuchtung, Kameraüberwachung).

**Abbildung 57: Offene Arbeitseinheit: Sicherheit und Prävention**

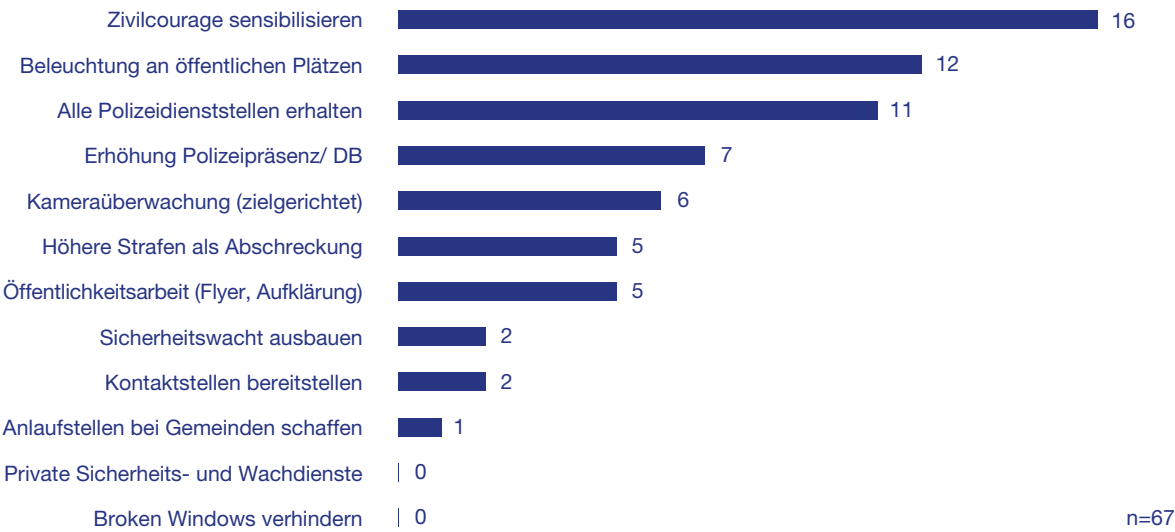


Foto 18: Gruppenfoto der Planungszelle 4

## Arbeitseinheit 13:

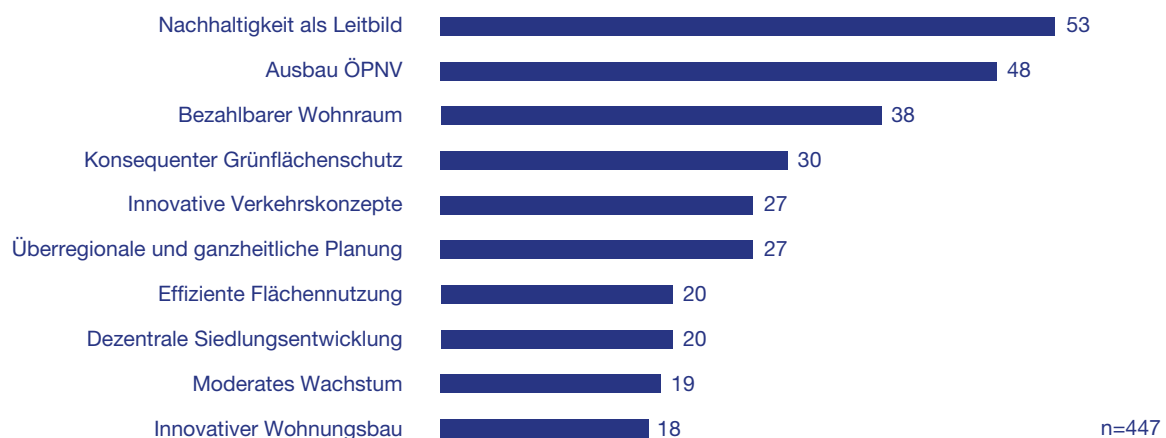
# Leitlinien zur Regionalentwicklung

Das Bürgergutachten zur Regionalentwicklung der Region München sollte sich nicht in Empfehlungen zu Einzelaspekten erschöpfen. Sowohl dem Regionalen Planungsverband (RPV) als Auftraggeber als auch dem nexus Institut als neutralem Durchführungsträger war es wichtig, dass im Bürgergutachten Leitlinien für die Regionalentwicklung zur Orientierung von Planung und Politik festgehalten werden. Der vierte und letzte Tag der Planungszellen für ein Bürgergutachten zur Regionalentwicklung der Region München begann daher mit der Reflexion der Informationen und Ergebnisse der vorangegangenen Arbeitseinheiten. Auf dieser Basis entwickelten Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in Kleingruppen die wichtigsten Ziele der Regionalentwicklung und die wichtigsten Ansätze. Zur Bewertung der erarbeiteten

Vorschläge erhielten alle Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter fünf Punkte.

In den vier Planungszellen wurden insgesamt 94 Vorschläge gemacht, die hier im Bürgergutachten, durch das Zusammenführen von ähnlichen oder einander ergänzenden Vorschlägen, zu 31 Empfehlungen verdichtet worden sind. Der Übersichtlichkeit halber werden im Folgenden zunächst die zehn Empfehlungen vorgestellt, auf die die meisten Punkte entfielen, und anschließend alle, auch die geringer platzierten Empfehlungen, geordnet nach den Themenbereichen Wachstum und Siedlungsentwicklung, Verkehr, Wohnen, Umwelt und Natur, Bildung und Soziales sowie Planung, präsentiert und erläutert.

**Abbildung 58: Die 10 wichtigsten Empfehlungen zur Regionalentwicklung**



Die Liste der Empfehlungen wird angeführt von der Forderung, Nachhaltigkeit als Leitbild zu etablieren (53 Punkte). Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter verstehen darunter, dass der Mensch und seine Bedürfnisse, die Umwelt und die Wirtschaft in einer Balance gehalten werden

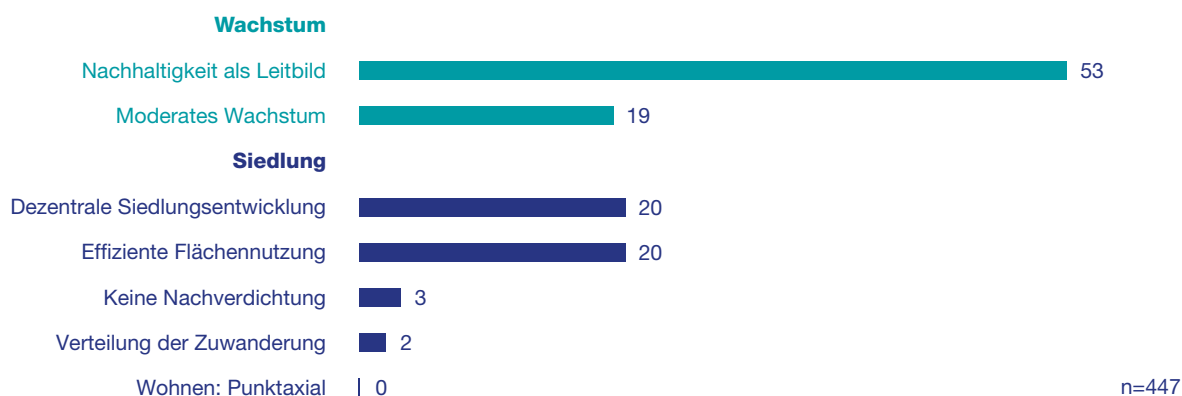
müssen. Es geht ihnen um ein ökologisch und sozialverträgliches Wachstum, das die Lebensgrundlage erhält. An zweiter Stelle wird mit der Empfehlung zum Ausbau des ÖPNV (48 Punkte) eines der ganz großen Probleme der Region angegangen. 19 der 48 Punkte entfielen dabei auf den



Bau von S-Bahn-Ringverbindungen. Auf dem dritten Rang ist ein weiteres drängendes Problem der Bewohnerinnen und Bewohner der Region München präsent: die Wohnungsnot. Ansätze zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (38 Punkte) sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter im sozialen Wohnungsbau, genossenschaftlichem Wohnungsbau nach dem Münchener Modell und im Einheimischen Modell. Der folgende vierte Platz reagiert auf den Schwund von Grün- und Freiflächen im Zuge des Wachstums der vergangenen Jahrzehnte. Grünflächen sollen konsequenter geschützt werden (30 Punkte). Um Naherholung, Luft- und Lebensqualität zu erhalten, sollen Grünzüge und Wälder unantastbar sein. Die Flächenversiegelung soll so gering wie möglich gehalten werden. Das betrifft auch die Innenstadt. Deren grüne Oasen sollen erhalten bleiben. Die innovativen Verkehrskonzepte (27 Punkte), die den fünften Platz der wichtigsten Empfehlungen einnehmen, zielen im Wesentlichen darauf ab, dass nur ausnahmsweise, nämlich bei Verkehrslösungen, die für die Allgemeinheit wichtig sind, in die Natur eingegriffen werden kann. Der Schaden soll aber minimiert werden, indem emissionsarme Fahrzeuge und Car-Sharing gefördert werden und der Flächenverbrauch durch Tunnel und übereinander in die Höhe gebaute Straßen

kleingehalten wird. Mit der Empfehlung, ein ganzheitliches, d. h. ressortübergreifendes Regionalmanagement einzurichten, bei dem alle Kommunen beteiligt sind, nehmen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die von vielen Referentinnen und Referenten vorgetragene Erkenntnis auf, dass Planung vernetzt sein muss, weil die Gegenstände der Planung es auch sind (27 Punkte). Auf Platz sieben und acht liegen mit 20 Punkten gleichauf die Empfehlungen für eine effiziente Flächennutzung und eine dezentrale Siedlungsentwicklung, bei der die Region gestärkt wird, sodass die zentralen Orte in den Landkreisen mehr als bisher als Alternativen zur Landeshauptstadt fungieren können. Mit dieser dezentralen oder auch polyzentrischen Variante der Siedlungsentwicklung steht die Forderung nach Ringverbindungen für den ÖPNV in Zusammenhang. Auf dem Rang neun wird mit 19 Punkten ein Votum für ein moderates Wachstum abgegeben. Die letzte der zehn wichtigsten Empfehlungen gilt einem innovativen Wohnungsbau (18 Punkte). Die Architektur soll vielfältiger, „schöner und wertiger“ werden. Hinter dieser Empfehlung steht die Erfahrung, dass aufgrund des Wohnungsmangels zu wenig Druck auf dem Markt herrscht, um einen Wohnungsbau jenseits der Standardkonzepte zu beflügeln.

**Abbildung 59: Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Wachstum und Siedlungsentwicklung**



Die Regionalentwicklung in der Region München ist geprägt vom Wachstum, wobei Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum sich gegenseitig

antreiben und so zu einer Ausweitung der Siedlungsflächen geführt haben. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wünschen sich für die

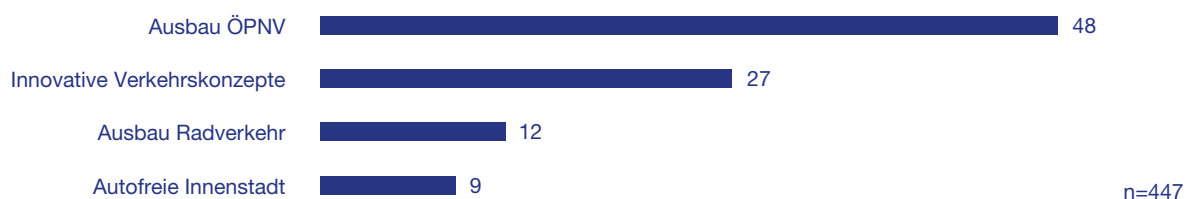
Zukunft ein weniger massives Wachstum. Es soll nur „moderat“ ausfallen (19 Punkte) und sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren, also Soziales, Ökonomie und Ökologie im Gleichgewicht halten (53 Punkte).

In der Vergangenheit ist München vor allem entlang der S-Bahn-Achsen ins Umland gewachsen. Dieses auf die Stadt München als Zentrum orientierte Siedlungsmodell, das auch punktaxial genannt wird, halten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vor allem wegen der Überlastung der Verkehrsinfrastruktur durch die Pendlerströme nicht für zukunftstauglich (0 Punkte). Stattdessen plädieren sie für eine dezentrale oder auch polyzentrische Siedlungsentwicklung (20 Punkte), bei der zentrale Orte im Umland gestärkt werden, mit dem Ziel, bessere Voraussetzungen für Wohnen

und Arbeiten am gleichen Ort zu schaffen. Die Zentren in der Region sollen in einem größeren Maße als bisher das Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung aufnehmen (2 Punkte).

Die rasante Entwicklung Münchens hat zu einem erheblichen Verbrauch von Grün- und Freiflächen geführt. Darauf reagieren die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit der Empfehlung, Flächen effizienter zu nutzen (20 Punkte). Diese Empfehlung korrespondiert mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit. Hingegen ist das Eintreten gegen Nachverdichtung (3 Punkte) nicht ohne Weiteres mit der Mahnung zu einem restriktiven Flächenverbrauch in Einklang zu bringen, da bei einer entsprechenden Ausrichtung der Planung der Nachverdichtung in den Städten der Vorzug vor dem Ausufern ins Umland gegeben wird.

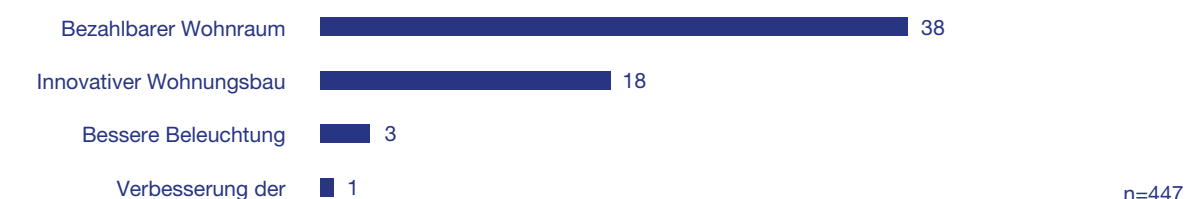
**Abbildung 60: Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Verkehr**



Die Verkehrsinfrastruktur ist nicht im gleichen Maße gewachsen wie die Bevölkerung. Um den großen Verkehrsproblemen, die sich daraus ergeben, Herr zu werden, empfehlen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu fördern. Vor allem der Ausbau des ÖPNV gilt als vielversprechender Lösungsansatz (48 Punkte). Auch eine Förderung des Radverkehrs (12 Punkte) wird empfohlen.

Mit den innovativen Verkehrskonzepten ist vor allem der Einsatz von moderner Technik und der Bau von Tunneln und Hochstraßen gemeint, um Emissionen und Flächenverbrauch durch Autos reduzieren zu können. In der Münchner Innenstadt soll es sogar ein Fahrverbot für Autos geben (9 Punkte).

**Abbildung 61: Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Wohnen**



Das Wachstum der Bevölkerung beruht vor allem auf dem Zuzug junger hochqualifizierter und entsprechend gut verdienender Menschen. So ist bezahlbarer Wohnraum in München zur Mangelware geworden. Hier Abhilfe zu schaffen, ist die erste Forderung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter (38 Punkte), dabei soll der Wohnungsbau innovativer werden und nicht nur die immer gleichen

Standardmodelle realisieren (18 Punkte). Unter den wichtigsten Empfehlungen wurden auch zwei Empfehlungen zur Gestaltung des Wohnumfelds abgegeben. Zum einen sollen Wege, Straßen und Plätze besser beleuchtet werden (3 Punkte), um die Sicherheit zu erhöhen, und zum anderen wünschen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eine Verbesserung der Barrierefreiheit (1 Punkt).

**Abbildung 62: Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Umwelt und Natur**



Der Verbrauch von Grün- und Freiflächen ist in der Wachstumsregion München in den vergangenen Jahrzehnten so groß gewesen, dass nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter die verbliebenen Grünflächen konsequent geschützt werden sollen (30 Punkte). Mit zwölf Punkten stimmten die Bürgergutachterinnen und

Bürgergutachter der Empfehlung zu, für Umweltziele persönliche Einschränkungen zu akzeptieren. Wenn der Naturschutz in der Politik und der Bildung eine größere Rolle spielen würde, was die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit sechs Punkten empfehlen, würde sich das positiv auf den Schutz der Natur auswirken.

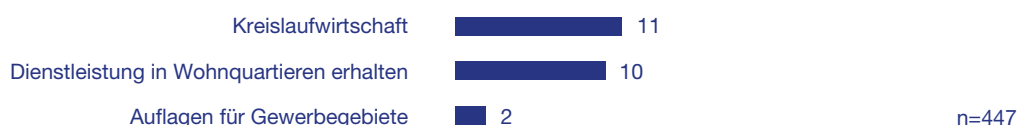
**Abbildung 63. Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Regionalplanung**



Unter den Empfehlungen, die mit Punktwerten zwischen 13 und 27 eine gute Zustimmung bekamen, waren auch mehrere, die die Regionalplanung betreffen. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter plädieren für eine Planung, bei der das Wechselspiel zwischen verschiedenen Planungsfeldern berücksichtigt wird und Gemeinden und Landkreise der Region zusammenwirken (19 Punkte). Außerdem wünschen sich die Teilnehmenden mehr Bürgerbeteiligung, um ihre

Interessen direkt einbringen zu können (15 Punkte). Mit 13 Punkten wird gefordert, dass Energie als Thema im Regionalplan präsent sein soll. Diese Forderung ist umso wichtiger, da das Thema Energie – also Energieversorgung, Energieerzeugung, Trassenführung, Emissionen etc. – nicht im Arbeitsprogramm der Planungszellen behandelt worden war.

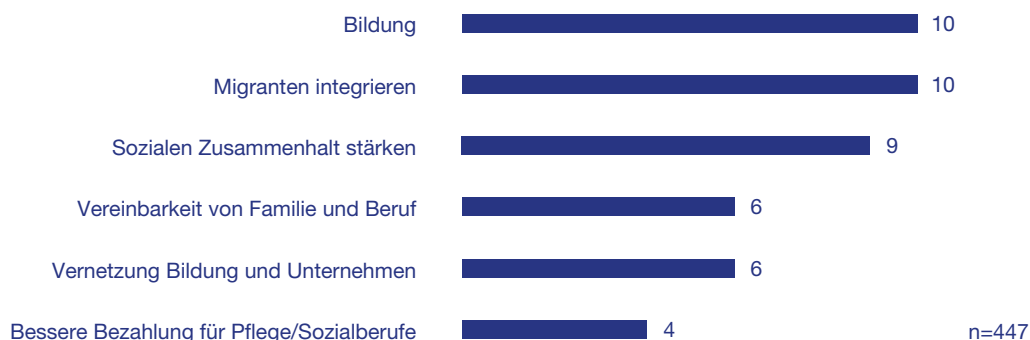
**Abbildung 64: Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Gewerbe**



Rahmenbedingungen für Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen stellen sich den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern als ein untergeordnetes Problem dar. Möglicherweise gehen sie von einer geradezu zwangsläufig positiven Entwicklung aus, vielleicht meinen sie aber auch, dass die Interessen der Wirtschaft ohnehin stark vertreten sind. Darauf weisen zumindest Kleingruppenvorschläge in den Arbeitseinheiten 4 und 13 hin, die den Lobbyeinfluss auf die Regionalplanung begrenzen wollen. Nach dieser Lesart können die Teilnehmenden der Planungszellen ihre Aufgabe so verstehen, dass sie die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner der Region gegen eine übermächtige Wirtschaftsentwicklung vertreten, die die großen Probleme verursacht. Von den Empfehlungen, die den Bereich Gewerbe und Wirtschaft betreffen, wurde mit elf Punkten an erster Stelle die Landwirtschaft bedacht und für diese eine Kreislaufwirtschaft empfohlen.

Bei dieser Wirtschaftsweise folgen Futtermittelproduktion, artgerechte Tierhaltung, biologische Düngung und ausgewogene Fruchtfolgen aufeinander. Die Kreislaufwirtschaft sorgt auch für nachhaltigen Konsum und steigert durch Effekte auf Handwerk, Handel und Naherholung die regionale Wertschöpfung. Auch die zweite Empfehlung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter nimmt mit Einzelhandel und Handwerksbetrieben, die Dienstleistungen für das tägliche Leben erbringen, Branchen in den Fokus, die eher zu den kleinen in der Region gehören. Größere Unternehmen und produzierendes Gewerbe werden indirekt bei den Forderungen angesprochen, dass Betriebe mit hohen Emissionswerten auf Gewerbegebiete am Stadtrand beschränkt und die Verkehrsanbindung dieser Gewerbegebiete nicht durch Wohngebiete erfolgen soll. Diese Auflagen für Gewerbegebiete erhielten zwei Punkte.

**Abbildung 65: Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Bildung und Soziales**



Die wichtigste Empfehlung im Bereich Bildung und Soziales lautet, Bildung weiterhin umfassend und in einer Vielfalt von Bildungswegen zu fördern, weil sie ein wichtiger Faktor der Regionalentwicklung ist und zugleich grundlegend für die Lebenschancen, insbesondere der jungen Generation (10 Punkte). Von der Punktzahl gleichauf liegt die Forderung, Migrantinnen und Migranten zu integrieren. Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wollen, dass der soziale

Zusammenhalt der Gesellschaft, der u. a. durch Verdrängungsmechanismen am Wohnungsmarkt oder die wachsende Anonymität in der Großstadt unter Druck steht, gestärkt wird (9 Punkte). Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (6 Punkte), die Vernetzung von Bildungseinrichtungen und Unternehmen (6 Punkte) und die bessere Bezahlung für Pflegekräfte und soziale Berufe (4 Punkte) sind weitere Empfehlungen im Bereich Bildung und Soziales.



## Arbeitseinheit 14:

### Bewertung, Dank, Abschied

In der vierzehnten und letzten Arbeitseinheit der Planungszellen erhielten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre inhaltlichen und methodischen Eindrücke zu den vergangenen drei Tagen zu äußern. Am Ende der Arbeitseinheit wurden an die Teilnehmenden Evaluationsbögen verteilt, auf denen sie ihre Eindrücke und Kritik in anonymer Form schriftlich äußern konnten. Die vier Planungszellen wählten ihre Prüfer, die vor der Veröffentlichung den Text des Bürgergutachtens

daraufhin durchgehen, ob die Ergebnisse korrekt wiedergegeben sind. Und schließlich bedankte sich der Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbandes mit einer kleinen Ansprache bei den Teilnehmenden. Mit einem Glas Sekt, Saft oder Wasser nahmen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter voneinander und vom Team, das sie durch die Planungszelle begleitet hatte, Abschied.



Foto 19: Abschied

## Abbildungsverzeichnis

|                     |                                                                                                             |    |
|---------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Abbildung 1</b>  | Planungsregion München, Quelle RPV .....                                                                    | 15 |
| <b>Abbildung 2</b>  | Teilnehmende: Vertretung verschiedener Altersgruppen .....                                                  | 17 |
| <b>Abbildung 3</b>  | Ausbildungsstand der Teilnehmenden .....                                                                    | 19 |
| <b>Abbildung 4</b>  | Motive zur Teilnahme an den Planungszellen .....                                                            | 20 |
| <b>Abbildung 5</b>  | Verfahrensbewertung .....                                                                                   | 21 |
| <b>Abbildung 6</b>  | Übersicht zu AE 1, Frage 1: Was ist Ihnen wichtig, wenn es<br>um die Zukunft der Region München geht? ..... | 25 |
| <b>Abbildung 7</b>  | Übersicht zu AE 1, Frage 2: Welche Erwartungen haben Sie<br>an das Verfahren? .....                         | 26 |
| <b>Abbildung 8</b>  | Aus dem Vortrag zur demografischen Entwicklung .....                                                        | 28 |
| <b>Abbildung 9</b>  | Übersicht AE 2, Frage 1: Positive und negative Aspekte des Wachstums .....                                  | 30 |
| <b>Abbildung 10</b> | Übersicht AE 2, Frage 2: Steuerung des Bevölkerungswachstums .....                                          | 32 |
| <b>Abbildung 11</b> | AE 2, Frage 3: Wachstumspräferenz .....                                                                     | 33 |
| <b>Abbildung 12</b> | Übersicht AE 3, Frage 1: Probleme im Bereich Wohnen .....                                                   | 34 |
| <b>Abbildung 13</b> | Übersicht zu AE 3, Frage 2: Empfehlungen zum Thema Wohnen .....                                             | 46 |
| <b>Abbildung 14</b> | Übersicht zur AE 3 Frage 3: Modelle der Siedlungsentwicklung .....                                          | 40 |
| <b>Abbildung 15</b> | Übersicht zur AE 4, Frage 1: Gewerbe und Unternehmen .....                                                  | 43 |
| <b>Abbildung 16</b> | Übersicht zur AE 4, Frage 2: Was sollte bei der Ansiedlung<br>von Gewerbe beachtet werden? .....            | 44 |
| <b>Abbildung 17</b> | Übersicht zu AE 4, Frage 3: Wohnen und Gewerbe an einem Ort .....                                           | 45 |
| <b>Abbildung 18</b> | Regionalplanerische Überlegungen zu Radschnellwegen, PV München .....                                       | 47 |
| <b>Abbildung 19</b> | Übersicht zur AE 5/6, Frage 1: Größte Verkehrsprobleme .....                                                | 49 |
| <b>Abbildung 20</b> | AE 5/6 Frage 1, Verkehrsprobleme nach Themen .....                                                          | 51 |
| <b>Abbildung 21</b> | Übersicht AE 5/6, Frage 2a: Empfehlungen für den Autoverkehr .....                                          | 52 |
| <b>Abbildung 22</b> | AE 5/6, Frage 2a: Empfehlungen für den Autoverkehr zusammengefasst .....                                    | 53 |
| <b>Abbildung 23</b> | Übersicht AE 5, Frage 2b: Empfehlungen für den ÖPNV .....                                                   | 53 |
| <b>Abbildung 24</b> | AE 5/6, Frage 2c: Empfehlungen zum Radverkehr .....                                                         | 54 |
| <b>Abbildung 25</b> | AE 5/6, Frage 2 a - c: Förderung der Verkehrsmittel im Vergleich .....                                      | 55 |
| <b>Abbildung 26</b> | Mobilitätsbefragung: Nutzung der Verkehrsmittel für<br>verschiedene Mobilitätszwecke .....                  | 56 |
| <b>Abbildung 27</b> | AE 5/6 Mobilitätsbefragung: MIV und ÖPNV: Nutzung, Wünsche<br>und Erwartungen im Vergleich .....            | 57 |
| <b>Abbildung 28</b> | AE 5/6, Mobilitätsbefragung: ÖPNV, Fahrrad und Fuß - Nutzung,<br>Erwartungen und Wünsche .....              | 58 |
| <b>Abbildung 29</b> | Übersicht zu AE 7, Frage 1: Funktionen von Grün und Freiraum .....                                          | 59 |
| <b>Abbildung 30</b> | Übersicht zu AE 7, Frage 2: Freiraum und Grünzüge in Zukunft .....                                          | 61 |
| <b>Abbildung 31</b> | Übersicht zu AE 8, Frage 1: Rolle des Naturschutzes in<br>der Regionalentwicklung .....                     | 63 |
| <b>Abbildung 32</b> | Übersicht zu AE 8, Frage 2: Verbesserung des Naturschutzes .....                                            | 64 |
| <b>Abbildung 33</b> | AE 8, Frage 3: Natur in Vergleich zu anderen Nutzungen .....                                                | 65 |
| <b>Abbildung 34</b> | Übersicht zur AE 9: Empfehlungen zum Thema Bildung .....                                                    | 68 |
| <b>Abbildung 35</b> | Bildungsempfehlungen nach Themenaspekten .....                                                              | 70 |
| <b>Abbildung 36</b> | Übersicht zu AE 10: Weichenstellungen für gute Arbeit .....                                                 | 75 |
| <b>Abbildung 37</b> | Empfehlungen zum Arbeitsmarkt, Verteilung auf Einzelaspekte .....                                           | 79 |
| <b>Abbildung 38</b> | Offene AE: Wachstum .....                                                                                   | 84 |



|                     |                                                                             |    |
|---------------------|-----------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Abbildung 39</b> | Offene AE: Grenzen des Wachstums .....                                      | 84 |
| <b>Abbildung 40</b> | Offene AE: Wahrung der Identität .....                                      | 85 |
| <b>Abbildung 41</b> | Offene Arbeitseinheit: Energie .....                                        | 86 |
| <b>Abbildung 42</b> | Offene Arbeitseinheit: Energiewende .....                                   | 86 |
| <b>Abbildung 43</b> | Offene Arbeitseinheit: Flughafenentwicklung .....                           | 87 |
| <b>Abbildung 44</b> | Offene Arbeitseinheit: Armut .....                                          | 87 |
| <b>Abbildung 45</b> | Offene Arbeitseinheit: Sozial gerechte Gesellschaft .....                   | 88 |
| <b>Abbildung 46</b> | Offene Arbeitseinheit: Problemzonen .....                                   | 88 |
| <b>Abbildung 47</b> | Offene Arbeitseinheit: Gemeinschaftsräume .....                             | 89 |
| <b>Abbildung 48</b> | Offene Arbeitseinheit: Vereine .....                                        | 89 |
| <b>Abbildung 49</b> | Offene Arbeitseinheit: Inklusion .....                                      | 90 |
| <b>Abbildung 50</b> | Offene Arbeitseinheit: Integration von Flüchtlingen .....                   | 91 |
| <b>Abbildung 51</b> | Offene Arbeitseinheit: Alternative Wohnkonzepte .....                       | 91 |
| <b>Abbildung 52</b> | Offene Arbeitseinheit: Wohnen .....                                         | 92 |
| <b>Abbildung 53</b> | Offene Arbeitseinheit: Medizinische Versorgung .....                        | 92 |
| <b>Abbildung 54</b> | Offene Arbeitseinheit: Ärztliche Versorgung .....                           | 92 |
| <b>Abbildung 55</b> | Offene Arbeitseinheit: Kulturpolitik .....                                  | 93 |
| <b>Abbildung 56</b> | Offene Arbeitseinheit: Kultur .....                                         | 93 |
| <b>Abbildung 57</b> | Offene Arbeitseinheit: Sicherheit und Prävention .....                      | 94 |
| <b>Abbildung 58</b> | Die 10 wichtigsten Empfehlungen zur Regionalentwicklung .....               | 95 |
| <b>Abbildung 59</b> | Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Wachstum und Siedlungsentwicklung .... | 96 |
| <b>Abbildung 60</b> | Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Verkehr .....                          | 97 |
| <b>Abbildung 61</b> | Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Wohnen .....                           | 97 |
| <b>Abbildung 62</b> | Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Umwelt und Natur .....                 | 98 |
| <b>Abbildung 63</b> | Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Regionalplanung .....                  | 98 |
| <b>Abbildung 64</b> | Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Gewerbe .....                          | 98 |
| <b>Abbildung 65</b> | Wichtigste Empfehlungen: Teilbereich Bildung und Soziales .....             | 99 |

## Tabellenverzeichnis

|                   |                                                                  |    |
|-------------------|------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Tabelle 1</b>  | Schematischer Ablauf einer Arbeitseinheit .....                  | 10 |
| <b>Tabelle 2</b>  | Arbeitsprogramm der Planungszellen für ein .....                 | 14 |
|                   | Bürgergutachten zur Regionalentwicklung                          |    |
| <b>Tabelle 3</b>  | Teilnehmende der Planungszellen: Vertretung der Landkreise ..... | 16 |
| <b>Tabelle 4</b>  | Zufällig ausgewählte Gemeinden für die Stichprobenziehung .....  | 16 |
| <b>Tabelle 5</b>  | Berufe der Teilnehmenden .....                                   | 18 |
| <b>Tabelle 6</b>  | AE 9: Empfehlungen zum Ausbau der Bildungsinfrastruktur .....    | 71 |
| <b>Tabelle 7</b>  | Empfehlungen zu Zielen und Funktionen von Bildung .....          | 72 |
| <b>Tabelle 8</b>  | Empfehlungen zum Bildungsmanagement .....                        | 73 |
| <b>Tabelle 9</b>  | Empfehlungen zu Bildungsinhalten .....                           | 73 |
| <b>Tabelle 10</b> | Empfehlungen zu Ansätzen und Methoden .....                      | 74 |
| <b>Tabelle 11</b> | Empfehlungen zu Bildungsakteuren .....                           | 74 |
| <b>Tabelle 12</b> | Empfehlungen zu Ausbildung und Arbeitsplätzen .....              | 80 |

|                   |                                                                          |    |
|-------------------|--------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Tabelle 13</b> | Empfehlungen zu Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ..... | 80 |
| <b>Tabelle 14</b> | Empfehlungen zu Wachstum und Unternehmensansiedlung .....                | 81 |
| <b>Tabelle 15</b> | Bedingungen zu Infrastruktur und Bedingungen für Unternehmen .....       | 81 |
| <b>Tabelle 16</b> | AE Empfehlungen zu Marktsegmenten .....                                  | 82 |

## Fotoverzeichnis

|                |                                                               |     |
|----------------|---------------------------------------------------------------|-----|
| <b>Foto 1</b>  | Gruppenfoto der Planungszelle 1 .....                         | 11  |
| <b>Foto 2</b>  | Bepunktung im Plenum .....                                    | 23  |
| <b>Foto 3</b>  | Gruppenfoto der Planungszelle 2 .....                         | 27  |
| <b>Foto 4</b>  | Rückfragen zum Expertenvortrag .....                          | 29  |
| <b>Foto 5</b>  | Überbauung des Parkplatzes am Dantebad, ©GEWOFAG .....        | 37  |
| <b>Foto 6</b>  | Diskussion in der Kleingruppe .....                           | 38  |
| <b>Foto 7</b>  | Präsentation der Ergebnisse, AE 3 .....                       | 41  |
| <b>Foto 8</b>  | Diskussion in der Kleingruppe .....                           | 46  |
| <b>Foto 9</b>  | Rückfragen an die Referenten .....                            | 49  |
| <b>Foto 10</b> | Kleingruppe in der Arbeitseinheit 6 .....                     | 50  |
| <b>Foto 11</b> | Im Plenum .....                                               | 60  |
| <b>Foto 12</b> | Klemens Heininger berichtet über das Bildungsmanagement ..... | 67  |
|                | im Landkreis Donau-Ries                                       |     |
| <b>Foto 13</b> | Viele Vorschläge zum Thema Bildung .....                      | 69  |
| <b>Foto 14</b> | Eine Kleingruppe bei der Arbeit .....                         | 76  |
| <b>Foto 15</b> | Gruppenfoto Planungszelle 3 .....                             | 77  |
| <b>Foto 16</b> | Kleingruppenarbeit zu selbstgewählten Themen .....            | 83  |
| <b>Foto 17</b> | Präsentation in der offenen Arbeitseinheit .....              | 85  |
| <b>Foto 18</b> | Gruppenfoto der Planungszelle 4 .....                         | 94  |
| <b>Foto 19</b> | Abschied .....                                                | 100 |

## Abkürzungsverzeichnis

|             |                                                 |
|-------------|-------------------------------------------------|
| <b>AE</b>   | Arbeitseinheit                                  |
| <b>MIV</b>  | Motorisierter Individualverkehr                 |
| <b>MVV</b>  | Münchner Verkehrs- und Tarifverbund             |
| <b>ÖPNV</b> | Öffentlicher Personennahverkehr                 |
| <b>PV</b>   | Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München |
| <b>PZ</b>   | Planungszelle                                   |
| <b>RPV</b>  | Regionaler Planungsverband München              |



